Nr. 123. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 30. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Bilanz der letzten Reichstagstagung.

Der Reichstag hat sich vorgestern nach langer Arbeitszeit, die sich mit der Unterbrechung der Weihnachts- und Osterferien vom 28. November v. J. bis zum 28. Mai d. J. erstreckte, bis zum 13. November d. J. vertagt; und ein großer Teil der Volksvertreter ist bereits zu den heimischen Penaten und der während der überlangen Parlamentszeit vernachlässigten beruflichen Arbeit zurückgekehrt. Sechs volle Monate hat der Reichstag getagt und in dieser Zeit, wie anerkannt werden muß, ein bedeutendes Arbeitsquantum geleistet. Als er am 28. November vorigen Jahres seine Sitzungen begann, fand er bereits 35 Vorlagen vor, zu denen im Laufe der Tagung noch 18 weitere hinzukamen. Diese 53 Vorlagen sowie eine stattliche Reihe von Interpellationen und Initiativanträgen hat er, wenn auch nicht sämtlich, so doch größtenteils erledigt — in 115 Sitzungen, von denen viele sechs bis sieben Stunden in Anspruch nahmen. Rechnet man dazu die Kommissions- und Fraktionssitzungen, dann ergibt sich als Gesamtleistung eine beträchtliche Arbeitssumme; aber stellt man an diese Tagung der deutschen Volksvertretung die Frage, was sie auf sozialpolitischem Gebiet, in der kraftvollen Verfechtung der Volksinteressen, für den Kulturkampf der Arbeiterklasse oder auch nur in der bloßen Abwehr der reaktionären Steuer-, Flotten- und Kolonialprojekte geleistet hat, dann zeigt sich ein höchst beschämendes Resultat — dann gehört die zu Ende gegangene Session zu den minderwertigsten in der ganzen deutschen Parlamentsgeschichte.

Als im November v. J. das sechsmonatliche parlamentslose Interregnum aufhörte, und der am 30. Mai 1905 plötzlich — wie es hieß, auf Betreiben einer Anzahl Bundesratsmitglieder — geschlossene Reichstag zu einer Zeit seine Arbeiten wieder aufnahm, wo im Osten die russische Revolution siegreich ihr Haupt erhob, da schrieben wir: „Schwere und große Aufgaben harren unser im Reichstage in dieser Sachlage. Noch mehr wie bis jetzt wird im Auftreten unserer Abgeordneten der große Grundgedanke der proletarischen Emanzipation, der Klassenkampf in den Vordergrund treten. Die parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie kann in ihren Grundsätzen nicht in jeder Situation neu geschaffen und umgeschaffen werden. Sie wird auch in dieser Session in ihrem Wesen dieselbe bleiben wie bis jetzt. Aber ihr Ton, ihre Schärfe, ihre Tiefe wird dem großen geschichtlichen Moment entsprechen müssen, in dem der Reichstag an die Arbeit geht. Nicht bloß durch schroffste Abwehr aller Attentate des Militarismus, Marinismus, der volksfeindlichen Steuerpolitik und der kulturfeindlichen Schulpolitik, auch durch die kraftvolle Verfechtung der direkten Arbeiterinteressen, der Sozialreform, des Achtstundentages wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als dasjenige sich bewähren, was zu sein sie berufen ist: die Sturmkolonne der vordringenden revolutionären Bataillone der Arbeiterklasse. Die Reichstagstribüne soll nach wie vor und mehr denn je zur Tribüne werden, von der aus nicht bloß tägliche leibliche und geistige Interessen der Entrechteten verteidigt werden, sondern von der auch die große Befreiungslehre des Sozialismus verkündet und gelehrt wird."

Man kann, ohne sich der Uebertreibung schuldig zu machen, erklären, daß der Reichstag von diesen Erwartungen so viel wie nichts erfüllt hat, daß nur sehr wenige seiner Beratungen unter dem Einfluß des großen geschichtlichen Moments, unter dem Eindruck der gewaltigen Wehen standen, unter denen sich im Moderreiche des Zaren die Geburt einer neuen Gesellschaft vollzieht. Das stürmischere Tempo der sozialen Entwickelung hat im deutschen Reichstag nur vereinzelt ein mattes Echo gefunden — nicht deshalb, weil unsere Genossen nicht die nötige Kampfesstimmung fanden, sondern weil die Eigenart des Parlamentarismus, und speziell des deutschen Parlamentarismus, seine Formalistik und seine Aktionsbeschränkung, dem widersprechen, besonders aber weil der zunehmende Verfall der bestehenden Gesellschaftsordnung sich naturgemäß in dem Geschäftstreiben des Reichstages widerspiegelt.

Mit der Aufgabe ihrer einstigen politischen Ideale hat auch die deutsche Bourgeoisie darauf verzichtet, in ihrem Parlament die großen Probleme der gesellschaftlichen Entwickelung zur Sprache zu bringen; der Reichstag ist für sie zu einer bloßen Anstalt des Ausgleichs und der Reglementierung ihrer mehr oder minder kleinlichen Wirtschaftsinteressen geworden, gewissermaßen zu einer politischen Börse, wo nach den Grundsätzen des höheren Schacherhandels zwischen dem Angebot und der Nachfrage der bürgerlichen und feudalen Parteien eine Vermittelung oder, wie es in der parlamentarischen Sprache heißt, ein Kompromiß gesucht und gefunden wird. Daneben stößt fast nur noch die Festsetzung der Etatsposten, die Bereitstellung genügender Mittel zum Betrieb der von den Mehrheitsparteien genehmigten Wirtschaftspolitik und die Verstärkung des Heeres und der Flotte als Stützen dieser Politik bei den herrschenden Gruppen der deutschen Volksvertretung auf Interesse. Alles, was über dieses Niveau hinausgeht, erscheint ihnen als ein Ueberflüssiges, als ein Sichverlieren in leeren Spekulationen. Nur mit „Realitäten", d. h. mit den jeweiligen eigennützigen Wirtschaftsbedürfnissen darf gerechnet werden.

Man braucht nur die Tätigkeit des Reichstages während seiner letzten sechsmonatlichen Tagung Revue passieren zu lassen, um überall diese Charakteristik bestätigt zu finden. Was hat die letzte Session auf dem Gebiete der Sozialreform geleistet? Nichts! Für die soziale und kulturelle Entwickelung ist ihre Arbeit absolut unfruchtbar geblieben. In diesem Punkt steht sie selbst noch hinter der vorletzten und der ersten Tagung des 1903 gewählten elften deutschen Reichstages zurück, denn die erste Session dieses Reichstages brachte immerhin die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft und die Errichtung von Kaufmannsgerichten, so unzulänglich beide Gesetze auch an sich sein mögen.

Sieht man von der Erledigung des Reichsetats für 1906 ab, nachdem ein Etatsnotgesetz die Möglichkeit der Verabschiedung bis Ende Mai erwirkt hatte, so muß als die bedeutendste Leistung des Reichstages während der letzten Tagung die Durchführung der sogenannten „Reichsfinanzreform", d. h. die Belastung des deutschen Volkes mit ungefähr 180 Millionen Mark neuer Steuern gelten: eine Leistung, die, was die Höhe der Summe anbelangt, zwar unerreicht dasteht, denn selbst die große Steuerbewilligung im Jahre 1887 zur Deckung der damaligen Heeresverstärkung betrug nur 120 Millionen, die aber vom Standpunkt der Arbeiterklasse sicher nicht als ein Erfolg gesetzgeberischer Tätigkeit registriert werden kann. Sind auch einige der Steuerprojekte gefallen, mit denen Freiherrn v. Stengels Finanzkunst das deutsche Volk zu beglücken gedachte, z. B. das Tabaksteuer- und das Quittungssteuergesetz, so sind dafür von den Mehrheitsparteien andere, nicht minder reaktionäre Steuervorschläge in den duftigen Strauß hineinexperimentiert worden, darunter vornehmlich eine Veränderung der Fahrkartensteuer, durch welche der von der Regierung geforderte Steuerertrag von 12 auf 45 Millionen Mark erhöht wird. Und von dieser neuen Riesensumme von 180 Millionen Mark wird nur ein ganz winziger Betrag einem Zweck dienen, der im Interesse der Arbeiterklasse liegt, nämlich zur Entlastung des Reichsinvalidenfonds; ungefähr fünf Sechstel der neuen Steuereinnahmen wurden zur Vermehrung der Flotten- und Heeresmacht und damit zusammenhängenden Zwecken bestimmt. Die Novellen zum Militärpensions- sowie zum Wohnungsgeldzuschuß- und zum Servistarifgesetz sind ebenso willig vom Reichstag apportiert worden, als die Novelle zum Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden und das Flottenverstärkungsgesetz, durch das die jährliche Ausgabe für die deutsche Kriegsflotte um über 70 Millionen Mark gesteigert wird. Immer tiefer gerät die deutsche Bourgeoisie, getrieben durch die aufgestachelte Gier nach den Schätzen fremder Weltgegenden in die imperialistische, kolonialpolitische Strömung. Das große Flottengesetz von 1900 brachte zwar die Abschwenkung des Zentrums ins Regierungslager, immerhin blieb bei ihm und noch mehr beim männlichen Freisinn ein gewisser oppositioneller Rest gegen die „uferlose Flottenpolitik" zurück. Jetzt ist auch dieser Rest bis auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Bis in die hintersten Reihen der freisinnigen Volkspartei hinein findet die Flottenromantik ihre begeisterten Bekenner. Dementsprechend fand denn auch selbstverständlich das seltsame Gesetz betreffs Uebernahme einer Garantie des Reichs für die Eisenbahn von Duala nach den Mauengubabergen und das Gesetz über die militärische Strafrechtspflege in Kiautschou die wohlwollende Zustimmung der Mehrheit.

Mehr als bescheiden sind die Erfolge auf dem Gebiet der Handelsvertragspolitik, woran allerdings der jetzige Reichstag weniger schuld ist, als sein Vorgänger, der unter infamen Rechtsbruch in der Nacht vom 13. Dezember 1902 den am 1. März d. J. in Kraft getretenen Zolltarif durchpeitschte. Die vom Reichstag genehmigten Handelsverträge mit Bulgarien, Schweden und Abessinien sind ohne größere Bedeutung, da wesentliche Handelserleichterungen von den deutschen Unterhändlern nicht erzielt worden sind. Und mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Fähigkeit der deutschen leitenden Staatsmänner noch immer keinen Handelsvertrag zustande zu bringen vermocht, so daß der Reichstag sich, um es nicht zum Zollkriege kommen zu lassen, gezwungen sah, zu dem Abschluß von Provisorien seine Zustimmung zu geben.

An kleineren Vorlagen wurden erledigt: das Diätengesetz, das Gesetz über die Aenderung einiger Reichstagswahlkreise, die Novelle zum Gesetze über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Ferner fanden längere Beratungen verschiedener Anträge und Interpellationen statt. Besonders führten die Interpellationen über die Steigerung der Fleischpreise, über die Ausweisung russischer Staatsangehöriger, über die Duelle und den Brand auf der Zeche Borussia zu erregten Debatten.

Eine beträchtliche Reihe von Gesetzentwürfen ist unerledigt geblieben und muß daher in die nächste, am 13. November beginnende Tagung hinübergenommen werden, darunter die in erster Lesung beratene Novelle zum Hülfskassen- und zum Unterstützungswohnsitzgesetz, das Vogelschutzgesetz, die Novelle zum Schutztruppengesetz, das Gesetz über das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst sowie das Gesetz über den Befähigungsnachweis im Baugewerbe. An Arbeit wird es also im Herbst und Winter nicht fehlen, zumal dem Reichstag voraussichtlich bald nach dem Wiederbeginn der Sitzungen Gesetzentwürfe über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und über die Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen zugehen werden.

Das ist die Bilanz der letzten Reichstagstagung: eine bedeutende Arbeitsleistung, doch kein positiver Ertrag für die Arbeiterklasse. Ueberall nichts als Gelegenheitsgesetzgeberei. Die vielgerühmte Sozialreform ist völlig ins Stocken geraten. Zugleich stürzt sich die Bourgeoisie in den Strudel einer sinnlosen Welt- und Kolonialpolitik und packt zu deren Durchführung den Volksmassen enorme neue Lasten auf. Daneben das ständige Bestreben der Regierung und der Feudalen, das politische Schwergewicht aus dem Reichstag in die borussische Dreiklassen-Duma zu verlegen: ein Bestreben, das während der letzten Tagung besonders bei den sozialdemokratischen Interpellationen wegen der Zeche Borussia und der Russenausweisungen zutage trat. Eine fast trostlose Situation. Glücklicherweise werden die Geschicke des Deutschen Reiches nicht endgültig im Reichstage entschieden! —

Die Revolution in Rußland.

Die Duma.

Aus der Dumasitzung vom Dienstag ist folgendes hervorzuheben: Es war eine Interpellation über die Hungersnot in Rußland eingebracht. Die Debatte über diese Interpellation nahm eine schärfere Tonart an nach der Rede des Vertreters der Kosaken, Sdelnikoff, der erklärte: **alle Interpellationen seien unnütz, wenn das Ministerium weiter im Amte bleibe.** — Graf Heyden meinte, ein Mißtrauensvotum sei nicht angebracht, solange die Richtigkeit der angeblichen Tatsachen nicht erwiesen sei. — Der Bauernvertreter von Tambow, Lossew, hielt eine scharfe Rede, in der er erklärte, die russische Verwaltung **wolle** das Land nicht beruhigen und lasse es Hunger leiden! Redner wurde zur Ordnung gerufen. — Der Arbeiter Mikhailischenko führte aus: die Regierung sei allein schuld an den Agrarunruhen; **man müsse sie vor Gericht stellen!** Trotz Glockenzeichen des Präsidenten fuhr Redner unter Beifall der Linken fort: „Die Duma ist ohnmächtig! Man muß das dem Lande mitteilen. (Anhaltende Schlußrufe und Ordnungsruf des Präsidenten.) Von verschiedenen Rednern wurden dann Abänderungen des Wortlautes der Interpellation beantragt und die Sitzung um 2 Uhr auf eine Stunde unterbrochen.

Die Duma und die Sozialdemokratie.

Als am 19. August 1905 das erste Zugeständnis der Selbstherrschaft an die revolutionäre Bewegung — die Bulyginsche Duma — durch einen kaiserlichen Ukas verkündet war, tönte ihr der einmütige Ruf der Sozialdemokratie Rußlands — „Boykott!" entgegen. Der Bulyginschen Duma war es nicht beschieden, ins Leben zu treten, der Ansturm des Proletariats in den glorreichen Oktobertagen hat sie hinweggefegt. Doch schon am 24. Dezember bekam sie eine Stellvertreterin, die zwar breiteren Volksschichten ihre Arme öffnete, aber von einem solchen Wüten der Reaktion begleitet war, daß ihr abermals derselbe Ruf entgegenschallte. Aber er klang nicht mehr so einmütig wie im August. Gleich in den ersten Tagen bildeten sich zwei Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie. Während die eine — die der entschiedenen Boykottisten — vorwiegend die negative Seite der Duma: ihren bei dem verwickelten Wahlsystem und bei der Herrschaft des weißen und roten Terrors zu erwartenden reaktionären Charakter sowie die Dämpfung des revolutionären Geistes des Proletariats bei Annahme des zarischen Almosens, die Unmöglichkeit einer würdigen Vertretung der Arbeiterklasse in der Duma im Auge behielt, sprach sich die andere zwar ebenso scharf gegen die Duma selbst aus, befürwortete aber die Beteiligung an den ersten zwei Wahlgängen, um ihre positive Seite ausnützen zu können: die Möglichkeit einer sozialdemokratischen Agitation, die das Klassenbewußtsein des Proletariats und so schließlich auch seine Organisation fördern würde. Zur richtigen Würdigung der beiden Ansichten muß jedoch bemerkt werden, daß eine freie sozialdemokratische Agitation bei einem so vollständigen Mangel an Wort- und Versammlungsfreiheit, daß selbst den gemäßigt-liberalen Parteien mannigfaltige Hindernisse in den Weg gelegt wurden, ein Ding der Unmöglichkeit war und so diese „halbe" Beteiligung keine nennenswerten Resultate gezeitigt hätte. Ungleich mehr hat gerade in dieser Hinsicht die Boykottaktik geleistet. Durch die erbitterte Kritik und die bedingungslose Verwerfung der Duma und der Wahlen hat sie in viel höherem Maße die politische Unzufriedenheit des Volkes geschürt, den revolutionären Geist des Proletariats, seinen Mut und sein Vertrauen auf eigene Kraft mehr gefördert, als es unter den gegebenen Umständen irgend eine andere Taktik vermocht hätte. Es muß daher anerkannt werden, daß in dem politischen Moment der blutigen Dezember- und Januartage, die den Boykottbeschluß herbeigeführt hatten, dieser Beschluß für das Proletariat die richtigste und angemessenste Antwort gewesen war.

In dem Zeitraum von Dezember bis Mai hat aber die politische Lage in Rußland einen unerwarteten Umschwung erfahren. Den ganzen Winter hat die Regierung daran gearbeitet, Tod und Schrecken ins Land zu tragen, um eine gefügige Duma zusammenzubringen. Doch in ihrem reaktionären Eifer hat sie über die Schnur gehauen und eine ihren Bestrebungen total entgegengesetzte Wirkung erzielt: Im ganzen Lande gärt es, die Wellen des

Hasses und der Erbitterung gegen das herrschende Regime schlagen höher denn je, die Duma ist eine oppositionelle — kurz, die ganze Situation ist verändert. Eine veränderte Situation erheischt aber eine veränderte Taktik; denn obwohl denselben Inhalt während und stets dasselbe Ziel verfolgend, muß sie sich in der Form den jeweiligen politischen Verhältnissen anpassen, um das gesteckte Ziel, d. h. gegenwärtig in Rußland das Wachstum der Macht des Proletariats zum Sturze des alten Regiments und zur Einberufung einer konstituierenden Versammlung in der kürzesten Zeit und mit dem geringsten Kraftaufwand zu erreichen.

Hieraus ergibt sich leicht die Stellung, die die Sozialdemokratie Rußlands jetzt zur Duma eingenommen hat.

Indem sie die Duma in ihrer gegenwärtigen Zusammmensetzung als einen Ausgangspunkt einer neuen Phase der Revolution betrachtet, unterstützt sie ihre äußersten linken Elemente, d. h. die „Arbeitsgruppe" und vornehmlich die neugebildete „proletarische", aus sozialistisch gesinnten Arbeitern bestehende Gruppe. Gleichzeitig aber bekämpft sie an der Hand unvermeidlicher innerer Konflikte der verschiedenartigen Elemente der Duma nach wie vor die liberale Bourgeoisie, die K.-D., die sich so gern den Namen „wahrer Volksvertreter" beilegen. Die ebenso unvermeidlichen Konflikte der Duma mit der Regierung sucht die Sozialdemokratie durch den Druck der revolutionären Massen zu beschleunigen und zu verschärfen, um so vor den Augen der Bevölkerung die innere Unzulänglichkeit der Duma für die Neugestaltung Rußlands noch drastischer zu veranschaulichen und sie von der Notwendigkeit einer konstituierenden Versammlung auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu überzeugen.

Durnowos „Mission".

Der Herr Ex-Minister Durnowo weilt seit dem 25. Mai nicht mehr in Rußland. Zuerst wußte man nicht recht, welche Zwecke Durnowos Auslandsreise verfolgt. Nunmehr verlautet, er sei in doppelter Mission fortgesandt: Erstens soll er versuchen, einen größeren Pump aufzunehmen! Zweitens aber soll er **die russische Geheimpolizei im Ausland revidieren** und den Geheimagenten die Möglichkeit geben, **„das Heer der russischen Revolutionäre im Auslande genau zu beobachten"**. In Begleitung Durnowos befindet sich Manulow Manassewitsch, **„ein vorzüglicher Kenner des ausländischen Detektivwesens"!!**

Der zweite Teil seiner Mission, das Spitzeln, dürfte ihm besser von der Hand gehen als der erste Teil: das Pumpen; denn nachgerade wird die russische Regierung wohl keine Dummen mehr finden, die den Sport treiben, ihr Geld aus dem Fenster zu werfen. Sollen doch sogar Auslandsbankiers dem russischen Finanzminister mitgeteilt haben: das Regierungsprogramm müsse die Unantastbarkeit der Person berücksichtigen, da sonst der russische Kredit gefährdet sei!

Sturmzeichen.

Aus allen Teilen des Reiches kommen Meldungen über Attentate, Streikvorbereitungen usw. So wurde am Dienstagmittag in Warschau der Polizeikommissar Kowalski auf offener Straße erschossen.

In Lomsa entdeckte die Polizei im Erdgeschoß des Regierungs-Hauptkassengebäudes eine Bombe.

In Werden rissen Revolutionäre das Erbbegräbnis der verhaßten Grafenfamilie Sievers auf und zerstreuten die Gebeine.

In Sewastopol sollen die Behörden, wie von dort gemeldet wird, einen weitverzweigten Anschlag entdeckt haben, der dahin ging, alle Offiziere zu ermorden und die Arsenale zu besetzen. „Die Truppen", so heißt es, „sind nur teilweise zuverlässig, während die Mannschaften der Schwarzmeer-Flotte sämtlich mißvergnügt sind. Die Lage bezüglich des Geschwaders ist so ernst, daß schleunigst ein Schlachtschiff und ein Kreuzer bemannt wurden, und zwar hauptsächlich mit Offizieren, um die Schiffsmannschaften einzuschüchtern und nötigenfalls auf die unzufriedenen Besatzungen der anderen Schiffe zu feuern, **auf denen die Geschützverschlüsse entfernt wurden"!** —

Es sollen also unter Umständen Wehrlose niederkartätscht werden!

Man darf sich nicht darüber wundern, daß der Terror wieder sein Haupt zu erheben beginnt. Läßt doch die Regierung alle Minen der Konterrevolution springen!

Von den unzähligen Mitteilungen, die über die Schreckensherrschaft im gegenwärtigen Rußland berichten, veröffentlichen wir heute die folgende, die uns aus Riga zuging:

Die Massenmorde in den Ostseeprovinzen dauern fort.

Nicht allein die Verhängung des Belagerungszustandes, sondern die ganze Tätigkeit der Strafexpeditionen haben der Bevölkerung bewiesen, wer bei uns Herrscher im Lande ist. Trotz der Bekanntmachung des Generalgouverneurs, daß die Tätigkeit der Feldgerichte vom März an in Kur- und Livland eingestellt sei, dauert das „standrechtliche" Erschießen immer noch fort. Die Chefs der Strafexpeditionen und die „Ehrenpolizisten" scheeren sich nicht um die Erlasse des Generalgouverneurs. So bringen die örtlichen Blätter wieder spaltenlange Artikel über das Morden der Orlowschen Banden im Flecken Marienburg und im Kirchspiel Sissegall (Livland). Gerade die erstgenannte Ortschaft hat während der verflossenen fünf Monate unsäglich gelitten. Ueber 50 Menschen sind hingemordet und ebenso viele mit Ruten gepeitscht worden. Das ganze wirtschaftliche Leben steht still, die Gemeinden ächzen unter der Abgabenlast, die durch die von den Strafexpeditionen ihnen zudiktierten „Entschädigungssummen" kolossal gewachsen ist. Dabei raubt und plündert das einquartierte Militär, wo es nur kann. Anfang Mai wurden hier von neuem **fünf Personen erschossen und dann gehängt.** Unter den Erschossenen befindet sich ein 16jähriges Mädchen und eine 60jährige Frau! Letztere wurde beschuldigt, Waffen aufbewahrt zu haben! Was das junge Mädchen erlitten hat, ist einfach unbeschreiblich: Im Dezember wurde vor ihren Augen einer ihrer Brüder erschossen, sie selbst kam ins Gefängnis und nachdem man sie befreit hatte, wurde sie noch einer grausamen Körperstrafe unterzogen (sie bekam 100 Rutenhiebe). Blutüberströmt warf sie dem Offizier seine Henkerarbeit vor. „Nehmen Sie doch mein Leben, mehr können Sie mir ja doch nicht nehmen!" Die Antwort darauf war — eine Salve.

Zwei noch um einige Jahre jüngere Schülerinnen warten auf den „Urteilsspruch" des Kriegsgerichts. Außer ihnen sind noch 34 andere Personen, darunter vier Frauen, der Teilnahme an der Rigaschen Kampfesorganisation angeschuldigt. — Ihrer Nationalität nach sind die Angeklagten vorzugsweise Letten und Juden, doch befinden sich unter ihnen auch Russen und Deutsche. Die Verteidigung der seit vier Monaten im Kerker schmachtenden Schülerinnen haben die bekannten Petersburger Rechtsanwälte Grusenberg und Sokolow übernommen.

Die Kerker von Riga sind so überfüllt, daß es darin — bei der jetzt herrschenden Hitze — lebensgefährlich wird. Dabei kommen täglich neue Gefangene hinzu! Die unerträgliche Lage der Insassen zwang die politischen Gefangenen des Zentralgefängnisses, am 25. April zum Hungerstreik zu greifen. Um den gefangenen Genossen ihre Solidarität zu bezeugen, traten am 1. Mai etwa 20 000 Arbeiter Rigas in den Ausstand, der — wie früher festgesetzt war — drei Tage dauerte. Die einzige Forderung war: Befreiung aller Gefangenen, denen bisher keine Anklageakten ausgehändigt worden sind! —

Die livländischen Barone hatten sich soeben wieder zu ihrem Landtage versammelt, rieben sich die blutigen Hände und freuten sich, daß der revolutionäre Geist, wenn auch nicht ganz, so doch zum größten Teile im Blute erstickt sei. Man fühlte sich unter Dragonerschutz so sicher und war überzeugt, daß mit dem bißchen Revolution, das noch in den Wäldern steckt, die Kriegsgerichte und die „schneidigen" Kreischefs, die Gebrüder Brödrich usw., fertig werden. Wie ein Mene Tekel fuhr die Nachricht vom Ausbruch des Streiks am 1. Mai dazwischen. Am 13. Mai (dem Maitage alten Stils) war der Ausstand in Riga allgemein; in Libau streikten sogar die Straßenbahnangestellten. Der Kampfesmut der Arbeiter ist wieder kolossal gestiegen. Ein Teil von ihnen hatte einen Erfolg bei den jetzigen Verhältnissen nicht erwartet.

Man muß sich all die scheußlichen Mittel vergegenwärtigen, mit denen jetzt Provokateure gezüchtet werden, um die Verhältnisse recht zu verstehen, unter denen der Kampf jetzt geführt werden muß. Mit dem Denunzieren beschäftigt sich in erster Linie noch immer die örtliche deutsche Presse. Ganz unverständlich war daher für viele die Unterstützung, die der Berliner Magistrat dem „Hülfsausschuß der deutschen Notleidenden" angedeihen ließ. Jetzt haben die baltischen Junker 10 000 Mark mehr, um die Revolution bekämpfen zu können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Mai.

Ein mißglückter Vorstoß gegen die Reichstagsdiäten.

Im Abgeordnetenhause hatten am Dienstag die Konservativen eine Haupt- und Staatsaktion unternommen. Sie hatten in einem Antrage, der sich gegen die Eingriffe der Reichsgesetzgebung in die einzelstaatlichen Rechtssphären wandte, dem Grafen Posadowsky wegen der Zustimmung des Bundesrates zur Diätenvorlage den Fehdehandschuh hingeworfen. Aber inzwischen entsank ihnen wieder der Mut und gestern suchte der Begründer der Interpellation, der Abg. v. Heydebrand, dem Antrage alle Spitzen zu nehmen; ja der andere konservative Redner Malkewitz verleugnete sogar den schönen Sermon, den der Kürassierstiefelpoet v. Oldenburg über die preußischen Bajonette und die süddeutschen Kronen, die man mit Schuppenketten am Kopfe festbinden sollte, jüngst im Reichstage gehalten hatte. So konnte denn der Minister des Innern v. Bethmann die Debatte ganz auf das Gebiet der staatsrechtlichen Theorie schieben, in deren Oede sie sich bald verlor.

Der Eingriff in die Landesgesetzgebung wurde in der Bestimmung des Reichstagsdiätengesetzes gefunden, wonach unter gewissen Voraussetzungen Mitglieder der Einzellandtage die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Landtagsdiäten nicht erheben sollen.

Nach knapp dreistündiger Debatte war mit Annahme des konservativen Antrages, die kgl. Staatsregierung aufzufordern: im Bundesrate dahin zu wirken, daß Eingriffe in die Verfassung der Einzelstaaten, insbesondere Preußens, im Wege der Reichsgesetzgebung vermieden, jedenfalls nicht ohne Einvernehmen mit den Einzellandtagen vorgenommen werden, die Sitzung beendet.

Am Mittwoch werden kleinere Vorlagen und Petitionen beraten.

Das Zentrum und die Ablehnung des Reichskolonialamtes.

Das Zentrum hat zwar das Reichskolonialamt zu Fall gebracht; befriedigt ist es jedoch über seine eigene Abstimmung am Montag keineswegs. Es hat gegen den zum Staatssekretär dieses Amtes ausersehenen Erbprinzen von Hohenlohe-Langenburg allerdings manches einzuwenden, und es weiß ferner, daß in den Kreisen seiner süddeutschen Wähler, die wenig für die kolonialpolitischen Neigungen der Zentrumsfraktion eingenommen sind, ihm die Ablehnung des Reichskolonialamtes neue Sympathien erweckt hat; aber andererseits weiß es auch, daß ihm seine Abstimmung in den sogenannten maßgebenden Kreisen, besonders aber vom Kaiser selbst, verdacht werden wird, und seine Stellung als Regierungspartei möchte es sich nicht verscherzen. Lieber wäre es deshalb den Zentrumsleitern gewesen, daß das Reichskolonialamt in der Montagssitzung angenommen worden wäre, aber gegen die Zentrumsstimmen. Dann hätte die Debatte weniger an sogen. allerhöchster Stelle angestoßen, und doch hätte das Zentrum vor seinen Wählern mit seiner Festigkeit und Prinzipientreue zu prunken vermocht. Es ist höchst interessant, wie die „Germania" die Abstimmung am Montag als eine zufällige hinzustellen und für den Ausfall krampfhaft die kolonialfreundlichen Parteien verantwortlich zu machen sucht. So schreibt sie z. B. in ihrer vorletzten Nummer:

„Die Zentrumsfraktion hat bekanntlich bei der zweiten Beratung des Etats mit wenigen Ausnahmen für die Ablehnung des selbständigen Reichskolonialamtes gestimmt, und zwar aus rein sachlichen, nicht etwa aus persönlichen Gründen wegen des gegenwärtigen stellvertretenden Direktors des Kolonialamtes. Durch eine Zufallsmehrheit von 15 Stimmen wurde jedoch, wie wir damals schon bemerkten, das Zentrum überstimmt und der Titel für den Staatssekretär des Reichskolonialamtes bewilligt. In der Zwischenzeit hat das Zentrum nichts getan, was die Abstimmung über diese Etatsposition gewissermaßen zu einer „Staatsaktion" machen sollte. Das geht unzweifelhaft daraus hervor, daß das Zentrum seinerseits keinen Antrag gestellt hat, den Beschluß zweiter Lesung aufzuheben und statt dessen entweder nach den Kommissionsbeschlüssen einen „gehobenen" Unterstaatssekretär zu bewilligen, oder es bei den bisherigen Verhältnissen mit einem Kolonialdirektor zu belassen. Daraus erklärt es sich auch, daß am Schlusse der Samstagssitzung im Reichstage ein Vakuum entstand, das heute wieder ausgefüllt werden mußte, und zwar in der Form, daß in bezug auf die Kolonialabteilung vorläufig alles beim alten bleibt..... Wären die Konservativen und Nationalliberalen am Sonnabend auf ihrem Platze gewesen, dann hätten sie mit den Freisinnigen und der Wirtschaftlichen Vereinigung zweifellos eine Mehrheit für den Staatssekretär zusammenbringen können."

Und in der letzten Nummer des Blattes heißt es in einem langen Artikel über denselben Gegenstand:

„Das Zentrum kann schließlich doch nichts dafür, daß bei der dritten Beratung durch den Absentismus anderer Parteien das Reichskolonialamt gefallen ist; es war so wenig auf ein negatives Ergebnis dieser Abstimmung vorbereitet, daß es nicht einmal vorher Abänderungsanträge gestellt hatte und erst nachträglich in die Zwangslage versetzt wurde, das durch die Ablehnung herbeigeführte Vakuum wieder zu ersetzen. Die verärgerten Kartellparteien, die ihre eigene Schuld nicht einsehen wollen, hätten zudem einen Unterstaatssekretär des Kolonialamtes haben können, aber in ihrem blinden Eifer lehnten sie auch diesen vermittelnden Antrag ab, und so blieb alles beim alten, so daß nach wie vor ein Kolonialdirektor die Kolonialabteilung leitet."

Schließlich deutet das ultramontane Organ an, daß nach dem Wiederbeginn der Reichstagssitzungen das Zentrum doch vielleicht noch mit sich reden lassen wird, indem es schreibt:

„Es bedarf kaum der Wiederholung der Versicherung, daß die Stellungnahme des Zentrums zur Frage des Reichskolonialamtes durchaus nicht gegen den Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg gerichtet ist. An dem guten Willen, Ordnung in die Kolonialverwaltung zu bringen und das Reich vor kolonialen Abenteuern zu bewahren, an seinem ehrlichen Bestreben, die deutschen Kolonien zu einer friedlichen und segensreichen Entfaltung zu bringen, an seiner loyalen Absicht, Regierung und Reichstag zu einem Einvernehmen in allen kolonialen Fragen zu bringen, zweifelt niemand in der Zentrumsfraktion, und jedermann wünscht, daß er auch fernerhin die Leitung des Kolonialamtes beibehalten möge."

Was wird geboten? —

Die belgischen Wahlen.

Unter dem ersten Eindruck der Wahl-Depeschen aus Belgien hatten wir die Situation schwärzer geschildert, als sie sich nun — nach dem Einlauf weiterer Meldungen — herausstellt. Das kam daher, daß — wie wir schon gestern sagten — alle Freunde des Fortschritts und des Lichts gehofft hatten, den belgischen Dunkelmännern werde die Majorität, die sie bisher besaßen, entrissen werden. Das ist leider nicht geschehen — die Enttäuschung hat uns und andere pessimistische Worte finden lassen.

Aus den neueren Meldungen geht jetzt aber hervor, daß die belgische Pfaffokratie nur noch zweimal einen solchen „Sieg" zu erringen braucht wie am vergangenen Sonntag, um dahingestreckt am Boden zu liegen. Allerdings — die Parlamentsmajorität ist ihr noch nicht entrissen worden, aber sie hat **vier Sitze verloren,** und damit ist ihre Mehrheit von 20 auf 12, also um 8 Stimmen zurückgegangen! Und das will in Belgien schon etwas besagen.

Das wird klarer, wenn man die letzten Majoritäten der belgischen Pfaffenpartei betrachtet: Im Jahre 1894 suchten die Klerikalen das bis dahin geltende allgemeine Stimmrecht, das ihnen Verluste gebracht hatte, unschädlich zu machen, indem sie es mit dem Pluralwahlrecht verquickten. Damit erzielten sie eine Majorität von 56 Stimmen, die 1896 auf 70 und 1898 gar auf 72 Stimmen anschwoll. Auf das Drängen des Landes hin wurde nach 1898 das Proportional-Wahlsystem eingeführt. Im Jahre 1900 fanden die ersten Wahlen nach dem neuen, noch jetzt geltenden Modus statt. Zwar hatten die Klerikalen von vornherein dafür gesorgt, daß ihnen auch unter dem Proportionalsystem nicht allzuviel Schaden geschehen könne; trotzdem aber sank ihre Majorität ungeheuer, nämlich auf achtzehn Stimmen! Und sogar diese verhältnismäßig winzige Majorität hatten sie sich durch ungeheuerlichste Wahlfälschungen erhalten; denn während sie selber nur 993 000 Stimmen bekamen, zählten ihre Gegner deren 1 020 000!! Nun galt es, den Verlust wett zu machen: die Herren Pfaffen vermehrten die Zahl der Abgeordneten! So brachten sie denn im Jahre 1902 ihre Majorität künstlich wieder auf 26. Diese Zahl sank 1904 auf 20 und jetzt auf 12.

Beim Proportionalsystem erfordert die Feststellung des Wahlresultats begreiflicherweise bedeutend längere Zeit, als bei den anderen Systemen. Daher sind wir auch heute noch nicht in der Lage, die Zahlen im einzelnen zu geben. Aber soviel steht fest: Von den vier Sitzen, die den Schwarzen abgenommen wurden, haben die Liberalen 3 (in Brüssel, Antwerpen, Dinant), die Sozialisten einen — und zwar in Namur erobert. Dadurch wird Genosse Léon Furnemont wieder Mitglied des Parlaments. In der neuen Kammer werden die Katholiken über 89, die Liberalen über 46 und die Sozialisten über 31 Sitze verfügen.

Daß die Pfaffen keine Kosten scheuten, versteht sich von selbst. Ihre Mittel erlauben ihnen das! Zugute kam den Herrschaften auch noch der Umstand, daß viele französische Ordensleutchen unter dem Druck der letzten Vorgänge nach Belgien gegangen sind und nun ihren belgischen Brüdern in Christo bei der Verdummungs-Arbeit treffliche Dienste leisteten.

Bei den nächsten Wahlen — im Jahre 1908 — wird die antiklerikale Opposition zu zeigen haben, ob sie aus den Mai-Wahlen 1906 etwas gelernt hat. Möge es den Gegnern des Klerikalismus Anno 1908 gelingen, der internationalen schwarzen Bestie wenigstens einen ihrer giftigen Hydra-Köpfe abzuschlagen. Schon um des guten Beispiels willen, das damit den politischen Parteien anderer Länder — nicht in letzter Linie Deutschlands — gegeben würde. —

* * *

Deutsches Reich.

Die Fahrkartensteuer.

Die Amtsblätter der Eisenbahndirektionen, die am Sonnabend erschienen, enthalten die offizielle Mitteilung an die Dienststellen, daß die Erhebung der Fahrkartensteuer am 1. August beginnt. Von diesem Tage wird also für jede Fahrkarte erster, zweiter und dritter Wagenklasse, deren Preis 60 Pfennig und mehr beträgt, die Steuer erhoben. Sie wird in den tarifmäßigen Fahrpreis eingerechnet, so daß auf den Fahrkarten Fahrpreis und Steuer in einem Betrage erscheinen. Infolgedessen werden, wie die amtliche Mitteilung weiter besagt, zunächst alle Fahrkarten Edmonsonscher Form erster bis dritter Wagenklasse des Staatsbahnverkehrs und der direkten deutschen Verkehre, soweit ihr tarifmäßiger Preis 60 Pf. und mehr beträgt, bis zum 1. August dieses Jahres neu gedruckt. Die einzelnen Dienststellen sind angewiesen worden, die neuen Fahrkarten bei der Fahrkartenverwaltung anzufordern. Dabei soll der Bedarf für die Zeit vom 1. August dieses Jahres bis 1. April 1907 bemessen werden. Dieser Endtermin ist offenbar mit Rücksicht auf die Personentarifreform gewählt worden, deren Inkrafttreten für den 1. April 1907 in Aussicht genommen ist und die eine abermalige Verteuerung der Fahrkarten bedeutet.

Einen Ueberblick über die Wirkungen der Steuer gibt folgende Tabelle. Die Verteuerung beträgt bei Karten

	3. Klasse	2. Klasse	1. Klasse
von 60 Pf. bis 2 M.	5 Pf.	10 Pf.	20 Pf.
von mehr als 2— 5 M.	10 Pf.	20 Pf.	40 Pf.
„ „ „ 5—10 M.	20 Pf.	40 Pf.	80 Pf.
„ „ „ 10—20 M.	40 Pf.	80 Pf.	1,60 M.
„ „ „ 20—30 M.	60 Pf.	1,20 M.	2,40 M.
„ „ „ 30—40 M.	90 Pf.	1,80 M.	3,60 M.
„ „ „ 40—50 M.	1,40 M.	2,70 M.	5,40 M.
von über 50 M.	2,00 M.	4,00 M.	6,00 M.

Die Steuer trifft auch Straßenbahn- und Dampfschiffahrtskarten. Die Einzelfahrten auf der Straßenbahn werden allerdings steuerfrei bleiben, dagegen sind die Monatskarten, die ja auch von Arbeitern in den Großstädten vielfach gelöst werden, stempelpflichtig. Pro Jahr macht das eine Erhöhung von 1,20 bis 2,40 M. aus.

Ueber die aufreizenden Wirkungen dieser Verteuerungen des Verkehrs in einer Zeit des Verkehrs werden sich die Steuerparteien nicht lange im Zweifel befinden. —

Ein Fingerzeig für die Wähler.

Das „Berliner Tageblatt" widmet dem scheidenden Reichstag eine längere Betrachtung, in welcher es von Diäten, neuen Steuern, Heer und Flotte und noch einigem redet. Darin wird folgender Appell an die Wähler gerichtet: „Erst wenn der einzelne Wähler mit dem Stimmzettel in der Hand seinem Unwillen über die Steuermehrheit des Reichstages Nachdruck gibt, darf er sich das Zeugnis ausstellen, seine staatsbürgerliche Pflicht getan zu haben. Die Lehre, die in den neuen indirekten Steuern liegt, ist nicht zu teuer bezahlt, wenn dieser Reichstag der letzte ist, der für eine höhere Belastung des Massenkonsums und des Verkehrs zu haben ist. Daß sich eine solche Abrechnung des Volkes mit dem Reichstage nicht auf Steuerfragen beschränken darf, sondern überhaupt in der Richtung einer stärkeren Betonung der Volksrechte liegen muß, ist klar. Insofern dürften die nächsten Reichstagswahlen zu einer entscheidenden Kraftprobe werden."

Das ist deutlich und „mannhaft" gesprochen. Unmittelbar daran schließt sich aber folgendes Bekenntnis:

„Neben der Finanzreform hat die jetzt abgeschlossene Session die neue Flottenvorlage gebracht; sie ist glatt angenommen worden, weil sich auch die liberale Linke der Einsicht nicht verschließen konnte, daß der Ausbau unserer Flotte zu einer nationalen Notwendigkeit geworden ist. Doch ist auch die jetzige Vorlage schwerlich mehr als eine Etappe auf dem Wege zu einer

größeren Seegeltung des Deutschen Reiches. . . . . Auf Heer und Flotte aber muß nach wie vor das Deutsche Reich sich verlassen können, wenn es ungehemmt seinen friedlichen, auf Kultur und Zivilisation gerichteten Zielen nachstreben will."

Hier wird also bereits zu weiteren Ausgaben für Heer und Flotte die Zustimmung der Liberalen angekündigt. Da nun die hierfür nötigen Gelder in Deutschland, so lange das gegenwärtige Regime am Ruder ist — und die Liberalen werden es gewiß nicht stürzen! — schwerlich anders als durch „höhere Belastung des Massenkonsums und des Verkehrs" aufgebracht werden dürften, so stellt das „Berl. Tagebl." den Wählern, die liberale Abgeordnete wählen, das Zeugnis aus, daß sie ihre staatsbürgerliche Pflicht nicht erfüllen. Hoffentlich nehmen sich das recht viele Leser des „B. T." zu Herzen und wählen künftig sozialdemokratisch. —

Das Land der Hereros.

Am Montag, in seiner letzten Sitzung, hat der Reichstag gegen die Stimmen der Rechten eine Resolution der Sozialdemokraten angenommen, worin der Reichskanzler aufgefordert wird, dafür zu sorgen, daß in der Kolonie Südwestafrika den Eingeborenen ein zu ihrem Lebensunterhalt in selbständigen Wirtschaftsbetrieben ausreichender Landbesitz zugesichert werde, um auf dieser Grundlage die Rückkehr friedlicher Zustände in der Kolonie und die schleunige Zurückziehung der dort bisher zu kriegerischen Operationen erforderlichen Truppen zu ermöglichen. In der Begründung dieser Resolution führte Genosse Ledebour aus, daß es einer der schwersten Fehler der Kolonialverwaltung war, sämtlichen sogenannten „aufständischen" Eingeborenen mit der Konfiskation ihrer Ländereien zu drohen. Darauf sei es zurückzuführen, daß noch heute viele Hereros und Hottentotten nichts von Unterwerfung wissen wollen, weil die Leute nach den Proklamationen des Gouvernements glauben müssen, daß sie im günstigsten Falle Reservate bekommen werden, die für ihre Existenz nicht ausreichend sind, sondern sie nötigen werden, bei der Regierung oder bei weißen Farmern zu arbeiten.

Die Mehrheit des Reichstages hat diese Gedanken durch die Zustimmung zur Resolution zu den ihrigen gemacht und die entsprechende Aufforderung an den Reichskanzler gerichtet.

Wie zeitgemäß die Resolution war, stellte sich noch am selbigen Tage heraus. Am Montag wurde folgendes bekannt:

An der Amtstafel des Bezirksamts Swakopmund ist, wie die „Deutsch-Südwestafr. Ztg." mitteilt, eine Bekanntmachung des Gouverneurs ausgehängt, in der es unter anderem heißt: Auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 26. Dezember 1905 wird hierdurch die Einziehung des gesamten beweglichen und unbeweglichen Stammesvermögens aller Herero nördlich des Wendekreises des Steinbocks, sowie der Zwartboi-Hottentotten von Franzfontein und der Topnaar-Hottentotten von Zeßfontein verfügt. Der Gouverneur kann den von der Einziehung betroffenen Eingeborenen so viel von dem Vieh zur Nutzung übergeben, als zu ihrer Unterhaltung unentbehrlich ist. Die Einziehung erfolgt aus dem Grunde, weil die aufgeführten Eingeborenenstämme kriegerisch-feindselige Handlungen gegen die Regierung des Schutzgebietes, gegen Nichteingeborene und gegen andere Eingeborene begangen haben. Die von der Einziehung Betroffenen können binnen 4 Monaten beim Gouvernement gegen die Einziehung Einspruch erheben.

Wäre Deutschland ein parlamentarisch regiertes Land, so müßte nun dieser Proklamation binnen kurzem eine andere folgen, die im Sinne der Reichstagsresolution gehalten ist. Ob das aber geschieht, ob die Regierung den Willen des Reichstags respektiert, ist abzuwarten. Geschieht es nicht, so weiß das deutsche Volk jedenfalls, wem es die Blut- und Geldopfer, die der Krieg dann noch verschlingen dürfte, verdankt. Freilich stehen mächtige Interessen gegen die Reichstagsresolution — die Farmer wollen billige Arbeitskräfte und die Enteignung der Hereros dünkt ihnen dazu das beste Mittel. Das Eigentum ist ja nicht heilig, wenn es das Eigentum von Wilden ist. Das ist das Glaubensbekenntnis aller Kolonialpolitiker. Die Beraubung der Eingeborenen ist seit jeher die Grundlage der Kolonialpolitik gewesen. —

Zur Reichstagsersatzwahl in dem durch den Tod des Grafen Reventlow erledigten Wahlkreis Rinteln-Hofgeismar wollen die sich „deutsch-soziale Partei" nennenden Antisemiten, wie „Das Reich" zu berichten weiß, den Bürgermeister Herzog aus Obernkirchen (Kreis Rinteln) aufstellen. Herzog ist altes Mitglied der deutsch-sozialen Partei und stand dem verstorbenen Grafen Reventlow freundschaftlich nahe. Die Antisemiten rechnen darauf, daß nicht nur die konservative Partei und der Bund der Landwirte sich gleichfalls für diese Kandidatur erklären, sondern auch die Nationalliberalen, „zumal da eine solche Gegenkandidatur höchstens eine Stichwahl zwischen H. und dem sozialdemokratischen Kandidaten herbeiführen könnte und außerdem eine eigentümliche Illustration der Dankbarkeit jener Partei für die deutschsoziale Wahlunterstützung in Darmstadt sein würde".

Bei der Hauptwahl im Jahre 1903 erhielt der Kandidat unserer Partei 3488, der deutschsoziale Kandidat Graf Reventlow 6426, der Nationalliberale 2154, der Freisinnige 748, der Zentrumsmann 542 Stimmen. In der Stichwahl wurde dann Graf Reventlow mit 9543 Stimmen gewählt. Unsere Partei erhielt 4030 Stimmen.

Aus Schwarzburg-Rudolstadt wird uns geschrieben: Einen Umsturz im wahrsten Sinne des Wortes bedeutet für unsere Finanzen die nunmehr feststehende Balanzierung des Reichshaushalts. Während unser als Finanzgenie gerühmter Landtagsabgeordneter Kommerzienrat W. Richter es im Landtage durchzusetzen wußte, daß in den Etat für 1906/08 nur pro Jahr 88 800 M. ungedeckte Matrikularbeiträge eingestellt wurden, beträgt dieser nach dem eben fertiggestellten Reichsetat nicht, wie angenommen, 40 Pf., sondern 3,20 M. pro Kopf der Bevölkerung. Das bedeutet für unser kleines Ländchen eine nichtvorgesehene Mehrausgabe von 260 000 M. oder 10 Proz. des gesamten Etats! Und dabei trug man sich noch mit dem Gedanken, dem im Herbste wieder einzuberufenden Landtage Vorlagen zugehen zu lassen betreffend Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten, sowie der Geistlichen und Lehrer! Die „Reichsfinanzreform", die bestimmt war, die kleinstaatlichen Finanzverhältnisse zu beruhigen, sie beginnt ihre Wirksamkeit eigentlich recht wenig vertrauenerweckend und dürfte auch so lange völlig versagen, als unsere Sandwüstenverteidigung in Afrika noch fortgesetzt ungezählte Millionen verschlingt. Unsere kleinstaatlichen Steuerzahler werden das schon noch ganz besonders zu spüren bekommen! —

Das Herrenhaus erledigte am Dienstag nur einige Vorlagen minderer Bedeutung. Am wichtigsten war noch die Abänderung des § 58 des Kommunalabgabengesetzes, der das Verhältnis von Wohngemeinde zu Betriebsgemeinde behandelt. Die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, die die Betriebsgemeinde schwer belasteten, wurden vom Herrenhause wesentlich eingeschränkt.

Morgen steht das Knappschaftskassengesetz auf der Tagesordnung. —

Landarbeiterflucht. Auch die polnischen Landarbeiter vermögen es auf den idyllischen Rittergütern der ostpreußischen „Edelsten der Nation" nicht mehr auszuhalten und verlassen, wie uns aus Königsberg gemeldet wird, in letzter Zeit vielfach ihre Arbeitsstätten. Ebenso machen die westpreußischen Großagrarier mit ihren aus allen Weltgegenden zusammengeholten Arbeitssklaven recht unangenehme Erfahrungen. So berichtet z. B. der „Graud. Gesellige":

„Am Mittwoch wurden in Krojanke sieben galizisch-polnische Arbeiter von dem Obertwachtmeister aus Flatow festgenommen. Sie haben auf einem Gute des Kreises Schwetz das Arbeitsverhältnis gebrochen und sind bis hierher gekommen. Die Vertragsbrüchigen werden nach der österreichischen Grenze abgeschoben werden. Auch in unserer Gegend mehren sich die Vertragsbrüche der ausländischen Arbeiter in diesem Jahre in auffallender Weise. Viele Landwirte erleiden infolgedessen große Nachteile, da es unmöglich ist, für die entlaufenen Arbeiter Ersatz zu schaffen. Mit Rücksicht hierauf können auch die Aecker nicht so ausgenutzt und bearbeitet werden, wie unter normalen Verhältnissen."

Die „Post" als Eideshelfer für Urkundenfälschung.

Die „Post" unternimmt es, die im Reichstage klargestellten Verbrechen der Urkundenfälschung im Fall Schöne—v. Brockhusen zu beschönigen. Sie meint, einen Paßschwindel verurteile sie stets auch in den Fällen, in denen lediglich die leichte Uebertretung aus § 363 Abs. 1 Strafgesetzbuch (Fälschung von Pässen zwecks besseren Fortkommens) vorliegt. Im Fall Schöne—v. Brockhusen liege aber lediglich solche kleine Uebertretung vor, keineswegs eine „amtliche Urkundenfälschung". Der Faksimile-Abdruck des im Reichstag vorgelegten und im „Vorwärts" vom 24. d. M. wiedergegebenen Passes zeige, daß es sich um einen richtigen auf einen Herrn Fiedler ausgestellten Paß handele, der dem (polizeilich getauften) Russen nur zwecks besseren Fortkommens übergeben sei. Mag sein, daß die „Post" annimmt, ihre „Abonnenten", zumeist Unternehmer oder Beamte, seien so albern, die hanebüchene Unverfrorenheit zu bewundern, mit der die „Post" hier ein durch die §§ 267 bis 270, 348 und 349 des Strafgesetzbuchs mit Zuchthausstrafe bedrohtes Verbrechen in eine mit Geldstrafe bedrohte Uebertretung umdichtete. Wenn die Entdeckung der „Post" nicht gar zu viel Dummheit verriete, hätte die „Post" Anspruch auf Ernennung zum Ehrenmitglied der Zunft beamteter Urkundenfälscher, Wechselreiter, Zuhälter und ähnlicher Zeitgenossen. —

Die Reichseinnahmen weisen für April, den ersten Monat des neuen Etatsjahres, wiederum eine beträchtliche Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres auf. Der Ertrag aus den Zöllen ist allerdings um fast 2 Millionen Mark hinter dem vorjährigen zurückgeblieben; dafür ergaben aber die Verbrauchssteuern auf Branntwein und Zucker ansehnliche Mehrerträge, und ferner hat die Post- und Telegraphenverwaltung einen größeren Ueberschuß (2,8 Millionen Mark) erzielt.

Im einzelnen ergeben sich folgende Ziffern: die Einnahme aus den Zöllen betrug in der Isteinnahme 33,03 gegen 35,08 Millionen Mark im Vorjahr. Die Tabaksteuer erzielte in der Isteinnahme 0,70 gegen 0,77 Millionen, zeigt also einen Rückgang um fast 10 Prozent. Aus der Zuckersteuer wurden gewonnen 14,22 gegen 10,89 Millionen Mark. Die Salzsteuer ergab 4,64 gegen 4,37 Millionen Mark in der Isteinnahme. Die Einnahmen aus dem Branntwein betrugen in der Isteinnahme 9,57 gegen 9,20 Millionen Mark. Die Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier erzielte 2,75 gegen 2,64 Millionen Mark in der Isteinnahme.

Die gesamten Zölle und Verbrauchssteuern haben eine Isteinnahme von 68,21 (63,24) Millionen Mark ergeben. Von den sonstigen Reichseinnahmen hat die Börsensteuer 4,34 Millionen Mark ergeben gegen 4,67 Millionen im Vorjahr, der Lotterielosstempel 0,32 gegen 0,24 Millionen, die Wechselstempelsteuer 1,23 gegen 1,17 Millionen Mark. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat 49,48 Millionen Mark erzielt gegen 46,67 Millionen Mark im Vorjahr, die Reichseisenbahnverwaltung 9,27 gegen 8,57 Millionen Mark.

Die Kämpfe um den Besitz der südwestafrikanischen Einöden fordern immer weitere Opfer an Geld und Menschenleben. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 21. Mai zwischen Kubub und Ankois gefallen: Unteroffizier Stanislaus Welker, geboren am 13. November 1879 zu Moosch, früher im Landwehrbezirk Mühlhausen, Brust- und Beinschuß. Reiter Alfred Romberg, geboren am 22. November 1881 zu Hagen, früher bei der Fußartillerie-Schießschule, Herzschuß. Reiter Albert Lösche, geboren am 11. Mai 1882 zu Glindenberg, früher im Infanterieregiment Nr. 49, Kopf- und Armschuß.

Am 21. Mai zwischen Kalkfontein und Kubub gefallen: Gefreiter August Groening, geboren am 27. November 1878 zu Brodsack, früher im Kürassierregiment Nr. 5, Brustschuß.

Seit dem 19. Mai auf Patrouille nördlich Kanus vermißt: Unteroffizier Friedrich Baasch, geboren am 8. Dezember 1884 zu Katharinenborn, früher im Pionierbataillon Nr. 8. Reiter Ernst Lanhsch, geboren am 19. November 1882 zu Protschwitz, früher im Königlich Sächsischen Schützenregiment Nr. 108.

Ausland.

Ungarn.

Ein großes Programm. Im Abgeordnetenhause zu Budapest ist gestern (Dienstag) der Gesetzentwurf über den Zolltarif eingereicht worden, ferner ein Gesetz, das die Regierung ermächtigt, die mit Deutschland, Italien, Belgien, Rußland und der Schweiz geschlossenen Handelsverträge bis zur weiteren Verfügung in Kraft zu setzen, ebenso die mit Serbien und Bulgarien getroffenen provisorischen Vereinbarungen.

Unter großer Spannung ergriff darauf der Besieger Hohenlohes, Ministerpräsident Dr. Wekerle, das Wort und entwickelte ein reichhaltiges Reformprogramm: „Die großen nationalen Gedanken, die die Oeffentlichkeit beherrschen," so führte er aus, „können wir in der Uebergangszeit nicht verwirklichen. In erster Reihe wird die Regierung die **Wahlreform auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts** durchführen. Sie wird ferner darauf bedacht sein, die **Selbstverwaltung in den Komitaten und Gemeinden** zu stärken. In volkswirtschaftlicher Beziehung wird u. a. eine Ergänzung des Gesetzes zur **Förderung der Industrie** sowie die **Hebung des Exports** und eine **Reorganisation der Staatsbahnen** geplant. Die Auswanderung soll durch Verschaffung von Arbeitsgelegenheit eingedämmt werden." — In finanzieller Hinsicht kündigt Wekerle die **Einführung einer progressiven Personaleinkommensteuer** an. Ferner soll der Umlauf der Noten zu zehn und zwanzig Kronen verringert werden.

Was das Verhältnis mit Oesterreich betrifft, so sollen Verhandlungen eingeleitet werden, um das Zollbündnis durch einen Zollvertrag zu ersetzen. (Lebhafter Beifall.) Der Ministerpräsident ersucht schließlich die koalierten Parteien, ihn in der Durchführung des Regierungsprogramms vertrauensvoll zu unterstützen. (Langanhaltender lebhafter Beifall.) —

Nach der Rede Wekerles spricht der frühere Ministerpräsident Szell namens der Verfassungspartei der Regierung sein Vertrauen aus. Namens der Kossuthpartei erklärt Abg. Thaly, daß diese unter Wahrung ihrer Prinzipien dem Kabinett, in welchem sie durch drei Mitglieder vertreten sei, volle Unterstützung gewähre. Eine ähnliche Erklärung gibt auch der Abg. Rakovsky ab im Namen der Volkspartei.

Frankreich.

An der Mauer der Föderierten.

Paris, 27. Mai. (Eig. Ber.)

Der diesjährige Zug der Pariser Sozialisten auf den Père Lachaise zur Leidens- und Grabstätte der letzten Kommunestreiter hat gezeigt, daß das Andenken an jene Märtyrer der proletarischen Revolution nach 35 Jahren in der Arbeiterschaft noch ungeschwächt fortlebt, aber auch, daß die lächerliche Angstmeierei und der Absolutismus der Polizei unter der radikalen Regierung nicht minder als unter den reaktionären Regierungen ihre Kapriolen schneiden. Zwar werden — schon seit Combes — rote Embleme zugelassen, aber noch immer sind Reden, ja selbst Rufe verpönt — allerdings, an diese Verbote kehrt sich die Menge nicht. In höchstem Maße erbitternd ist jedoch, daß die Polizei den Zug in mehrere Abteilungen auseinanderreißt und hinter jeder Gruppe republikanischer Garden mit Gewehren auf der Schulter marschieren läßt, als ob sie Kriegsgefangene eskortierten. Es ist der eindringlichste Anschauungsunterricht vom Klassenkampf, der sich nur denken läßt.

„Wenn wir (Deutschen den (Finanzminister) hätten!"

Paris, 29. Mai. (B. H.) Ueber den gestrigen Ministerrat wird noch berichtet, daß unter den Ministern Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Ausgaben für Militär und Marine hervortraten. Der Finanzminister **bekämpfte die Forderungen und fand dieselben zu hoch.** Seine Ansicht wurde von mehreren anderen Kabinettsmitgliedern geteilt, sodaß die Mehrheit der Minister in dieser Frage einig war. Es ist möglich, daß in einer der nächsten Sitzungen des Kabinettsrats eine Einigung zustande kommt, im andern Falle wird eine Ministerkrisis als bevorstehend betrachtet. —

Die Herren „Kolonisatoren"!

Paris, 29. Mai. (B. H.) Wie der „Matin" berichtet, ist auf Grund einer bei dem General-Prokurator für Westafrika eingelaufenen Beschwerde gegen zwei hohe Beamte der Kolonialverwaltung namens Noirot und Hubert eine Untersuchung eingeleitet worden. Dem ersteren werden **neun**, dem letzteren **sechs Morde** zur Last gelegt. Außerdem sollen willkürliche Verhaftungen und Bestechungen von Beamten vorgekommen sein. — Beide Beamte halten sich in einem kleinen Königreich auf, dessen Monarch verstorben ist.

Italien.

Das neue Ministerium hat nach einer Depesche aus Rom nunmehr folgende Zusammensetzung:

Präsidium und Inneres: Giolitti. Auswärtiges: Tittoni. Justiz: Gallo. Schatz: Majorano. Finanzen: Massimini. Krieg: Generalleutnant Vigano. Marine: Admiral Mirabello. Unterricht: Fusinato. Oeffentliche Arbeiten: Gianturco. Ackerbau: Coccu Ortu. Post: Schanzer.

Schweden.

Stockholm, 29. Mai. (W. T. B.) **Das neue Kabinett** ist in folgender Zusammensetzung zustande gekommen: Lindeman, Ministerpräsident und Minister ohne Portefeuille, Beisitzer beim Höchsten Gericht. Albert Petersson, Justizminister. Admiral Dyrssen, Marine. Rektor Juhlin, Inneres. Swartz, Finanzen. Hammarskjöld, Kultus. Alfred Petersson, Landwirtschaft. Der bisherige Minister des Aeußern, Trolle, und Kriegsminister Tingsten behalten ihre Portefeuilles. Zu Ministern ohne Portefeuille sind ferner ernannt: Beisitzer beim Höchsten Gericht Hederstjerna und Landessekretär Roos.

Bulgarien.

Aus Sofia wird uns geschrieben:

Der Prozeß gegen das Zentralorgan der Nationalpartei, „Mir", wegen „Verleumdung" des Ministerpräsidenten Generalmajors Petrow und des Kriegsministers Generalmajors Savow, wurde am 11. d. Mts. beendet. Die richterliche Entscheidung fiel am 14. Der verantwortliche Redakteur des „Mir" wurde zu 2 Monaten Gefängnis und zu 200 Frank Geldstrafe verurteilt. Auch hat er die Kosten der Veröffentlichung des Urteils in den drei Tageblättern von Sofia zu tragen. Der Verurteilte wird Berufung einlegen; denn die Verhandlungen des Prozesses — oder richtiger: der Komödie — haben ja zu deutlich ergeben, daß im Grunde genommen der Wahrheitsbeweis für alle „Verleumdungen" erbracht ist. Sonst wäre wohl auch die Strafe viel härter ausgefallen.

Das Urteil ist ein politisches Tendenzurteil im wahrsten Sinne des Wortes. Die Richter wollten einfach die Kabinettskrisis vermeiden, die bei Freisprechung des Angeklagten unausbleiblich gewesen wäre. Und wegen einer Lappalie, wie die Annahme einer Bestechung von einigen tausend Frank bei der Munitionslieferung wird man doch in Bulgarien keinen Minister purzeln lassen, zumal wenn er der Vertraute des Fürsten und höchster Würdenträger in der Armee ist!

Im Prozesse verschaffte sich der Gerichtshof einen recht billigen Triumph: Er forderte die Vorlegung der Quittungen über die Bestechungssummen! Wenn der Angeklagte und seine Verteidiger auch alles beweisen konnten, die Quittungen vermochten sie natürlich nicht vorzulegen.

Nun gilt es ja in Bulgarien allerdings als eine Art Selbstverständlichkeit, daß die höhere und höchste Beamtenschaft ihre Stellen bekleidet, eben um sich zu bereichern. Die politischen Parteien der Bourgeoisie hüten sich, in das Wespennest zu greifen. Treiben es doch die bürgerlichen Parteimänner im allgemeinen nicht viel besser. So ist und bleibt denn die sogenannte „demokratische Linke" kleinlaut, und man hört im Parlament kaum das leise Klopfen ihres schwächlichen Herzens. Der Oppositionsgeist der bürgerlichen Parteien ist selig entschlafen, und man kann sagen, daß die bulgarische Bourgeoisie einfach unpolitisch geworden ist.

Parlamentarisches.

Wiederaufnahmeverfahren für Beamte.

Die verstärkte Justizkommission des Abgeordnetenhauses behandelte in ihrer letzten Sitzung den Antrag des Zentrumsabgeordneten Dr. König auf **Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens im Disziplinarverfahren gegen nichtrichterliche Beamte.** Im Gegensatz zur Regierung, die durch ihren Kommissar auf die Schwierigkeiten der Regelung der Materie hinweisen ließ und eine Vertagung der Frage bis zur allgemeinen Regelung des preußischen Beamtenrechts anheimstellte, war die Kommission der Meinung, daß die Frage besonders dringend sei und selbständig geregelt werden möchte. Schließlich wurde der Antrag in folgender Fassung angenommen:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, der in Abänderung des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten, und des Gesetzes vom 7. Mai 1852, betreffend die Dienstvergehen der richterlichen Beamten, das Wiederaufnahmeverfahren in das Disziplinarverfahren einführt, bezw. neu regelt und außerdem die Fälle ordnet, in welchen ein Beamter das Amt verloren hat auf Grund einer den Amtsverlust ohne weiteres nach sich ziehenden gerichtlichen Verurteilung, der später im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen wird." —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter, Partei- und Gewerkschaftsgenossen!

Gestern nacht ist von den Friseurgehülfen Berlins der Streik beschlossen worden. Nach dem ablehenden Verhalten der Arbeitgeber war dieser Beschluß zu erwarten.

Die Situation ist nun eine sehr schwierige.

Genossen! Ihr könnt viel dazu beitragen, unserer Lohnbewegung zum Siege zu verhelfen.

Der Aktionsausschuß der sozialdemokratischen Partei und die Gewerkschaftskommission haben in Anbetracht der schwierigen Lage, in der wir stehen, den Boykott über die Geschäfte, die nicht bewilligten, erklärt und den Mitgliedern der Partei und Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, sich nur da bedienen zu lassen, wo die Forderungen der Gehülfen bewilligt sind. Macht Euch den Beschluß der Partei und der Gewerkschaftskommission zu eigen und zeigt den Arbeitgebern, daß auch Ihr ein Interesse habt, uns zum Siege zu verhelfen. Laßt die persönliche Freundschaft, welche Euch da oder dort mit den Arbeitgebern verbindet, beiseite treten, hört nicht auf deren Ausreden, die sie gebrauchen. Mancher Arbeitgeber tut arbeiterfreundlich; aber sein Handeln ist ein anderes.

An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen! Die Geschäfte, in denen die Forderungen der Gehülfen be-

willigt werden, sind kenntlich durch weiße Plakate mit roter Inschrift. Fragt nach den Kontrollkarten. Sie haben dieselbe Farbe und tragen die Unterschrift: „Verband der Friseurgehülfen Deutschlands“ und den Namenszug Liere.

Achtet auf Nachahmungen. Alle anderen Plakate sind ungültig.

Achtet auf die Liste, welche heute im „Vorwärts“ erschienen ist.

Genossen! Unterstützt uns in diesem Kampf gegen die Arbeitgeber, welche menschliche Arbeitsbedingungen nicht zulassen.

Tut Eure Pflicht! Hoch die Solidarität der Arbeiterschaft!

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vororte.) Rosenthalerstraße 57. P. Liere.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Die Gasmesser- und Gasofenfabrik in Mariendorf ist für sämtliche Metallarbeiter gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Streik im Barbiergewerbe. Die dem „Verbande der Friseurgehülfen Deutschlands“ angeschlossenen Friseurgehülfen Berlins und Umgegend hielten in der Nacht zum Dienstag in Dräsels Festsälen, Neue Friedrichstraße, eine außerordentlich zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Antworten der Arbeitgeber auf unsere Forderungen. Müssen wir streiken?“ Der Referent Liere führte ungefähr aus: In keinem Berufe seien die Lohn- und Arbeitsverhältnisse derart stabil geblieben, wie im Barbiergewerbe. Seit Jahrzehnten werde fast der gleiche Lohn gezahlt, beständen die gleichen Arbeitsbedingungen (Logiszwang und so weiter) nur mit dem Unterschiede, daß jetzt nicht mehr, wie früher der Fall, die Gehülfen die Kunden in ihrer Wohnung aufzusuchen hätten, dafür aber jetzt bis 15 Stunden täglich im Geschäft — wenn auch nicht immer tätig —, so doch anwesend sein müßten. Auch verlange man jetzt vollkommenere Ausbildung, bessere Kleidung und dergleichen. Ein großer Uebelstand sei es, daß die Innungen bei etwa 17 000 Gehülfen 9000 Lehrlinge beschäftigten, wodurch die Zahl der arbeitslosen Gehülften — die jetzt 9000 betrage —, immer noch zunehme, was zugleich den weiteren Uebelstand zeitige, daß sich immer noch mehr Gehülfen — ohne materielle Unterlage zu besitzen — selbständig zu machen suchten und dadurch das ganze Gewerbe schädigten. Die Korporationen der Arbeitgeber hätten die unterbreiteten Forderungen zum Teil abgelehnt mit der Begründung, daß sie bei Bewilligung derselben zugrunde gehen müßten; eine Korporation habe überhaupt nicht geantwortet. Die Arbeitgeber im Norden, in den Arbeitervierteln, sträubten sich am energischsten gegen die Bewilligung der Forderungen. Einige Selbständige gingen sogar so weit, die Geschäftsinhaber daselbst aufzusuchen und diese scharf zu machen. Dabei hätten diese Leute es in der Hand, sich durch Erhöhung der Preise für rasieren usw. — da sie stark organisiert seien und deshalb dies leicht durchsetzen könnten — schadlos zu halten. Da alle Versuche, eine Vereinbarung mit den Korporationen der Arbeitgeber zu treffen, als gescheitert zu betrachten seien, hätten die Vertrauensleute in ihrer letzten Sitzung den Streik beschlossen. Er, Redner, empfehle den Gehülfen gleichfalls den Eintritt in den Streik als letztes Mittel, nachdem der Boykott über die Geschäfte, welche nicht bewilligten, inzwischen verhängt worden sei. Nach lebhafter Diskussion, in welcher alle Redner ein energisches Vorgehen fordern, gelangt gegen 2 Uhr morgens eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher die Versammelten erklären, mit aller Energie für die aufgestellten Forderungen einzutreten und überall dort, wo diese bis Donnerstag abend nicht bewilligt sind, am Freitag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. — Schließlich wird den Streikenden aufgegeben, am Freitag mit ihrem Handwerkszeug ausgerüstet im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße, sich einzufinden; es solle ihnen Arbeit zugewiesen werden.

Um den Zehnstundentag kämpfen die Bügler, Stepper, Handnäher und Näherinnen, die bei Zwischenmeistern der Herrenkonfektion arbeiten. Sie versammelten sich am Montag in den Musiker-Sälen zur Besprechung ihrer Lage. Nach den Ausführungen des Referenten Mähr liegen die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf sehr günstig. Es handelt sich nur um 300—400 Leute, die durch eine ausgedehnte Arbeitsteilung den Zwischenmeistern unentbehrlich geworden sind und auch nicht leicht ersetzt werden können; ebenso ist die Zahl der Arbeitslosen sehr gering und von dieser Seite keine Gefahr zu befürchten. Trotz alledem sind die Verhältnisse miserabel. Die Arbeitszeit ist 12—13 Stunden pro Tag; es werden Hungerlöhne gezahlt, und manche Meister betrügen die Arbeiter um ihren Lohn; es wird meist in sehr ungesunden Räumen gearbeitet. Dagegen sind die Profite der Meister und der Konfektionäre sehr hohe. Der Grund dieser schlimmen Verhältnisse liegt in dem Mangel der Organisation. Endlich haben sich die Arbeiter entschlossen, vorzugehen und ihre ganze Forderung ist der Zehnstundentag, wahrlich eine recht bescheidene. Es ist bereits gelungen, 150 Mann zu organisieren, und bald hofft man, alle Uebrigen zu gewinnen. Weitere Versammlungen sollen stattfinden, und mit dem Fortschreiten der Organisation wird der Kampf eingeleitet werden.

Achtung, Kleber und Bauhandwerker!

Der Unternehmer Linke, Rigaerstr. 109 — Bau Friedenau, Freegestraße und Holsteinischestraßen-Ecke — ist für Kleber nach wie vor gesperrt.

Etwa dort arbeitende Kleber verrichten Arbeitswilligendienste und ersuchen wir die Bauhandwerker, dieselben auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer.
Bureau: Schützenstr. 18/19. Tel. I, 3282.

Deutsches Reich.

Der kritische Tag in der Metallindustrie.

Der kritische 2. Juni naht immer mehr heran, ohne daß aus dem Chaos sich widersprechender Nachrichten und einander widerstreitender Handlungen sich irgend etwas gestalten will. Der „Lokal-Anzeiger“ teilt in seiner gestrigen Nummer als Neuestes mit, wie wir am Sonnabend schon meldeten, daß auch die Berliner Metallindustriellen mit der Aussperrung von 60 Proz. drohen. Da in Berlin keine Kündigungsfrist besteht, wäre diese Ankündigung eigentlich nicht notwendig, wenn sie nicht den Zweck hätte, unausgeführt zu bleiben; man erhofft von der Androhung einer Aussperrung, daß sie die Arbeiter zu Paaren treiben wird.

Wo die Berliner Kühnemänner so vor der Schlacht nach Art homerischer Helden prahlen, wollen auch ihre Leipziger Kollegen nicht fehlen. Auch sie kündigen an:

„Die Metallindustriellen Leipzigs haben sich diesem Beschluß einstimmig angeschlossen und werden am 2. Juni diejenigen Leute, welche im April und Mai noch Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewesen sind, oder ihm am 2. Juni in irgend einer Form noch angehören, entlassen, und zwar zunächst bis zu 60 Proz. der gesamten Arbeiterschaft, wenn bis dahin keine Einigung in den betroffenen Orten erzielt worden ist. Es werden daher hiermit diejenigen Leute, welche weder Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind, noch werden wollen, oder im April und Mai d. J. irgend etwas mit dem Metallarbeiterverband zu tun hatten, aufgefordert, sich ungesäumt bei der Betriebsleitung zu melden, damit sie als Unbeteiligte von der Entlassung ausgeschlossen bleiben. Bis zur Beendigung der Differenzen werden neue Leute in keinem Betriebe mehr eingestellt.“

Inzwischen bröckelt der Streik langsam überall ab, nachdem die Unternehmer den Arbeitern genügende Zugeständnisse gemacht haben.

In Hannover haben nach einem uns zugehenden Privattelegramm vorgestern nacht Verhandlungen zwischen den beiden Siebenerkommissionen stattgefunden, welche Einigungsbedingungen ergaben, die bis auf einen Punkt in der gestern nachmittag stattgefundenen Versammlung der Formerei- und Gießereiarbeiter angenommen wurden. Die Arbeiterkommission soll noch verlangen, daß der Zuschlag für Ueberzeitarbeit auch an Akkordarbeiter bezahlt wird. Wenn die Arbeitgeber diese berechtigte Forderung bewilligen, ist die Möglichkeit gegeben, daß in den Versammlungen am Mittwoch und Donnerstag die Einigung sanktioniert wird.

In Augsburg ist der Formerstreik beendet, nachdem eine Metallarbeiterversammlung die Arbeitsaufnahmebedingungen für befriedigend erklärt hatte.

Die Braunschweiger Unternehmer tun noch etwas spröde. Sie wollen die Aussperrung nicht eher aufheben, als bis die Differenzen an den anderen Orten ebenfalls beigelegt sind.

Die württembergischen Mitglieder des Verbandes deutscher Metallindustriellen waren, wie uns aus Stuttgart geschrieben wird, zu einer Versammlung zusammengekommen, um zu der vom Hauptverband beschlossenen Aussperrung von 60 Proz. der in den Verbandsbetrieben beschäftigten Arbeiter Stellung zu nehmen. Die württembergischen Unternehmer, die von vornherein dem ganzen Plan ihrer Zentrale sehr kühl gegenüberstanden und dies ihrem Hauptvorstand vor einiger Zeit bereits wissen ließen, beschlossen, die geplante Aussperrung auf die württembergischen Betriebe nicht auszudehnen.

Es will also den in der Zentrale der Metallindustriellen sitzenden Scharfmachern doch nicht gelingen, die sehnlichst angestrebte Einigkeit herzustellen. Sie haben alle Ursache, zu wünschen, daß sie ihre Drohung nicht wahrzumachen brauchen.

Bei der Singer-Nähmaschinen-Aktien-Gesellschaft in Köln sind die Einkassierer sämtlicher Filialen in eine Lohnbewegung eingetreten. Die in Betracht kommenden Angestellten gehören dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter an.

Eine Aussperrung der Steinhauer und Marmorarbeiter ist am Montag in Aachen erfolgt. Es kommen etwa hundert Arbeiter in Betracht, die sich auf sechzehn Betriebe verteilen. Die Arbeiter hatten Stundenlöhne von 35 Pf. für Hülfsarbeiter bis 55 Pf. für Sandsteinmetzen gefordert. Die Unternehmer verlangten von den Arbeitern die Anerkennung der von dem Arbeitgeberverbande gemachten Angebote und vollzogen, als die Arbeiter das ablehnten, die Aussperrung. Die Arbeiter sind meistens im „christlichen“ Verband der Bauhandwerker organisiert, was die ebenfalls christlichen Unternehmer aber nicht an den brutalsten Maßnahmen hindert.

Die Textilarbeiter in Euskirchen (Rheinland) stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern u. a. 15 Proz. Lohnerhöhung.

Die Steinarbeiter von Beucha in Sachsen standen seit dem 1. Februar in einer Lohnbewegung. Die Unterhandlungen sollten bis 1. Mai beendigt sein, was aber nicht der Fall war. In einer Versammlung vor dem 1. Mai wurde dann der einstimmige Beschluß gefaßt, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Die zirka 400 Steinarbeiter, die im Revier in Frage kommen, wurden nun auch wegen der Maifeier von den Unternehmern 2 Tage ausgesperrt. Als Antwort auf diese Aussperrung wurde am 2. Mai einstimmig der Streik beschlossen. In Frage kommen zirka 80 Steinmetzen und 30 Schrotter. Dieser kleinen Zahl wurden einige Zugeständnisse gemacht, während den anderen 290 Pflastersteinarbeitern und sonstigen Taglohnschrottern gar nichts zugestanden wurde, diese sogar in einem Betriebe noch weniger erhalten sollten, als bisher. Mit dieser Politik wollen die Unternehmer Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter tragen und die Organisation sprengen. Dies wird ihnen aber schwerlich gelingen. Zuzug ist fernzuhalten.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Einen vollen und schnellen Erfolg haben die organisierten Glasarbeiter bei der Firma Eibenstein u. Co. in Bischofswerda durch eine Arbeitsniederlegung erzielt. Die Firma hatte den Vertrauensmann der Glasarbeiter durch sofortige Entlassung gemaßregelt. Die organisierten Glasbläser antworteten mit der Arbeitseinstellung. Sie forderten die Wiedereinstellung des Gemaßregelten und gleichzeitig auch die Gewährung der Sonntagsruhe, die sie schon längst vergeblich angestrebt hatten. Schon nach wenigen Tagen mußte die Firma, die geglaubt hatte, auf halbem Wege den Vertrauensmann beseitigen und so die in Bischofswerda junge Glasmacherorganisation lahm legen zu können, nachgeben. Die Maßregelung wurde rückgängig gemacht und die Sonntagsruhe bewilligt. Das ist ein ebenso rascher wie schöner Erfolg solidarischen Verhaltens.

Es geht vorwärts! Die Entwickelung der Gewerkschaften in München hat seit den vorjährigen Aussperrungen erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat sich in München nahezu verdoppelt und beträgt zurzeit nahezu 5000! Auch der Zweigverein der Maurer ist auf 3300 Mitglieder angewachsen, so daß eine Mitgliederversammlung beschloß, einen zweiten Beamten anzustellen. Die Maurer haben ferner beschlossen, in Anbetracht des beim Unternehmertum grassierenden Aussperrungskoller den Wochenbeitrag von 55 auf 60 Pf. zu erhöhen. Das ist die einzige richtige Antwort auf die in letzter Zeit laut gewordenen Aussperrungsgelüste.

Ausland.

Die Aussperrungstaktik der österreichischen Bauunternehmer scheint den Herren wenig Erfolg zu bringen. In Wien wird es den Unternehmern jetzt selbst bange vor den Folgen ihres Vorgehens. Die Zahl der ausgesperrten Maurer betrug insgesamt 11 496. Nach der ersten Aussperrungswoche waren aber nur noch 5163 und nach der zweiten Woche gar nur noch 4206 Arbeiter vorhanden. Die übrigen waren abgereist und hatten trotz der Verrufserklärung der Wiener Bauherren in der Provinz Beschäftigung gefunden. Aehnlich liegen die Dinge bei den Bauhülfsarbeitern. — Die Aussperrung der Bauarbeiter in Innsbruck ist von den Unternehmern bereits aufgehoben. Der Arbeitgeberverband „erklärt“ die Aufhebung der Aussperrung damit, daß er sich auf dringende Vorstellung der Kunden und der Behörden, sowie mit Rücksicht auf Innsbruck als Fremdenstadt dazu verstanden habe. — Auch die Herren Bauunternehmer und Meister in Pilsen befinden sich auf dem Rückzuge. Sie ließen ein Flugblatt verbreiten, in welchem den Arbeitern „Schutz vor den arbeitsscheuen Elementen“ versprochen wird, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen. Die Arbeiter aber, die man zuerst in den Kampf gejagt hat, sind nunmehr entschlossen, nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, als bis ihre Forderungen bewilligt sind.

Siegreicher Streik in Amerika.

Chicago, 29. Mai. Die Besitzer von Erdpechkohle-Bergwerken in Illinois entschieden sich dahin, die Forderung der Arbeiter betr. die Wiederaufnahme der Lohntabelle von 1903 zu bewilligen. Die Gruben werden voraussichtlich in der ersten Woche des Juni wieder eröffnet werden. Der Ausstand begann am 1. April.

Versammlungen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am Sonntagvormittag in den „Industriesälen“ eine Versammlung ab und nahm die Diskussion über die Beschlüsse des 7. Kongresses der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften aus der letzten Versammlung wieder auf. Die Verteidiger der Beschlüsse betonten ausdrücklich, daß man nicht daran denke, zu der Partei sich in einen Gegensatz zu stellen, daß man aber dem immer anmaßender auftretenden Unternehmertum gegenüber schärfere Waffen führen müsse als bisher. Eine Resolution wurde angenommen, nach welcher die Versammlung erklärt, daß sie von den Beschlüssen des Kongresses eine gesunde Fortentwicklung des Gewerkschaftswesens auf dem Boden des Klassenkampfes erhofft. — Es wurde bekannt gemacht, daß der Vorstand den ausgesperrten Metallarbeitern in Hannover 1000 M. zur Unterstützung gesandt habe. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Zur Maiaussperrung wurde gemeldet, daß 71 Unternehmer 189 Zimmerer ausgesperrt hatten; 91 hatten sich als Arbeitslose einzeichnen lassen.

Die Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter hielt am Montag eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der zunächst die Diskussion über die Berichterstattung vom siebenten Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften fortgesetzt wurde. Wilms hatte sich nicht einverstanden erklärt mit der Annahme des Programmentwurfs, weil die freiorganisierten Gewerkschaften sich dadurch von der Partei abgesondert hätten, wenn auch nicht ganz klar. Haffner führte aus, daß sich die Grundlagen unseres Programms im wesentlichen mit dem Parteiprogramm decken. Auf Grund der Vorkommnisse in der Arbeiterbewegung während der letzten Jahre sei man innerhalb unserer Gewerkschaftsrichtung dazu gekommen, den Schwerpunkt zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele auf die Eroberung der wirtschaftlichen Macht zu legen, eventuell sind politische Rechte ein notwendiges Mittel hierzu. Wilms bemerkte, seine Ausführungen richteten sich hauptsächlich gegen mehrere seinerzeit in der „Einigkeit“ veröffentlichte Artikel. Aus denselben sind Schlüsse gezogen, daß wir eine eigene Bewegung ins Leben rufen wollen. Da wir aber auf Massenbewegung angewiesen, wollen wir keine Herreißung, sondern die Partei unterstützen. Auch er betrachte den Parlamentarismus nicht als Allheilmittel, sondern als Mittel zum Zweck. Kleinlein betonte nochmals, daß durch Annahme des Entwurfes durchaus kein Bruch mit der Partei vollzogen sei. Vielmehr soll damit allen Revolutionären die Tür geöffnet sein und alle Kräfte, die uns bisher aus gewissen politischen Gründen fern standen, zur Mitarbeit herangezogen werden. Hierauf wurde der Antrag der Delegierten, die Beschlüsse des Kongresses gutzuheißen, angenommen. H. Seibt wurde aus der Vereinigung dauernd ausgeschlossen, weil er gegen Organisationsbeschlüsse (Maifeier) agitierte.

Ueber die Maifeier der Steinarbeiter wurde am Mittwoch in einer Mitgliederversammlung der Filiale Berlin I des Steinarbeiterverbandes berichtet, die in den Arminhallen stattfand und außergewöhnlich zahlreich besucht war. Wie der Vorsitzende Hanschke ausführte, war die Beteiligung an der Maifeier in diesem Jahre bei den Steinarbeitern besonders stark. Aber trotz der allgemeinen Arbeitsruhe und obwohl der Obermeister der Steinmetzinnung die Meister schriftlich aufgefordert hatte, alle Maifeiernden bis zum folgenden Sonnabend auszusperren, war von einer irgendwie nennenswerten Aussperrung nichts zu spüren. Der Obermeister selbst sperrte seine 12 auf dem Platz tätigen Steinmetzen auf einen Tag aus, die auf dem Bau tätigen überhaupt nicht. Außerdem wurden bei zwei Kleinmeistern im ganzen 3 Kollegen gemaßregelt; einer von ihnen wurde entlassen, die andern beiden konnten nach einigen Tagen wieder anfangen. Das ist alles, was von der geplanten großen Aussperrung übrig blieb. — Die Versammlung befaßte sich nun mit der Frage, ob außer den drei Gemaßregelten auch die 12 Kollegen für den einen Tag Entschädigung erhalten sollten. Das wurde jedoch abgelehnt in der Ueberzeugung, daß ein so geringes Opfer im Interesse der Maifeier von den Betroffenen selbst getragen werden könnte.

Es wurde sodann über einige andere Angelegenheiten beraten. Bei dem Streik sämtlicher auf dem Bau von Jandorf am Kottbuser Damm beschäftigten Arbeiter waren 3 Steinmetzen stehen geblieben. Der Streik war von den Arbeitern der verschiedenen Berufe ohne Genehmigung ihrer Organisationen unternommen worden. Gleichwohl fand die Versammlung das unsolidarische Verhalten jener drei Kollegen höchst tadelnswert und beschloß, einen von ihnen, Otto Saar, der bei dieser Gelegenheit und auch früher schon deutlich gezeigt hat, daß er die Gründe der Organisation nicht zu würdigen weiß, auszuschließen. — Ein Antrag, die Ortsmarke zur Deckung der Unkosten der Zeitungsversendung wieder einzuführen, und ein zweiter Antrag, statt dessen den Wochenbeitrag zu erhöhen, wurden zur nächsten Versammlung vertagt. — In die Gauleitung wurde, an Stelle des wegen seiner Wahl zum Verbandssekretär ausscheidenden Kollegen Walter, Hirte gewählt.

Der Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Vorstand hatte geplant, in der Mainummer der „Arbeitenden Jugend“ seine Stellung zu dem Verbande zu präzisieren, jedoch wurde die Veröffentlichung dieses Artikels auf Beschluß der am 22. April stattgefundenen Generalversammlung ausgesetzt und von dieser beschlossen, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um sich eingehend mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Das geschah nun am letzten Sonntag. Als Vertreter des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission wohnte Arbeitersekretär Link der Versammlung bei. Nach beinahe dreistündiger Debatte wurde folgende vom Vorsitzenden der Organisation, Max Peters, beantragte Resolution mit erdrückender Majorität angenommen:

„Die am 20. Mai im Gewerkschaftshaus tagende außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend erklärt sich mit der vom Vorstande bisher erfolgreich angewandten Taktik und mit der prinzipiellen und taktischen Haltung des Vereinsorgans, der „Arbeitenden Jugend“ einverstanden. Die Versammlung billigt die Veröffentlichung des Artikels „Die Zentralisation der deutschen Jugendbewegung“, in dem an der Hand des Programms der freien Jugendorganisationen die Stellung derselben zu dem jüngst gegründeten Verband junger Arbeiter Deutschlands dargelegt ist. Im Interesse einer gedeihlichen Entwickelung des Vereins erwartet die Versammlung, daß alle Mitglieder ausnahmslos nur nach den im Artikel niedergelegten Gesichtspunkten für die Organisation arbeiten.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kampf gegen Arbeiterorganisationen.

Budapest, 29. Mai. (W. T. B.) Der Minister des Innern hat einen Erlaß an die Behörden gerichtet, in welchem darauf hingewiesen wird, **daß eine Agitation wahrnehmbar sei, um die Feldarbeiter zu einem Ernteстreik zu verleiten,** sie vom Abschluß von Arbeitsverträgen zurückzuhalten und sie zum Bruch bereits geschlossener Verträge anzuregen. Da die Agitation vom Landesverband der Feldarbeiter und von dem Landesbund zur Verteidigung der Arbeiter ausgeht, **werden die Behörden angewiesen, gegen diese beiden Vereine, deren Ortsgruppen die statutarische Wirksamkeit überschreiten, die Untersuchung einzuleiten.**

Die dänischen Parlamentswahlen.

Kopenhagen, 29. Mai. (W. T. B.) Von den heute vorgenommenen Wahlen zum Folketing sind bis heute abend, 10 Uhr, 72 Wahlergebnisse bekannt geworden. 40 auf die Regierungspartei, **10 auf die Sozialdemokraten,** 10 auf die radikale Linke, 7 auf die gemäßigte Linke, 5 auf die Rechte. Die Regierungspartei gewann bisher 3 Sitze und verlor 4, **die Sozialdemokraten gewannen 5,** die radikale Linke gewann 1, und verlor 4, die gemäßigte Linke gewann 1 und verlor 3, die Rechte gewann 2 und verlor 1 Sitz.

Acht Revolutionäre ermordet.

Riga, 29. Mai. (W. H.) Die vom Kriegsgericht zum Tode verurteilten **acht Revolutionäre wurden heute früh in der Festung Dünamünde hingerichtet, da die Begnadigung angeblich verspätet eintraf.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Dem Reichstag ist eine 1450 Quartseiten umfassende Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amts über Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zugegangen.

Das umfassende Werk ist eine Folge der am 31. Januar 1902 vom Reichstag aus Anlaß der sozialdemokratischen Interpellation über die Arbeitslosigkeit gefaßten Resolution,

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine aus Vertretern der verbündeten Regierungen, aus Mitgliedern des Reichstags und sonstigen auf diesem Gebiete erfahrenen Männern bestehende Kommission zu bilden, welche die bisher seitens der Berufsvereine, einzelner Unternehmer und Gemeinden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Versicherungseinrichtungen zu prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen hat.

Auf diese Resolution beschloß der Bundesrat,

den Reichskanzler zu ersuchen, das Kaiserliche Statistische Amt feststellen zu lassen, welche Einrichtungen bezüglich der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind, hierdurch aber diese Resolution für erledigt zu erklären.

Die negative Stellung des Bundesrats entspricht keineswegs der großen Bedeutung des Gegenstandes. Der dem statistischen Amt erteilte Auftrag ist durch die jetzt dem Reichstag vorgelegten 3 Bände erfüllt.

Die Arbeit des statistischen Amts zerfällt in drei Teile. Im ersten Teil (691 Seiten) werden die im Ausland und im Deutschen Reich zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern bestehenden Einrichtungen dargelegt. Der zweite Teil (291 Seiten) gibt eine Darstellung über den Stand der gemeinnützigen Arbeitsvermittelung öffentlicher und privater Verbände im Deutschen Reich. Der dritte Teil (Anlageband) enthält auf 468 Seiten statistisches Material, Gesetze, Anordnungen und Statuten.

Das reiche Material, welches die Arbeit des statistischen Amts darbietet, bedarf einer eingehenden Durcharbeitung. Die Ansicht des statistischen Amts selbst ergibt sich wohl am besten aus den dem ersten Teil beigefügten Schlußworten.

Diese gehen dahin:

„Die Darstellung der bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit hat die vielen Einzelheiten der Regelung in den Arbeitslosenversicherungs-Einrichtungen des In- und Auslandes vorführen müssen und die Gesichtspunkte herausgearbeitet, welche in jedem Einzelfall bei einer Würdigung dieser Einrichtungen in Betracht kommen. Das Gesamtergebnis, das sich aus dieser Fülle der einzelnen Einrichtungen und der Vielfältigkeit der Gesichtspunkte ergibt, in wenigen Worten zusammenzufassen und die Hauptsachen kurz, aber in allem wesentlichen erschöpfend, zu formulieren, soll nachstehend als Abschluß dieser Arbeit versucht werden.

Das Kaiserliche Statistische Amt hatte selbst keine Vorschläge zu machen, sondern sich auf eine zusammenfassende Darstellung der bestehenden Einrichtungen und Vorschläge zu beschränken. Als Ergebnis dieser Darstellung ist zunächst hervorzuheben, **daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit selbst nicht im Wege der Versicherung zu erfolgen hat, sondern daß die Bekämpfung teils durch vorbeugende Maßnahmen allgemeinen Charakters (Regelung der Produktion, allgemeine Wirtschaftspolitik, Hebung der Volksbildung, Regelung des Lehrlingswesens usw.), teils durch Vermittlung vorhandener Arbeit und durch Arbeitsbeschaffung (Notstandsarbeiten) geschieht, während die Versicherung nur eine Sicherstellung gegen die aus der Arbeitslosigkeit sich ergebenden Folgen bietet.**

Die Darstellung der Tatsachen der Arbeitslosigkeit ergab nun, daß es sich bei der vorübergehenden Arbeitslosigkeit begrenzter Personenkreise in der Volkswirtschaft um eine wirtschaftliche Erscheinung handelt, welcher eine gewisse Regelmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit zukommt, die sowohl nach dem Zeitpunkt wie nach der Dauer und dem Umfang auf Grund längerer Beobachtung als schätzbar zu betrachten ist und unter diesem Gesichtspunkt an sich für eine Versicherung unter versicherungstechnischen Gesichtspunkten unüberwindliche Schwierigkeiten wohl nicht bieten würde. Sie ergab ferner, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen sehr verschieden ist, dementsprechend auch das Bedürfnis einer Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht gleichmäßig in allen Berufen besteht. Auf der anderen Seite zeigte sich, daß in einigen Berufen (Landwirtschaft, Binnenschiffahrt, Baugewerbe) die vorübergehende Einstellung des Gewerbes während einer gewissen Zeit des Jahres einen Bestandteil der Betriebsweise dieser Gewerbe bildet und zum Teil in den Lohnverhältnissen dieser Gewerbe Ausdruck findet, zum Teil mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse eine besondere Beurteilung der Bedeutung der Arbeitslosigkeit erfordert (Landwirtschaft).

Die **Schwierigkeiten,** welche sich für eine Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit ergaben, liegen viel mehr nach anderer Richtung. **Sie ergeben sich vor allem bei der Feststellung und Begrenzung der zur Unterstützung berechtigenden Arbeitslosigkeit und bei der Kontrolle der Durchführung dieser Feststellung in der Praxis.** Sie zeigen sich weiter bei der Regelung der Annahmepflicht von Arbeit. Das Problem der Kontrolle der Arbeitslosigkeit großer Massen unorganisierter Arbeitslosen ist praktisch noch an keiner Stelle gelöst worden.

Was die verschiedenen Formen der Lösung anlangte, welche **öffentliche Mittel** für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung bereitstellen wollen, so ergab sich, daß bei allgemeiner **obligatorischer** Arbeitslosenversicherung — die nur einmal in St. Gallen praktisch geworden ist — in weitem Maße Berufskreise mit Lasten belegt werden, für welche die Gefahr der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht besteht oder sehr gering ist, daß aber anderseits eine wirklich dem Risiko entsprechende Abstufung der Beiträge sehr schwierig ist. Abgesehen von der Frage des Bedürfnisses, der Versicherung einen solchen Umfang zu geben, trat hervor, daß jede bureaukratische allgemeine Versicherung genötigt ist, Kautelen zu schaffen und den Begriff der unterstützungsfähigen Arbeitslosigkeit in einer Weise einzuschränken, die leicht von den Arbeitern als eine **Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit** und eine Schädigung der von ihren Fachverbänden angestrebten Ziele empfunden wird. Es zeigte sich das insbesondere bei der Behandlung der Frage der Kündigung seitens des Arbeiters und der Regelung der Annahmepflicht von Arbeit. Bei großem Umfang der Versicherung ist die **Gefahr des Mißbrauchs der Versicherung** hier besonders groß. Die Kontrolle lediglich durch den Arbeitsnachweis hat sich als genügend wirksam bisher nicht erwiesen, die Möglichkeit der Annahme von Beschäftigung und des Erwerbs von Nebenverdienst ist trotz dieser Kontrolle gegeben. Es muß auch noch dahingestellt bleiben, ob in großstädtischen Verhältnissen der Arbeitsnachweis überhaupt in der Lage ist, den für ihn bei allgemeiner obligatorischer Arbeitslosenversicherung sich ergebenden Anforderungen gerecht zu werden.

Die Lösungen, welche die Arbeitslosenversicherung **fakultativ** gestalten wollen, können von vornherein nur auf diejenigen Kreise rechnen, welche selbst das Bedürfnis zur Versicherung empfinden. Das sind, abgesehen von den organisierten Arbeitern, erfahrungsmäßig nur wenige Kreise. Bei den am schlechtesten gestellten Arbeitern fehlt, soweit darüber Erfahrungen vorliegen, teils die eigene Initiative zur Versicherung, teils die Möglichkeit, von dem Einkommen den Betrag der Beiträge regelmäßig aufzubringen. Fakultative Arbeitslosenkassen haben daher immer nur mit einer beschränkten Mitgliederzahl aus den leistungsfähigeren Arbeiterkreisen zu rechnen. In den bestehenden Arbeitslosenkassen dieser Art sind es vor allem die Bauarbeiter, welche auf diese Weise Vorsorge getroffen haben.

Als ein Mittelweg zwischen der Einrichtung allgemeiner obligatorischer oder fakultativer Arbeitslosenkassen, der an sich große Vorzüge in sich vereinigt und in Belgien von den Gemeinden, in Frankreich von seiten der Staatsregierung betreten worden ist, ergab sich das System des **Zuschusses an die bestehenden Unterstützungseinrichtungen der Arbeiterverbände und sonstigen Organisationen,** welche die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ausüben durch öffentliche Organe. Es zeigte sich indessen, daß die Prozentziffer der organisierten Arbeiter in den meisten Ländern nur verhältnismäßig gering ist, so daß der weitaus überwiegende Teil der Arbeiter auf diese Weise gar nicht berücksichtigt wird. Dies zu verhindern und einen Ausgleich für die unorganisierten Arbeiter durch Gewährung von Zuschüssen zu Spareinlagen zu schaffen, hat sich überall als schwierig gezeigt; derartige Einrichtungen haben bisher, wo sie versucht worden sind, eine Bedeutung nicht zu erlangen vermocht. Ergänzende allgemeine Versicherungskassen anderseits bestehen noch nirgends, wären aber als Ausgleich für die nicht organisierten Arbeiter in diesem Falle erforderlich. Eine Weiterbildung der Lösungen in Belgien und Frankreich bedeuten die Vorschläge, die zurzeit von den zur Beratung dieser Frage eingesetzten Kommissionen in Norwegen und Dänemark gemacht worden sind, in welchen versucht ist, wesentlichen Bedenken, die bei einer einseitigen Gewährung von Zuschüssen nur an die in Fachverbänden organisierten Arbeiter bestehen würden, in besserer Weise zu begegnen, als es bisher durch die Schaffung von Spareinlagen für unorganisierte Arbeiter geschehen ist. Ueber die Bewährung aller dieser Lösungen, die sich mit Ausnahme von Belgien erst noch in dem Stadium des ersten Versuches oder des Projekts befinden, liegen, soweit es sich um die Beteiligung des **Staates** handelt, Ergebnisse noch nicht vor, welche ein abschließendes Urteil gestatten würden. Soweit es sich um die Mitwirkung der **Gemeinde** handelt, sind die Erfahrungen in Belgien im ganzen wohl bisher nicht ungünstig gewesen. Die zum Teil nicht unerheblichen Bedenken, welche indessen auch diesen Lösungen gegenüber bestehen, sind in den einzelnen Kapiteln des näheren dargelegt worden.

Die Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit durch **Selbsthülfe ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel** ist für begrenzte Arbeiterkreise in wachsendem Umfang in allen Ländern gelungen, einesteils in der gewerkschaftlichen Organisation, anderenteils in Anlehnung an die Form des Konsumvereins. Die Arbeiter erkennen aber die alleinige Selbsthülfe als die normale Form der Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nur begrenzt an und stehen auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß die Verweisung des Arbeiters auf die Selbsthülfe ihn zu Unrecht belaste, **da die Arbeitslosigkeit eine Folgeerscheinung der geltenden Wirtschaftsordnung sei und daher die Kosten der Sicherstellung gegen sie von der Gesamtheit zu tragen seien.** Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß dieser Gesichtspunkt sich nicht auf die **Handarbeiter** beschränken läßt, sondern in gleicher Weise von **allen wirtschaftlich unselbständigen** Personen geltend gemacht werden kann und daß diese Art der Begründung in ihren Konsequenzen zu der Forderung einer öffentlichen Versicherung **aller** wirtschaftlich unselbständigen Personen führt.

Der Einwand, daß die Verweisung auf die Selbsthülfe den Arbeiter zu Unrecht belaste, wird auch erhoben gegen den **Sparzwang,** der als Ersatzmittel der Arbeitslosenversicherung und im Gegensatz zu dem Prinzip der Versicherung „alle für einen“ auf der Grundlage des individualistischen Grundsatzes „jeder für sich selbst“ zu einer Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen worden ist.

Alle Vorschläge sind darin einig, und alle praktischen Erfahrungen haben ergeben, daß von wesentlicher Bedeutung für jede Form einer Arbeitslosenunterstützung oder Versicherung das Vorhandensein und die Vervollkommnung der Arbeitsvermittlung ist.

Der Stand der Entwicklung der organisierten gemeinnützigen Arbeitsvermittlung im Deutschen Reich ist dementsprechend im zweiten Teil zur Darstellung gebracht.“

Aus der Partei.

Wieder einer von der alten Garde tot. Am 26. d. M. starb im schweizerischen Orte Emmishofen, der unmittelbar an Konstanz grenzt, im 74. Lebensjahre unser Parteigenosse Joh. Georg Haug. Haug hat unter dem Sozialistengesetz der Partei große Dienste geleistet. Er organisierte mit großem Mut und viel Geschick am Bodensee den Schriftenschmuggel nach Deutschland. Zu diesem Zweck setzte er sich namentlich mit jüngeren Genossen in Verbindung in den verschiedenen Orten am See, die der Polizei nicht verdächtig waren. Natürlich wußte die deutsche Polizei sehr bald, wer der gefährliche Schmuggler war, der es so meisterhaft verstand, seine Konterbande aller polizeilichen und grenzjägerischen Aufmerksamkeit zum Trotz ins Reich hinüber zu bringen. Mißglückte einmal ein solcher Versuch und gelang es der Polizei, eine Ladung wegzuschnappen, verlor Haug nicht den Mut. Er wußte immer wieder Rat, um das Fehlgegangene nachzuliefern. Bei diesem jahrelangen Kampfe an der Grenze, der hüben und drüben mit größtem Scharfsinn geführt wurde, kam es zu einer Menge hochdrolliger Situationen. Es war ein Genuß, dem alten Haug zuzuhören, wenn er erzählte, wie er die Polizei immer wieder hineingelegt und manche Beute, die sie schon in der Hand zu haben glaubte, ihr wieder entriß. Als das Sozialistengesetz gefallen war, mußte Haug noch lange Jahre ängstlich das Betreten deutschen Bodens vermeiden, weil ihm aus seiner Tätigkeit eine Reihe von Prozessen drohte. Haug erfreute sich beim arbeitenden Volke großer Anerkennung und Beliebtheit. Um so unbeliebter war er bei der Emmishofener Bürgerschaft, die sein Gesuch um Aufnahme in den Gemeindeverband ohne Angabe von Gründen ablehnte. Erst einige Zeit später, als Haug Aussicht hatte, von einer anderen benachbarten Schweizergemeinde das Bürgerrecht gewährt zu erhalten, schämte man sich in Emmishofen und gab ihm, was man ihm früher verweigert hatte.

Haugs Lebensabend war durch langwierige Krankheit getrübt; er litt längere Zeit an Rippenfellentzündung, in deren Gefolge die Schwindsucht auftrat, an der er verstarb. Mit Haug ist ein braver Mann dahingegangen, dessen Andenken allen teuer sein wird, die ihn näher kennen lernten. Mit Kämpfern wie Haug erobern wir die Welt.

Gewerkschaftliche Differenzen in Solingen und die Partei. Die „Berg. Arbeiterstimme“ meldet: Im Gewerkschaftshause fand eine gemeinsame Sitzung der Preßkommission mit dem Vorstande und Aufsichtsrate der Genossenschaftsbuchdruckerei statt, die sich neben Personalfragen mit dem unerquicklichen Zustande beschäftigte, in den unsere Presse durch die Differenzen zwischen Lokal- und Zentralgewerkschaften geraten ist. Man gelangte zu der Ansicht, daß die bisher geübte Taktik des Stillschweigens eine völlig verfehlte gewesen sei, weil den streitenden Teilen der sachverständige Berater fehlte, der sie auf handgreifliche Fehler hätte aufmerksam machen müssen. . . . Außerdem nehmen die gewerkschaftlichen Differenzen wegen der Firma Hammesfahr in der letzten Zeit Formen an, welche gebieterisch das Eingreifen der Parteipresse verlangen, wenn wir nicht wollen, daß mühsam geleistete Organisationsarbeit weniger Personen halber vernichtet wird. Aus allen diesen Gründen wurde beschlossen, in Zukunft der Kritik freiesten Spielraum zu gewähren, jedoch mit Ausschluß aller persönlich verletzenden Darstellungen, welche mit der Sache selbst nichts zu tun haben.

Im sächsischen Landtage soll der Genosse Goldstein für den Etat gestimmt haben. So hat der Freisinnige Günther in einer Versammlung behauptet. Zunächst wird abzuwarten sein, was Genosse Goldstein auf diese Behauptung zu bemerken hat.

Kommunalpolitisches. Dem bevorstehenden schlesischen Provinzialparteitag wird u. a. folgender Antrag eingereicht:

Der Parteitag beauftragt die Provinzialkommission, alljährlich eine Konferenz der auf dem Boden der Sozialdemokratie stehenden Gemeindevertreter zur gegenseitigen Aussprache und Anregung zu berufen, und empfiehlt den Kreisorganisationen, auf ihre Kosten den Gemeindevertretern die „Kommunale Praxis“ zu liefern.

Agitationskommission Breslau.

Einen ähnlichen Antrag hat der Wahlverein Bunzlau-Lüben gestellt.

Einen Sieg im Kampf um die Säle hat die Bremerhavener Arbeiterschaft davongetragen. Es ist ihr gelungen, sämtliche größeren Säle in Bremerhaven, Geestemünde und Lehe für ihre Versammlungen zu gewinnen.

Geistige Waffen der Ordnungsparteien. Vor einigen Tagen brachten Darmstädter Blätter Notizen des Inhalts: Reichstagsabgeordneter Genosse Berthold-Darmstadt sei am Montag voriger Woche morgens sinnlos betrunken in eine Wirtschaft gekommen, dort bald unter den Tisch gesunken und liegen geblieben. Einige der Gäste hätten ihn geneckt und daraus habe sich eine regelrechte Rauferei entwickelt, an deren Schluß Berthold von kräftigen Fäusten zum Gaudium der Straßenpassanten unsanft auf die Straße befördert sei, „wo er sich alsbald mühsam erhob und schwankend den Schauplatz verließ.“

Zwar war Bertholds Name nicht genannt, aber jedermann mußte auf ihn raten. Inzwischen hat jene Presse eine Berichtigung bringen müssen, wonach die ganze Notiz erstunken und erlogen ist. So heißt es in der Berichtigung des „Täglichen Anzeigers“:

„Herr Berthold kam am letzten Sonntag früh von Berlin, wo er seinen Pflichten als Abgeordneter nachkam, hier an, verbrachte den Sonntag im Kreise seiner Familie, hat in der Nacht von Sonntag auf Montag seine Behausung nicht verlassen und ist am Montag früh bereits 7 Uhr 19 Minuten, also zu einer Zeit, zu welcher sich die Geschehnisse in der Wirtschaft „Zum Spoherrthor“ zugetragen haben sollen, wieder nach Berlin zu den Reichstagsverhandlungen abgereist.“

Von dem Blatte wurde dem Genossen Dr. Fulda als Einsender der verleumderischen Notiz der Journalist Hannemann, Vertreter der „Wormser Zeitung“ in Darmstadt, also Soldknappe des Freiherrn v. Heyl, genannt. Es ist das dieselbe trübe Quelle, die den Sozialdemokraten während des Wahlkampfes die Verbreitung gefälschter Stimmzettel, auf Theobald Stein lautend, imputierte, ohne bis jetzt den Beweis dafür erbracht zu haben. Das Gegenteil wurde einwandsfrei festgestellt, allerdings hat die Ordnungspresse davon nicht Notiz genommen. Die am Sonnabend abgehaltene Parteiversammlung beschäftigte sich eingehend mit den niederträchtigen Machinationen und wurde die während des Wahlkampfes tätige Redaktionskommission beauftragt, geeignete Schritte zur Abwehr zu unternehmen.

Zum Unfall des Genossen Scheidemann im Reichstag wird im Casseler „Volksblatt“ noch mitgeteilt, daß die Verletzung in einer schweren Verstauchung des linken Armes besteht. Wie bei einer spezialärztlichen Untersuchung am Sonntag früh festgestellt worden ist, dürfte sie kompliziert worden sein durch kleine Absprengungen an den Gelenkknöchelchen. Sicherheit darüber wird erst eine Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen gewähren. Der Heilungsprozeß wird zirka vier Wochen in Anspruch nehmen.

Für Arbeiterpatienten in Oeynhausen. Das Gewerkschaftskartell für Oeynhausen und Umgegend richtet an die Arbeiterschaft Deutschlands folgenden Aufruf: Jahr für Jahr werden Arbeiter von den Versicherungsanstalten, Krankenkassen usw. zur Kur nach Oeynhausen geschickt. Die Arbeiter beklagen sich nun vielfach über die Behandlung, infolgedessen hat sich das Gewerkschaftskartell die Aufgabe gestellt, allen hier zur Kur weilenden kranken Arbeitern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die hierher geschickten Kranken werden ersucht, ihre Beschwerden über Verpflegung, Wohnung und dergleichen an das Kartell zu richten. Etwaige Beschwerden sind dem Beschwerdekasten des Kartells einzuverleiben. Arbeiter, denen die Beschaffung der Wohnungen selbst überlassen ist, können sich auch vorher an uns wenden, es wird ihnen eine passende Wohnung besorgt werden. Adresse: Wirt Küster, Oeynhausen, Eidinghauserstr., an der Werrebrücke.

Personalien. In die Redaktion der „Tribüne“ in Erfurt ist der Genosse Robert Dornheim aus Geschwenda i. Th. als dritter Redakteur eingetreten. Die Vergrößerung des Blattes, veranlaßt durch das schnelle Steigen der Auflage, machte die Anstellung einer weiteren Kraft notwendig.

Die polnische Sozialdemokratie Oesterreichs. In Lemberg ist dieser Tage der Parteitag der Sozialdemokratie des österreichischen Polens zusammengetreten. Der Tätigkeitsbericht der Parteileitung konstatiert einen Aufschwung der Partei auf allen Gebieten. Die Bewegung stand unter der mächtigen Einwirkung zweier Faktoren: der Revolution in Rußland und des Wahlrechtskampfes in Oesterreich. Der ersten Angelegenheit sind zahllose öffentliche und vertrauliche Versammlungen gewidmet worden, von denen aber viele verboten wurden; es sind auch Demonstrationen veranstaltet worden, von denen manche, wie die denkwürdige Krakauer (Februar 1905) — wo bekanntlich das Zarenbild vernichtet wurde —, blutig endeten. Den Wahlrechtskampf leitete eine große Versammlungsaktion ein, deren Gipfelpunkt die Arbeitsruhe am 28. November bildete. In manchen Städten (Lemberg, Krakau, Przemysl, Stanislau, Jaroslau) war die Arbeitsruhe allgemein: es ruhten Fabriken und Werkstätten, es standen Tramway und Fiaker still, Geschäfte, Kaffeehäuser, sogar Theater waren gesperrt. Auch aufs Dorf hinaus erstreckte sich die Agitation. Riesige Bauernmeetings mit zehn- und zwanzigtausend Teilnehmern, Demonstrationszüge mit roten Fahnen und revolutionären Arbeiterliedern gaben beredtes Zeugnis für die politische Auferstehung des galizischen Muschiks.

Parallel ging mit dieser Bewegung der Kampf ums Landtagswahlrecht, der zu riesigen Demonstrationen vor dem Landtag am 23. Oktober und 23. November führte, und in Lemberg und Krakau Kämpfe um das Gemeindewahlrecht.

Unter den schwierigsten Verhältnissen, mit denen die Presse in einem Lande des Analphabetismus und schrecklichster Not zu kämpfen hat, ist die Arbeiterpresse in stetem Wachsen begriffen. Das Parteitageblatt „Naprzod“ erweitert mit jedem Tage seinen Abonnentenkreis. Vom 1. Januar d. J. erscheint regelmäßig als monatliche Beilage des „Naprzod“ die „Robotnica“ (Arbeiterin). Das Bauernblatt „Prawo Ludu“ (Volksrecht), das früher zweimal monatlich erschien und jetzt als Wochenblatt erscheint, hat in kurzer Zeit unzählige Abnehmer in Westgalizien gewonnen. Die populärwissenschaftliche Monatsschrift „Latarnia“ (Laterne) gehört zu den verbreitetsten Zeitschriften im Lande. Der Wahlrechtskampf erforderte auch ein humoristisches Blatt. Es ist dies das zweimal monatlich erscheinende illustrierte Blatt „Hrabia Wojtek“ (Graf Adalbert), mit dem Vornamen des größten Volksfeindes Dzieduszycki getauft. Den Bedürfnissen des jüdischen Proletariats, das der Landessprachen nicht mächtig ist, soll die „Jüdische Arbeiter-Zeitung“ entsprechen. Die Gewerkschaftspresse wurde gleichfalls vergrößert. Außer dem Buchdruckerorgan „Ogniwo“ und dem „Eisenbahner“ erscheinen zweimal monatlich die Fachblätter der Schneider und der Bergarbeiter. Außerdem erscheinen in Lemberg das Wochenblatt „Glos Robotniczy“ und das Monatsorgan der sozialistischen akademischen Jugend „Promien“, in Teschen der „Robotnik Stonski“. Die Lemberger Genossen gehen an die Gründung eines Tageblattes. Außerdem wurden Aufrufe und

Flugschriften in einer Auflage von mehr als einer Million herausgegeben. Bücher und Broschüren sind im Parteiverlag insgesamt in 100 000 Exemplaren erschienen.

Interessant ist auch die Verfolgungsstatistik. Die Verwaltungsstrafen betragen 7 Monate 10 Tage, Gerichtsstrafen 27 Jahre 2 Monate 6 Tage, die Untersuchungshaft 15 Jahre 17 Tage; zusammen 42 Jahre 10 Monate 7 Tage.

In den Zentralverbänden sind jetzt 9320 Arbeiter organisiert, was im Vergleich mit den 4132 vorigen Jahres einen großen Fortschritt bedeutet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Vor kurzem brachte die Düsseldorfer „Volkszeitung" eine Notiz über einen Polizisten, wonach der Mann in der Trunkenheit einem Knaben auf öffentlicher Straße böse mitgespielt habe. Genosse Schotte mußte sich deswegen vor der Strafkammer verantworten. Der Staatsanwalt hatte 14 Tage beantragt, der Delinquent erhielt einen Monat! Der Hauptentlastungszeuge Schottes wurde, weil seine Aussagen für den Polizisten allzu blamable waren, wegen Verdachts des Meineides gleich verhaftet.

Staatsgefährliches Tuch. In Möckers (Sachsen-Meiningen) beschlagnahmte die Polizei dieser Tage die Fahne des Volksvereins. Das gefährliche Objekt, das bei einer Mainachfeier am 6. Mai in Salzungen im Zuge getragen wurde, trägt auf der einen Seite auf rotem Grunde die Worte „Volksverein Möckers, gegründet 1905". Auf der anderen Seite sind auf gelben Grunde zwei verschlungene Hände und die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit". Die Aufschriften sind auf beiden Seiten mit einem silberfarbigen Kranze umgeben. Ordnungsmänner wollen an der Fahne Aergernis genommen haben.

In Dresden wurde einem Laubenkolonisten eine Fahne konfisziert, die auf der einen Seite auf rotem Grunde ein großes — blaues Kreuz zeigte, auf der anderen aber nur die rote Farbe trug. Die Polizei gab sie indes wieder heraus, aber unter der Bedingung, daß auch die andere Seite mit dem blauen Kreuz versehen werde.

Soziales.

Mißbrauch von Krankenkassen zu parteipolitischen Zwecken in gerichtlicher Beleuchtung.

Dem Jahresbericht der Offenbacher Krankenkasse entnehmen wir eine interessante Wertschätzung der Behauptung, Sozialdemokraten mißbrauchten Kasseninstitutionen für parteipolitische Zwecke. Seit einigen Jahren unternahm es der Vertrauensmann der Deutschnationalen Kranken- und Begräbniskasse der Handlungsgehilfen Deutschlands in Offenbach a. M., die dortige Allgemeine Ortskrankenkasse bei seinen Kollegen in Mißkredit zu bringen und Propaganda für seine Kasse zu machen. Im August v. J. leistete sich dieser Herr in einem Zirkular neben unrichtigen Behauptungen über die Leistungen der beiden Kassen auch folgende Sätze:

„Stellt sich so die D. H. V.-Kasse schon wesentlich günstiger dar als die Ortskrankenkasse, so kommt für den national gesinnten Prinzipal sowohl wie Gehilfen die Ortskrankenkasse schon deshalb nicht in Frage, weil darin die Sozialdemokraten dominieren und die Erfahrung lehrt, daß überall, wo dieses der Fall ist, die Institutionen für sozialdemokratische Parteizwecke gemißbraucht werden. Nationale Kreise aber werden auch nicht unbewußt sozialdemokratische Parteiwirtschaft fördern wollen."

Um solchen völlig unbegründeten Ausstreuungen ein Ende zu machen, wurde gegen den Handlungsgehilfen Johann Sauer, den Verbreiter derselben, der noch dazu selbst Ortskrankenkassenmitglied ist, vom Kassenvorstand die Klage auf Unterlassung derartiger Behauptungen eingereicht. Wie nun aus dem soeben erschienenen Jahresbericht der Ortskrankenkasse hervorgeht, hat das Landgericht die Klage abgewiesen. Speziell wegen der Behauptung des Mißbrauches der Kasse zu sozialdemokratischen Parteizwecken ist die Begründung der Klageabweisung von allgemeinerem Interesse. Es heißt da:

„Was die letzte Behauptung anlangt, daß in der klägerischen Kasse die Sozialdemokraten dominieren, so kann diese Tatsache dahingestellt bleiben, da die Sozialdemokratie heute eine anerkannte politische Partei ist, deren Zugehörigkeit niemand zum Vorwurf gemacht werden kann. Klägerin kann sich dadurch also auch nicht beschwert fühlen. Der Zusatz aber, „daß die Erfahrung lehrt, daß überall, wo dies der Fall ist, die Institutionen für sozialdemokratische Parteizwecke gemißbraucht werden", enthält eine allgemeine Schlußfolgerung, aber nicht die positive Behauptung, daß dies bei der Klägerin der Fall sei. Allgemeine politische Betrachtungen dieser Art zu verwerten, kann aber dem Beklagten nicht verwehrt werden, auch kann dieselbe nur dahin verstanden werden, daß die Organe dieser Kassen neben der Wahrnehmung der Kassengeschäfte, für welche sie bestimmt sind, auch zugunsten der sozialdemokratischen Partei tätig sind, was an sich zulässig ist und daher auch keinen Vorwurf oder gar eine Beleidigung enthält."

Danach wäre wohl gar die unter Klage gestellte und auch in den Parlamenten als Vorwurf aufgestellte Behauptung gegen die in Ortskrankenkassenverwaltungen sitzenden Sozialdemokraten eine schmeichelnde Anerkennung für die Genossen und die Kassen selbst? Mit Verlaub: das Gerichtsurteil befindet sich bei seiner Begründung in recht erheblichen Widersprüchen mit der sonstigen Praxis der Rechtsprechung und mit sich selbst. Die Behauptung, Mißbrauch zu Parteizwecken werde getrieben, ist keineswegs lediglich eine Schlußfolgerung, sondern die Behauptung einer Tatsache. Jede Behauptung einer Tatsache enthält ein Urteil und jedes Urteil, jede Schlußfolgerung die Behauptung einer Tatsache. Selbst die Behauptung einer einfachen, sinnlich wahrnehmbaren Erscheinung enthält ein Urteil, eine Schlußfolgerung, so die: jeder Offenbacher Richter hat einen Kopf. Es liegt schon in dieser Behauptung eine Abstraktion, eine Subsumierung (Unterstellung) einer konkreten Wahrnehmung unter eine allgemein bekannte Tatsache. Allgemein anerkannte Tatsachen sind: jeder Mensch hat einen Kopf und jeder Richter ist ein Mensch; daraus folgt als Schluß: also hat auch jeder Offenbacher Richter einen Kopf. Das Offenbacher Urteil übersieht, daß die Begriffe „Tatsache" und „Schlußfolgerung" im engsten logischen Sinn nicht mit den Begriffen identisch sind, die im allgemeinen Sprachgebrauch, in der Gesetzessprache und der Anwendung der Gesetze unter „Tatsache", „Schlußfolgerung" oder „Urteil" subsumiert werden. Sonst gäbe es ja überhaupt keine „unwahren Tatsachen". So würde die Ansicht, die Offenbacher Richter sind kopflos, schwerlich von einem Gericht lediglich als Schlußfolgerung, nicht Behauptung einer „unwahren Tatsache" charakterisiert werden. Die Grenze zwischen Tatsache und Urteil oder Schlußfolgerung im Rechtssinne ist nach konstanter Rechtsprechung des Reichsgerichts eine flüssige. Von dem Grade der Erkenntnisfähigkeit des Behauptenden hängt danach u. a. die Beantwortung der Frage ab, ob eine Tatsache oder ein Urteil vorliegt. Nur von einem Kinde und einem in der Erkenntnisfähigkeit dem Kinde Gleichstehenden läßt sich sagen: seine Behauptung, „jenes ist ein Baum", ist keine „positive Behauptung": sondern „eine allgemeine Schlußfolgerung".

Die Aufstellung der Behauptung, „die Erfahrung lehrt, daß überall, wo in einer Kasse Sozialdemokraten dominieren, die Institutionen für sozialdemokratische Parteizwecke gemißbraucht werden", enthält, wenn sie von einem verständesreifen Menschen ausgesprochen wird, nicht nur die Behauptung der wahren Tatsache: jede von Sozialdemokraten geleitete Kasse wird gut geleitet, weil der Kassenzweck, Krankheitsfällen vorzubeugen und erkrankten Mitgliedern zu helfen, den sozialdemokratischen Bestrebungen entspricht, vielmehr enthält die Anwendung des Wortes „mißbraucht" offensichtlich die Behauptung der weiteren unwahren und bewußt unwahren, also verleumderischen Behauptung: sozialdemokratische Kassenverwaltungen benutzen die Kasse zu Zwecken, die mit dem Kassenzweck unvereinbar sind, aber dem Interesse ihrer Partei dienen.

Die vom Offenbacher Gericht beliebte Interpretation führt, allgemein angewendet, zu einem Freibrief für Verleumdungen. Das würde das Offenbacher Gericht sofort anerkennen, wenn in dem Flugblatt des Beklagten statt „Kasse" „russisches Gericht" und statt „sozialdemokratische Parteizwecke" „Zwecke der herrschenden Klasse" gesagt wäre.

Der Humor der Weltgeschichte will, daß gerade einem antisemitischen Nachsprecher der haltlosen Verdächtigungen eines nicht nur polizeilich getauften Mugdan vom Gericht der Freibrief für Verleumdungen ausgestellt ist, der nach dem Gesetz nur da gerechtfertigt ist, wo auf den Verleumder das Wort zutrifft: Herr, er weiß nicht, was er spricht.

Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit in Glashütten.

Der Bundesrat hat, wie der „Reichsanzeiger" mitteilt, am 23. Mai Aenderungen der vom Bundesrat gestatteten Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit für Glashütten erlassen. In Fortfall soll der bislang zugelassene Betrieb der Schmelzöfen behufs Herstellung der Glasmasse kommen. Die sonstigen bislang zugelassenen Ausnahmen sind etwas modifiziert. Bislang war als Sonntagsarbeit bei Herstellung von Tafelglas, einschließlich des geblasenen Spiegelglases, die Verarbeitung der Glasmasse zugelassen. Diese Ausnahme hat jetzt folgende engere Fassung: „Bei der Herstellung von Tafelglas, einschließlich des geblasenen Spiegelglases, aus Wannenöfen mit vier oder mehr Belegschaften und aus Hafenöfen die Verarbeitung der flüssigen Glasmasse; aus Wannenöfen mit drei Belegschaften die Verarbeitung der flüssigen Glasmasse, jedoch mit einer 16stündigen Unterbrechung."

Die Verarbeitung der Glasmasse bei der Herstellung von Hohl- und Preßglas sowie von Gußglas (Roh- und Spiegelglas), soweit sie aus Wannenöfen mit dreischichtigem Betriebe erfolgt, war bislang mit einer 12stündigen Unterbrechung zugelassen. Diese Ausnahme ist dahin verengt, daß als zugelassene Arbeit nur gilt: „Bei der Herstellung von Hohl-, Preß- und Rohgußglas in dreischichtigem Betriebe die Verarbeitung der flüssigen Glasmasse, jedoch mit einer 14stündigen Unterbrechung."

Die bisher zugelassene Verarbeitung der Glasmasse bei der Herstellung von Hohl- und Preßglas aus Hafenöfen an dreien von vier aufeinander folgenden Sonntagen sowie an den nicht auf einen Sonntag fallenden Festtagen bis 12 Uhr mittags ist enger dahin gefaßt: „Bei der Herstellung von Grünhohlglas aus Hafenöfen die Verarbeitung der flüssigen Glasmasse bis 12 Uhr mittags an 26 Sonntagen im Kalenderjahre sowie an den nicht auf einen Sonntag fallenden Festtagen." Während die den Arbeitern bei dieser Arbeit zu gewährende Ruhe bislang für einen von vier aufeinanderfolgenden Sonntagen 36 Stunden und für die übrigen Sonntage 18 Stunden dauern mußte, soll künftig die Arbeitsruhe durchweg mindestens 18 Stunden dauern; die Sonntagsruhe ist in diesem Fall also leider eingeengt.

Der Wortlaut der bislang für Gußglas zugelassenen Sonntagsarbeit („Bei der Herstellung von Gußglas — Roh- und Spiegelglas — soweit sie nicht aus Wannenöfen mit dreischichtigem Betrieb erfolgt, an dreien von vier aufeinander folgenden Sonntagen sowie an den nicht auf einen Sonntag fallenden Festtagen die Verarbeitung der Glasmasse während höchstens 9 Stunden") ist dahin geändert:

„Bei der Herstellung von gegossenem Spiegelglas an dreien von vier aufeinander folgenden Sonntagen sowie an den nicht auf einen Sonntag fallenden Festtagen die Verarbeitung der flüssigen Glasmasse während höchstens 9 Stunden."

Die eben wiedergegebenen Ausnahmen sollen wie bislang auf den ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag keine Anwendung finden.

Die neue Bundesratsverordnung tritt mit dem 1. Juli in Kraft. Sie entspricht keineswegs dem für die Sonntagsruhe der Glasarbeiter wiederholt hervorgehobenen und durchführbaren Erfordernis hinreichender Sonntagsruhe. Für Glashüttenarbeiter geht diese sogar, wie erwähnt, bei der Herstellung von Hohl- und Preßglas aus Hafenöfen hinter die bestehenden Vorschriften zurück.

Aus Industrie und Handel.

Ein weinendes und ein lachendes Auge. Der Geschäftsbericht der Vereinigten Königs- und Laurahütte führt bewegliche Klage über die revolutionären Hetzer in Rußland. Das hat einen Portemonnaiegrund. Die Gesellschaft betreibt in Rußland zwei Hüttenwerke, und entgegen der offiziellen Wirtschaftsberichtung von dort, die durchgängig nur von steigender Produktion und Rentabilität zu melden weiß, erklären die Laurahütter, das Geschäft in Rußland sei immer noch ganz miserabel und verlustbringend. Natürlich sind die politischen Hetzer dafür verantwortlich. Doch mit solchem Trost allein brauchen die Aktionäre nicht sich zu begnügen. Bei weiterem Studium des Berichtes läßt der Schmerz nach. Respektziffern machen mindestens ein Auge lachend. Im letzten Vierteljahr ergab sich für alle Werke nach Abzug der Zentralverwaltungskosten und der Obligationszinsen ein Gewinn von 1 933 480 M. Gegen das gleiche Quartal des Vorjahres bedeutet das ein Mehr von **411 867 M.** Die Gewinnsteigerung beträgt **27 Prozent!** Da könnten die Löhne ja auch wohl erheblich gestiegen sein. Wenn das nicht geschehen ist, dann werden die Schlesier den Glauben an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wohl vollständig über Bord werfen. Für die ersten 9 Monate des laufenden Geschäftsjahres beziffert sich der erzielte Gewinn auf rund $5^1/_2$ Millionen Mark, fast $^2/_3$ Millionen Mark mehr als in der Parallelzeit des Vorjahres. Die Dividende der letzten Jahre betrugen 10, 11 und 11 Proz. und für das laufende Jahr werden wohl wieder mindestens 11 Proz. zur Verteilung gelangen.

Unzufriedene Elemente. Die Generalversammlung der A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation in Stolberg setzte die Dividende für das letzte Geschäftsjahr auf 10 Proz. fest. Das Ergebnis hat die Aktionäre enttäuscht. Dem entsprechenden Gefühl gab Bankier Fraenkel-Berlin Ausdruck, indem er das finanzielle Resultat scharf bemängelte. Bei der großen Konjunktur hätte unbedingt mehr verdient werden müssen. Das war seine Meinung. Die Aktionäre stehen zweifellos auf dem Standpunkt, Unzufriedenheit sei eine Tugend, wenn sie von den Arbeitern — nicht geübt wird.

Industrielle Zusammenschlüsse. Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Talgschmelzen beschloß die Gründung eines Syndikats mit einem Stammkapital von zunächst 20 000 M. — In den Kreisen der Ledertreibriemenindustriellen wird der Plan erwogen, ebenfalls einen geschäftlichen Zusammenschluß herbeizuführen. In den beteiligten Arbeiterkreisen wird solches Vorgehen hoffentlich die Erkenntnis von der Nützlichkeit der wirtschaftlichen Organisation fördern.

Kohlennot — Wagenmangel — Sonntagsruhe. In Süddeutschland bestehen angeblich Schwierigkeiten wegen Knappheit der Kohlenvorräte. Für die Nichtbefriedigung der Ansprüche wird der Wagenmangel angesprochen. Die Eisenbahndirektion Essen hat deshalb, wie die „Köln. Volksztg." meldet, die Sonntagsruhe im Güterverkehr für den Ruhrbezirk aufgehoben. Tatsächlich sind in der ersten Maiwoche dieses Jahres durchschnittlich täglich fast 1000 Wagen mehr versandt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Insgesamt sind auch nur in 7 Tagen 592 Wagen weniger gestellt worden, als angefordert waren. Ob die Aufhebung der Sonntagsruhe die Klagen zum Schweigen bringt, erscheint doch sehr zweifelhaft. Wiederholt ist in den letzten Wochen behauptet worden, die Zechen seien nicht in der Lage, den Anforderungen zu genügen, einmal weil sie ihre Leistungsfähigkeit zu hoch eingeschätzt hätten und nun noch durch starke Abwanderung die Förderung beeinträchtigt werde. Erhöhte Wagenstellung kann also die Förderung nicht steigern. Uebrigens kennzeichnet die „Rh.-Westf. Ztg." in ihrem Monatsbericht vom Eisenmarkt die Lage als ruhiger werdend. Der große Ansturm habe nachgelassen. Damit würde auch das Drängen auf dem Kohlenmarkt abflauen und die Notwendigkeit der Aufhebung der Sonntagsruhe hinfällig werden.

Preissteigerung. Infolge außerordentlicher Preissteigerung der Rohjute hat der Jutevorband heute die Preise für Hessians und Baggings um 1,3 Pf., für Tarpaulings und Sackings um 1,8 Pf. sowie für Garne um 3 M. erhöht.

Die Isteinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern belief sich im Monat April auf 68,2 Mill. Mark oder auf nahezu 5 Mill. Mark mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. An dem Mehr beteiligen sich die Zölle mit rund 1 Mill. Mark. Die Zuckersteuer erbrachte 3,3 Mill. Mark über den Aprilertrag des Vorjahres. Kleinere Mehreinnahmen fielen auf die Salzsteuer, die Branntweinverbrauchsabgabe und die Brausteuer. Die Reichsstempelabgabe erbrachte eine Einnahme von 4,7 Mill. Mark, die Börsensteuer 4,3 Mill. Mark oder 0,3 Mill. Mark weniger als im April 1905. Die Post- und Telegraphenverwaltung hatte eine Einnahme von 49,5 Mill. oder 2,8 Mill. Mark mehr und die Reichseisenbahnverwaltung eine solche von 9,3 Mill. Mark oder 0,7 Mill. Mark mehr als im gleichen Monat des Vorjahres.

Aus der Frauenbewegung.

Die Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft.

Ueber dieses Thema sprach Genossin Lily Braun in einer vom Schneiderverband einberufenen Versammlung aller in den verschiedenen Branchen der Schneiderei beschäftigten Arbeiterinnen, die in den Arminhallen tagte. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Stellung der Masse der Frauen in der Vergangenheit, die durchaus nicht für sie die „gute alte Zeit" der Dichtung war, gab sie ein Bild von der Entwickelung und Veränderung der Verhältnisse bis auf die Neuzeit und legte dar, daß die Maschine es gewesen sei, die die Frau zur Industriearbeiterin gestempelt und ihr die Stellung zugewiesen habe, die sie heute einnehme. Eine eingehende Schilderung dieser Stellung in ihren verschiedenen Erscheinungsformen folgte. Als ein besonders drastisches Zeichen der Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaft hob sie die Tatsache hervor, daß gerade die Frauen des Proletariats, die die meisten Kinder hätten, die also am nötigsten zu Hause gebraucht würden, am ehesten gezwungen wären, hinauszugehen in die Erwerbsarbeit. Je mehr Kinder ihr eigen wären, desto sicherer müßten sie damit rechnen, daß die Kinder der Erziehung der Straße verfielen. Es stehe statistisch fest, daß die Frauenarbeit rascher zunehme, als die Männerarbeit, daß aber die Zunahme der Arbeit der verheirateten Frauen eine noch schnellere sei, als die der Frauen im allgemeinen. Ueberall fänden wir das Bild einer geradezu schreienden Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaft. — Ein anderer Punkt verdiene ebenfalls unsere lebhafteste Aufmerksamkeit. Die Berliner Gewerbeaufsichtsbeamten hätten festgestellt, daß der Durchschnitt der Berliner Arbeiterinnen einen Verdienst von etwa 11 M. in der Woche zu haben pflege. Natürlich habe ein Teil mehr, eine große Menge aber weniger. Weiter hätten die Gewerbeaufsichtsbeamten festgestellt, daß eine alleinstehende Arbeiterin, wenn sie nur notdürftig leben wolle, wenn sie sich auf das engste beschränke, kurz, wenn sie auf dem tiefsten Niveau stehe, eine regelmäßige Einnahme von 11,65 M. wöchentlich haben müßte. Nun bedenke man, daß in vielen Gewerben, zu denen ja auch die Schneiderei gehöre, die Saisonarbeit herrsche, die den Verdienst für die übrige Zeit noch herabmindere oder ihn ganz ausschließe. Wie gehe es dann denen, die ganz allein ständen oder gar noch eine alte kränkliche Mutter zu ernähren hätten oder als Witwe die Kinder erhalten müßten? Hier sei die Folge, wenn keine Unterstützung sich fände, die Prostitution und die gelegentliche Prostitution. Die Statistiken aller großen Städte zeigten denn auch, daß zu den Prostituierten eine große Zahl ehemaliger Näherinnen gehörten. Die große Not trieb die meisten von ihnen dazu. Andere seien vielleicht verlassen worden von denen, die sie liebten und denen sie sich im Gefühl seltenen und darum überschwenglichen Glücks hingaben. Die bürgerliche Gesellschaft, die sie erst fallen ließ, steinigte sie obendrein und wandte sich von ihnen ab, als wären sie verpestet. Bei manchen von ihnen spiele mit die falsche Erziehung, die ihnen verheimliche, welche Gefahren das Leben biete und mit welch schweren Lasten ein paar Wochen des Glücks oft bezahlt werden müßten. Nicht vergessen werden dürfe die wirtschaftliche Abhängigkeit der Frau vom Mann. Es sei ja eine selbstverständliche Entwickelung gewesen, daß die Frauen im allgemeinen immer noch bei der Vorstellung beharrten, der Mann solle der Ernährer der Frau sein. Aber andererseits sei die Tatsache, daß sich die Frau in einer gewissen Abhängigkeit vom Manne befinde, eine der Ursachen, daß die Frauen immer noch so wenig vorwärts kämen, und auch die Ursache mancher unglücklichen Ehe, auch bei Proletariern. Sehe man sich einmal um in manchen proletarischen Familien. Wenn die Harmonie noch so groß scheine, sobald die Rede auf die paar Groschen komme, die zu verwirtschaften sind, dann gebe es am ersten Streit. Der Mann, der nichts von der Wirtschaft verstehe, werfe der Frau Unwirtschaftlichkeit vor. Wenn die Frau unabhängiger wäre, wenn sie als Arbeiterin denselben Lohn verdiente, wie der Mann (denn dadurch würde sie unabhängiger), und wenn auf der anderen Seite der Staat durch eine ausreichende Versicherung der Frau als Mutter für die Zeit eintreten würde, wo die Frau als Schwangere und als junge Mutter der Schonung bedarf, wenn eine Mutterschaftsversicherung hier eingriffe: dann würde eine große Unglücksmöglichkeit aus dem Leben weggeräumt sein. Die Frau würde viel freier, viel gleichberechtigter dem Mann gegenüber stehen, und sie wäre dann nicht mehr an eine innerlich zerrüttete Ehe, wie so viele, nur durch pekuniäre Abhängigkeit gefesselt. — Rednerin verbreitete sich dann noch weiter über die soziale Stellung der Frau, sowie über ihre öffentlich rechtliche Stellung. Bei einem Vergleich zwischen der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung verwies sie darauf, daß die proletarischen Frauen, die auch sonst eher als Kameradinnen behandelt würden, vor den strebenden bürgerlichen Frauen zu derem Leidwesen voraus hätten, daß das sozialdemokratische Programm ihnen einen rechtlich verbrieften Anspruch gewähre auf die Unterstützung der Männer für ihren Kampf um die Befreiung. Wenn sich das auch in der Praxis nicht immer so zeige, wie es wünschenswert wäre, so erkläre es sich daraus, daß sich die Männer noch nicht daran gewöhnt hätten, und ihnen leider noch eine zu große Zahl von Frauen zur Seite stehe, die sich in einem „Puppenheim" am wohlsten fühlten. Und doch gewahre man erfreuliche Zeichen des Fortschritts in der proletarischen Frauenwelt. Es gebe ja auch kein Gebiet, wo nicht das Interesse der Frau als Arbeiterin und als Frau und Mutter rege gemacht werde. Pflicht der Frauen, der jüngsten wie der ältesten, sei es, einzutreten in die Reihen des kämpfenden Proletariats und sich erst mal da zu organisieren, wo es möglich sei, wie in den Gewerkschaften. — Der Vortrag fand großen Beifall bei der Versammlung, die überwiegend aus Frauen und Mädchen sich zusammensetzte. Diskutiert wurde nicht. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Versammlung geschlossen.

Teltow. Der Frauen- und Mädchen-Bildungverein von Teltow und Umgegend hält am Donnerstag, den 31. Mai, abends $8^1/_2$ Uhr, im Lokale von E. Pickenhagen seine diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Neuwahl des gesamten Vorstandes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ersucht um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen Der Vorstand.

Tegel-Borsigwalde. Am 23. Mai hielt der hiesige Frauen- und Mädchenbildungsverein bei Schmidt-Tegel seine Mitgliederversammlung ab. Frau Mesch referierte über „Heimarbeit". Die gutbesuchte Versammlung folgte den Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit und spendete reichen Beifall. Es fand eine rege Diskussion statt. Unter Verschiedenem wurde ein Antrag, im Juni, Juli und August monatlich nur eine Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen, einstimmig angenommen. Die nächste Versammlung findet am 13. Juni in Borsigwalde statt.

Reinickendorf-Ost. Der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, am 10. Juni einen Ausflug nach Hermsdorf zu machen.

Vermischtes.

Ein Gerüsteinsturz wird aus Beuthen, 29. Mai, gemeldet. Früh 5 Uhr stürzte an einem Neubau an der Parallelstraße ein **vier Stockwerke hohes Gerüst zusammen** und **begrub dreizehn Arbeiter und Arbeiterinnen.** Alle sind verletzt; ein Arbeiter ist bereits gestorben.

Der Bürgermeister mit der Rhinozeroshaut. In Erkrath, einem Städtchen im Wahlkreise Düsseldorf, amtiert schon seit langer Zeit der Bürgemeister Kaiser, ein Sozialistenfresser wie er im Buche steht. Ein Gemeinderatsmitglied, mit welchem der Bürgermeister stets intim verkehrte, behauptet nun plötzlich, wenn er wolle, bringe er den Bürgermeister sowohl als den katholischen Pfarrer ins Zuchthaus. Dem Bürgermeister wurde am 27. März d. J. schon Mitteilung von dem Gerede gemacht, doch nahm derselbe gar keine Veranlassung auf dasselbe in irgend einer Weise zu reagieren. In der letzten Gemeinderatssitzung erklärten nun aber mehrere Gemeinderatsmitglieder, die Sitzungen solange nicht mehr zu besuchen, bis die Sache geklärt sei. Die Gemeinde könne sich derartiges nicht bieten lassen und werde auch der vorgesetzten Behörde des Bürgermeisters Mitteilung gemacht. Es verließen dann sechs Gemeinderatsmitglieder die Sitzung, aber auch von den noch übriggebliebenen bekam der Bürgermeister derbe Wahrheiten zu hören.

Der Bürgermeister meinte, mit solchen Dingen dränge man ihn nicht aus Erkrath heraus. Unserer Ansicht nach wird aber der Herr Bürgermeister, der sonst so schneidig gegen organisierte Arbeiter vorgeht, nicht umhin können, sich mit dem Gemeinderatsmitglied, das ihn und den Pfarrer als für das Zuchthaus reif erklärte, auseinanderzusetzen.

Pestverdächtige Dampfer. Hamburg, 29. Mai. Auf dem von Buenos-Aires hier eingetroffenen Dampfer „Arad" sind Ratten gefunden worden, bei denen Verdacht besteht, daß sie mit Pest behaftet sind. Das Schiff wird ausgegast. Vorsichtsmaßregeln sind getroffen, Menschen sind nicht erkrankt.

In Schiffsnot. Nach einer Lloydmeldung ist der deutsche Dampfer „Leros", von Tyne nach Odessa bestimmt, bei dichtem Nebel auf die unter dem Namen Les Casquettes bekannten Klippen bei Alderney festgekommen. Das Schiff wird wahrscheinlich ganz verloren sein, die aus 27 Mann bestehende Besatzung ist gerettet.

Neue Verwüstungen werden aus San Francisco vom 28. Mai telegraphiert: Vier Tage lang andauernde schwere Regengüsse, denen am Sonntag und am Montag wie Sturzbäche herabströmende Fluten folgten, haben, unterstützt von Sturmwinden, in der Stadt neue Verwüstungen angerichtet und das Elend unter den hunderttausend Heimlosen vergrößert, die seit dem Erdbeben in Zelten, Hütten und anderen improvisierten Wohnstätten hausen. —

Ein Telegramm aus Reno im Staate Nevada berichtet, daß der gesamte Grubendistrikt bei Galcondo durch **eine Wasserhose zerstört** worden ist. 25 Personen wurden getötet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 30. Mai.

Anfang 7½ Uhr:
Opernhaus. Samson und Dalila.
Schauspielhaus. Goldfische.
Neues Operntheater. Boccaccio.
Deutsches. Der Graf von Charolais.
Neues. Orpheus in der Unterwelt.

Anfang 8 Uhr:
Westen. Der Zigeunerbaron.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (II. Teil.)
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Das Lumpengesindel.
Lessing. Das Lebensfest.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Figaros Hochzeit.
Residenz. Liebeskunst.
Zentral. Boccaccio.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Trianon. Loulou.
Thalia. Hochparterre links.
Metropol. Auf ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme Mädchen.
Apollo. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß. Der Weg des Märtyrers.
Hansa. Das Wunderkind. Familie Bernstein.
Belle-Alliance. Abends nach Neune.
Wintergarten. Tortajada. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Operetten-Theaters aus Hamburg (Direktor Max Monti). Mittwoch, Donnerst., Freit., Sonnab.:
Die lustige Witwe.
Pfingstsonntag und Pfingstmontag: **Die lustige Witwe.** Anf. 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7½ Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr: **Loulou.**

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Morgen:
Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Mittwoch: **Boccaccio.**
Donnerstag: Werner Alberti: **Martha.** Freitag: Gastsp. Bella Alten von der Conried-Metropolitan Opera New York u. Dr. Otto Briesemeister: **Fra Diavolo.**
Vorverkauf im Kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Theater des Westens
(Station Zoolog. Garten), Kantstr. 12.
Mittwoch 8 Uhr: 30. Vorstellung als Freitags-Abonnement: **Der Zigeunerbaron.** Volkstümliche Preise.
Donnerstag 8 Uhr: 30. Vorstellung als Dienstags-Abonnement: **Die vier Grobiane.** Volle Preise.
Freitag, Sonnabend geschlossen.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: **Der Waffenschmied.** Abends 8 Uhr: **Der Zigeunerbaron.** Volkstüml. Preise.
Montag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: **Der Troubadour.** Abends 8 Uhr: **Die Fledermaus.** Volkstümliche Preise.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:
Figaros Hochzeit
Donnerstag: **Don Pasquale.**
Freitag: **Beginn der Sommerspielzeit: Hoffmanns Erzählungen.**
Sommerpreise.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Der Weg des Märtyrers.
Schauspiel in 5 Akten v. K. Remling.

Urania Taubenstr. 48/49.
Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvs.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Zoologischer Garten
Täglich nachmittags 4½ Uhr:
Großes
Militär-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr (halbe Preise!):
Boccaccio.

Lustspielhaus.
Allabendlich 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Liebeskunst.
Komödie in 3 Akten a. Léon Xanrof und Michel Carré.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Zum **33.** Male
„Arme Mädchen."
Von Adolf Philipp.
Anfang 8 Uhr 15.

Apollo-Theater.
9½ Uhr **Das blaue Bild.** 9½ Uhr
Musik von Paul Lincke.
10 Uhr:
Ein Abend in einem amerikanisch. Tingel-Tangel.
Vorher 8 Uhr die glänz. Spezialitäten. Ab 7½ Uhr: **Garten-Konzert.**

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Winter Garten
TORTAJADA
Spanische Tänzerin u. Sängerin.
Narrow Bros., komische Radfahrer.
Desroches-Bianca, französ. Duett.
Die Hartleys, Springer.
Brézina, Pariser excentr. Sängerin.
Patty Frank-Truppe, Akrobaten.
König Dollar, englisches Ballett.
Imro Fox, Illusionist.
Die Brittons, Neger-Sänger und Tänzer.
De Dio, Phantasie-Tänzerin.
Die Perseus, Kugelspieler.
Der Biograph.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag, Anfang 4 Uhr:
Große Fest-Vorstellung.
15 Attraktionen ersten Ranges **15.**
Berlin, wie es lebt u. liebt.
Volksstück in 3 Akten von Lindener.
Am 2. u. 3. Feiertag: **Festtanz.** :: Große :: Tanzmusik.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: **Freitanz.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil.) Schauspiel in 4 Aufz. von Björnstjerne Björnson.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Jugendliebe.** Hierauf: **Die Dienstboten.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Militärstaat.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Das Lumpengesindel.** Tragikomödie in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Das Glück im Winkel.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Das Lumpengesindel.**
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Straßenbahn: Nr. 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63, 74.
Schweizer Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Pfingsten: Beginn der Hauptsaison.
Am 1. und 2. Feiertag: **Früh-Konzert** und **Vorstellung.**
Neue Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
Von Pfingsten ab tägliche Vorstellungen. 13012*

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würstelbuden, Konditorei, Blumenstand rc.
In den Sälen:
Großer Ball.

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten,** Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korpulente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 5352*
Fahrgeld wird vergütet. ● Bitte auf Hausnummer zu achten.

Neuerscheinungen.
Wir empfehlen unseren werten Lesern folgende in letzter Zeit erschienene Schriften:

Wilhelm Liebknecht Sein Leben und Wirken.
Unter Benutzung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen herausgegeben von
= Kurt Eisner. =
Zweite erweiterte Auflage mit Porträts und Abbildungen.
Preis 60 Pf.
In besserer Ausstattung **1.50 M.**

Schule, Kirche, Arbeiter. Ein Vortrag von Paul Göhre. Preis **15 Pf.**

Der preußische Volksschulgesetz-Entwurf. Materialien zu seiner Beurteilung. Preis **20 Pf.**

Notleidende Agrarier von Bruno Schmidt. Preis **40 Pf.**

Egoismus und Sozialismus oder: Das Ich und die Gesellschaft, eine dialektische Plauderei von Karl Hoffmann. Preis **25 Pf.**

Religion und Sozialismus von Dr. Anton Pannekoek. Preis **30 Pf.**

Fürst Kropotkin. Memoiren eines russischen Revolutionärs. Mit Vorwort von Georg Brandes. Volksausgabe. Preis **4 M.**

Die Lessing-Legende. Zur Geschichte und Kritik des preußischen Despotismus und der klassischen Literatur von Franz Mehring. Zweite Auflage. Preis **2,50 M.** Geb. „ **3,—** „

Marthas Kinder. Fortsetzung von: **„Die Waffen nieder"** von Berta v. Suttner. Volksausgabe. Preis **1 M.**

Ferner empfehlen wir:
„Perlen der Malerei". Bildwerke berühmter Meister.
Preis pro Blatt **—,50 M.** auf weißem Karton **1,— „**

Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW. 68
Laden. Lindenstr. 69 Laden.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für **Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. **10—2, 5—7,** Sonnt. **10—12** Uhr.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das neue
Mai-Programm
14 erstklassige Spezialitäten

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Sonntag, den 3. Juni:
Eröffnung der Sommer-Saison.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Anfang Sonnt. 5 Uhr, wochent. 6 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Anfang 8 Uhr. Parkett 1,50 M.
Abends nach Neune!
Im herrlichen Sommergarten **Konzert.**
Anfang 4 Uhr.
Spezialitäten ersten Ranges.
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Einquartierung.
Milit. Humor. v. Meysel.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Neu eröffnet!
Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.
Hierdurch diene zur Nachricht, daß der Kollege
Hermann Schulz
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 30. Mai, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle der Charité aus auf dem Philippus-Apostelkirchhof, Müllerstraße 44/45, statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht
68/13 **Die Ortsverwaltung.**

Verband d. baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Wedding.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
Wilhelm Lüdtke
am 27. Mai verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes in der Barfusstraße aus statt. 34/14
Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Helfer
Otto Scholz
am 28. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Mai, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes in Mariendorf, Chausseestraße 43, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner
Paul Zernick
am 27. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. Mai cr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 28. Mai 1906, verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, der Tischler 21496
Julius Bark
im 57. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. Mai, nachmittags 5½ Uhr, auf dem Rixdorfer Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.
Die tiefbetrübte Witwe Wilhelmine Bark und Schwester Johanna Jalewiecki geb. Bark.

Fachverein der Tischler
Berlins und Umgegend.
Am Montag, den 28. Mai, starb unser Mitglied
Julius Bark
im 57. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 31. d. Mts., nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
Zahlreiche Beteiligung wünscht
186/8 **Der Vorstand.**

Am 26. d. M. starb nach langem Krankenlager unser lieber Kollege
Leo Gerstner.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. 21485
Die Kollegen der Firma G. Benedickt.

Männerchor der Schneider Berlins.
Am 26. d. M. verschied unser Sangesbruder
Leo Gerstner.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Hedwigskirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt. 21475

Für die liebevolle Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter sagen wir unseren herzlichen Dank. 14.52
Max Gebhardt nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes 21395
Gustav Westerburg
sage ich allen, insbesondere dem Gesangverein der Schuhmacher, dem Verband der Schuhmacher, sowie dem Wahlverein des 5. Kreises meinen tiefgefühlten Dank.
Die trauernde Witwe.

Danksagung.
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme anläßlich der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter, Schwester und Tante †139
Anna Frentz geb. **Kuhns**
sagen wir hierdurch allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen unseren herzlichsten, tiefgefühltesten Dank, insbesondere den Herren Kollegen aus der Gemeindevertretung, dem Gesangverein „Frisch Auf"-Weißensee, der Vereinigung der Gastwirte Deutschlands, Ortsgruppe Weißensee, den Chauffeuren der Garage Engelhardt, unseren Mietern und dem Genossen Stadtverordneten Kotze-Berlin für seine trostreichen, treffenden Worte am Grabe unseres lieben Entschlafenen. **Familie Frenz.**

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Das vorzügliche Mai-Programm!
Auftreten nur erstklassiger Spezialitäten.

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.
Dir. Wilhelm Reimer.
Wegen Vorbereitung zum Pfingstfest: **Geschlossen.**
1. und 2. Feiertag: Große Extra-Soireen v. Hoffm. Nordd. Sängern.
Durchw. neues Kol.-Progr.
3. Feiertag: **Theaterabend.**
2. u. 3. Feiertag im großen Theatersaal: **Tanzkränzchen.**

Aeltestes **Teilzahlungs-Geschäft für Brennabor-Räder.**
Kein Laden. :: Günstigste Bedingungen.

Louis Barth, Berlin SO., Brückenstr. 10a pt.

!! Von 36 Mk. an !!
Ohne Konkurrenz. Gelegenheitskäufe, spottbillig, von besten **Tuch-Fabrik-Resten Herren-Anzug oder Paletot** nach Maß, neueste Muster, reinw. Stoffe, feinste Zut., 2 Anpr., für tadell. Sitz goldene Medaille. **Ludwig Engel,** Prenzlauerstr. 23 II, Alexanderplatz. 75/5*

Wer – Stoff – hat
fertige **Anzüge nach Maß 20 M.** Tadelloser Sitz, haltbare Futterstoffe. Bei Stofflieferung billigste Preise.
Franke, Ackerstraße 143, Ecke Invalidenstraße.
587L*

Zum Kampf im Friseurgewerbe.

In nachfolgenden Geschäften sind die Forderungen der Gehülfen bewilligt und durchgeführt. Die Gehülfen sind im Besitze einer weißen mit rotem Rande versehenen Kontrollkarte, gültig, wenn laufend gestempelt, untenstehenden Titel und die Unterschrift Paul Liere tragen. Da Nachahmungen vorkommen, achte man darauf, ob dieselben in der Vorwärts-Druckerei hergestellt sind. Der Aktionsausschuß der Partei sowohl wie die Berliner Gewerkschaftskommission haben den Boykott über diejenigen Geschäfte erklärt, welche die Forderungen der Gehülfen nicht bewilligen. Parteigenossen, macht Euch diesen Beschluß zu eigen! Achtet streng auf die Kontrollkarte! Andernfalls meidet die Geschäfte, welche die Forderungen der Gehülfen nicht anerkennen. Folgende Geschäfte haben bewilligt:

N.

Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Voran", Pankstr. 32d.
Kletz, Exerzierstr. 11.
Leonhardt, „ 21a.
Böthke, Drontheimerstr. 5.
Hohmann, Prinzen-Allee 11.
Hübner, „ 26.
Bock, Soldinerstr. 10.
Kirsch, „ 26.
Graff, „ 66.
Otte, Stettinerstr. 39.
Kolberg, Grünthalerstr. 11.
Willmann, Hochstr. 46.
Lasch, Neue Hochstr. 16.
Barczynski, Neue Hochstr. 25.
Schenk, Wiesenstr. 19a.
Heinrich, Scheringstr. 12.
Borges, Kolbergerstr. 12.
Krause, „ 30.
Führbach, Grenzstr. 6.
Engel, Gerichtstr. 19.
Freihube, „ 46.
Lange, Seddingstr. 1a.
Weil, Ruheplatzstr. 18.
Schwanebeck, Hochstädterstr. 26.
Groch, Fennstr. 48.
Flöter, „ 52.
Kappe, Gartenstr. 54.
Mohr, Hussitenstr. 45.
Lorenz, Usedomstr. 9.
Schimming, Wattstr. 18.
Ebel, Stralsunderstr. 51.
Schobert, Schröderstr. 7.
Panzke, Bernauerstr. 43.
Kunze, „ 49.
Wirth, Brunnenstr. 92.
Kellner, Ramlerstr. 16.
Dahlke, „ 33.
Lowack, Putbuserstr. 2.
Zeiske, „ 19.
Hoffmann, Putbuserstr. 46.
Beccard, „ 47a.
Borowski, Ruppinerstr. 24.
Ahl, Binetaplatz 8.
Eiter, Fürstenbergerstr. 11.
Palm, Wollinerstr. 7.
Reimann, „ 31.
Frenzel, Kremmenerstr. 14.
Lehmann, Schwedterstr. 48.
Goebe, Korsörerstr. 12.
Buchholz, Oderbergerstr. 31.
Kühl, „ 56.
Bunge, Choriner str. 28.
Berkner, Zionskirchstr. 49.
Marquardt, Kopenhagenerstr. 31.
Warney, „ 76.
Dörfert, Gaudystr. 3.
Steinhoff, Schivelbeinerstr. 45.
Scholz, Stargarderstr. 58.
Brandt, Dunckerstr. 20.
Will, Hagenauerstr. 16.
Buda, Schliemannstr. 1.
Dzinbe, „ 433.
Fleischer, „ 45.
Bringer Seelowerstr. 12.
Heinrich, Stolpischestr. 3.

NW.

Arlt, Sickingenstr. 7.
Schneider, „ 44.
Buckowicki, Waldstr. 6.
Schlickert, „ 19.
Teichert, Rostockerstr. 1.
Herbst, „ 42.
Oehlke, Wittstockerstr. 2.
Röhl, „ 8.
Knüsel, Beusselstr. 8a.
Peters, „ 80.
Reihe, Berlichingenstr. 6.
Lenpold, Wicleffstr. 21.
Freinick, Puttlitzstr. 12.
Voigt, Jagowstr. 22.
v. Zeddelmann, Wilhelmshavenerst. 65.
Schleif, Perlebergerstr. 39.
Becke, „ 42.
Markowski, Reuchlinstr. 7.

NO.

Schrolle, Landwehrstr. 3.
Zacharski, Höchstestr. 41.
Rittenbach, Strausbergerstr. 7.
Schubert, „ 35.
Lietz, Lippehnerstr. 29.
Vogel, Lietzmannstr. 35.
Schröder, Linienstr. 6.
Lorbeer, Gormannstr. 12.

Osten.

Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Voran", Boxhagenerstr. 43.
Jacubowski, „ 26.
Restel, Warschauerstr. 63.
Buchholz, Petersburgerstr. 3.
Habekost, Thaerstr. 35.
Teßmer, Tilsiterstr. 75.
Morgenstern, „ 88.
Jacob, Straßmannstr. 27.
Anders, Pintschstr. 13.
Geelhaar, „ 21.
Niedermeier, Wattenstr. 11.
Wölfling, Kochhannstr. 5.
Bärtner, Wilhelm Stolzestr. 16.
Henkel, Heidenfeldstr. 2.
Marschke, Eberstr. 4.
Neubauer, Frankfurter Allee 157.
Henke, „ 177.
Giese, Simon Dachstr. 17.
Ludwig, Romintenerstr. 28b.
Grühke, Gubenerstr. 4.
Wirtz, „ 25.
Manigk, Memelerstr. 6.
Eichberg, „ 18.
Gelbar, Fruchtstr. 43.
Bredenhagen, Friedrichsbergerstr. 15.
Reeck, Münchebergerstr. 11.
Olschewski, Grüner Weg 46.
Töpfer, Blumenstr. 46.
Herpel, Krautstr. 2.
Rudolf, Mühlenstr. 47a.

Südosten.

Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Voran", Waldemarstr. 65.
Wilke, Brangelstr. 26.
Mücke, Manteuffelstr. 5.
Fabian, „ 9.
Röhle, „ 71.
Bunzel, Oppelnerstr. 11.
Goebel, Sorauerstr. 16.
Rega, „ 22.
Golz, Cuvrystr. 8.
Kohle, Grünauerstr. 4.
Lehniger, „ 28.
Nicolei, „ 35.
Heitmann, Liegnitzerstr. 35.
Rehrke, Glogauerstr. 18.
Rothensee, Skalitzerstr. 18.
Taubert, „ 80.
Heidekamp, „ 141a.
Kuschke, Reichenbergerstr. 171.
Okupnick, Wienerstr. 58b.
Wenzel, Adalbertstr. 4.
Nickel, „ 96.
Schmidt, Naunynstr. 22.
Schwarz, „ 34.
Prenzel, Engel-Ufer 13.
Rohde, Köpenickerstr. 48.
Romelke, „ 155.
Poppel, Admiralstr. 18a.
Schreiber, Britzerstr. 14.
Stolpe, Kottbuserstr. 10a.
Pfützenreuter, Kottbuser Ufer 33.
Poppe, „ 56.

Süden und Westen.

Kathen, Gräfestr. 9.
Bollsahn, „ 33.
Skarzynski, Schönleinstr. 18.
Gummert, „ 29.
Bessel, Prinzenstr. 77.
Scharndike, Müllenhoffstr. 10.
Tichatschke, Zossenerstr. 2.
Kubnau, Fürbringerstr. 35.
Dalkowski, Kreuzbergstr. 25.
Johannowicz, Kommandantenstr. 42.
Holzleiter, Schönebergerstr. 25.
Bosse, Steinmetzstr. 28.
Feldheim, Nollendorfstr. 34.

Schöneberg.

Abelt, Hohenfriedbergstr. 1.
Hertel, „ 27.
Hankel, Akazienstr. 21.
Radike, Grunewaldstr. 45.
Batschke, Gothenstr. 40.

Charlottenburg.

Rietsch, Kantstr. 60.
Stummer, Spreestr. 5.
Laute, Rückerstr. 3.
Wartmann, Seesenheimerstr. 4.
Messerknecht, Knobelsdorffstr. 14.
Hübner, Potsdamerstr. 44.
Grunewald, Pestalozzistr. 67.
Schmidt, Osnabrückerstr. 3.
Behrendt, „ 27.
Girndt, Erasmusstr. 9.

Weißensee.

Arndt, Langhansstr. 9.
Heilig, „ 151.
Funke, Streustr. 4.
Knauf, Straßburgstr. 24.
Olschack, Lehderstr. 28.
Simon, Charlottenburgerstr. 95.

Rixdorf.

Beutel, Kottbuser Damm 91.
Vogel, Berlinerstr. 89.
Manzelmann, Lenaustr. 7.
Pawlecki, Hermannplatz 4.
Stöbe, Hobrechtstr. 6.
Max, Pannierstr. 5.
Schachler, „ 15.
Steincke, „ 53a.
Erdmann, Elbestr. 8.
Bießmann, Reuterstr. 30a.
Lenz, Weserstr. 205.
Oehmchen, Kaiser Friedrichstr. 177.
Langner, Herzbergstr. 11.
Leich, Steinmetzstr. 20.
Pukall, Zietenstr. 31.
Ciecielski, Jägerstr. 75.
Jungmann, Prinz Handjerystr. 54.
Hennig, Warthestr. 69.
Nagel, Wißmannstr. 22.
Walter, Karlsgartenstr. 20.

Rummelsburg.

Jasch, Wühlischstr. 26.
Benzel, Neue Bahnhofstr. 6.
Schneider, Gabriel Maxstr. 9.

Friedrichsberg-Lichtenberg.

Glende, Friedrich Karlstr. 16.
Puff, Wartenbergstr. 68.

Treptow.

Hecht, Eisenstr. 37.

Reinickendorf.

Tost, Provinzstr. 82.

Borsigwalde.

Straube, Ernststr. 22.

Pankow.

Fäder, Kaiser Friedrichstr. 71.

Groß-Lichterfelde.

Scheeler, Jägerstr. 14.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands

(Zweigverein Berlin und Vororte).

Bureau: Rosenthalerstraße 57. Telephon: Amt 3 Nr. 1296.

Der Vorstand.

NB. Die Mitglieder obigen Verbandes melden sich am zweiten Feiertage früh 8 bis 10 Uhr im Bureau zwecks Kontrolle darüber, ob am genannten Tage **nicht** gearbeitet wird.

Der Vorstand.

Diese Liste ist aufzubewahren. Ergänzungen folgen durch Nachtrag. 281/11

Sacco-Anzüge

Viele Tausende Exemplare neuester vornehmer Moden.

Nur eigene beste Fabrikation.

Unübertroffene Auswahl in reichhaltigsten, hochaparten Ausmusterungen bewährter Erzeugnisse. Ausgeprobt schönste Fassons

50.— 45.— 40.— 36.— 33.— 30.— 27.— 24.— 21.— 18.— **15 Mk.**

Besondere Gelegenheit!

Fantasie-Westen

Schöne aparte Dessins **2 Mk. 25** 3 Stück **6 Mk. 50**

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Mortal das einzig sicherwirkende **Spezialmittel** gegen **Flöhe,** zerstört im Fußboden nistende Brut von Grund aus, so daß nicht die geringste Spur übrig bleibt und ist ein **Radikalmittel** ohne gleichen gegen **jedes Ungeziefer der Haustiere, speziell** auch **der Hunde.** Man nehme nur **„Mortal"** mit Marke **„Tod und Teufel"** und nichts anderes! Flasche 50 u. 75 Pf., erhältlich in Drogerien und bei **Otto Reichel,** Berlin 43, **Eisenbahnstr. 4.** Lieferant für Armee und Marine. Teleph.-Anschl. IV 646, 3190 u. 4562.

Neuer Wasserturm b. Grünau.

Von dem unmittelbar angrenzenden Terrain, **nur zirka zehn Minuten vom Bahnhof entfernt,** sollen Parzellen von zirka 45 bis 80 Quadratruten zu billigen Preisen, je nach Lage, von

M. 1,45 an pro Quadratmeter

netto Bauland zu günstigsten Zahlungsbedingungen (event. Baugeld) verkauft werden. **Geordnete Verhältnisse. Ansiedelungsrecht erworben. Straßenland** bereits an die Gemeinde **abgetreten.**

Auskunft nachmittags (Sonntags 3—6, Wochentags 4—6) **nur** Straße am Falkenberg 19/20 im Restaurant. 12822*

Zigarrenhaus Bartels

Wilmersdorf, Preußischestr. 10 empfiehlt, da stets reichhaltiges Lager vorhanden, allen Genossen gute und preiswerte Zigarren und Zigaretten in ×× allen Preislagen. ××

Brennspiritus

Marke **„Herold"**

30 Pf. ca. 90 Vol.-Proz. | Original-Literflasche exkl. Glas.
33 Pf. ca. 95 Vol.-Proz.

— Ueberall erhältlich. —

Centrale für Spiritus-Verwerthung G. m. b. H., Berlin W. 8.

1905er Hühner,

fleißigste Leger; **Enten, Tauben Brutputen; Bruteier u. Küken** hochedler Rassen empfiehlt unter Garantie **F. Wegner,** Berlin, Marianenstr. 34

Lebuserstr. 13 frei 1 Laden mit Wohnung, monatl. 87,50 M. u. 1 Wohn. 42,75 M. durch **Hentschel,** III.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8. — Frankfurter Chaussee 5.

Restaurant und Festsäle.

Jeden Mittwoch: 12382*

Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.

Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × Bons haben Gültigkeit.

Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung.

Im Saale: **Großer Ball.** **Gebr. Arnhold.**

Kredit! Monatlich 10 Mark liefert elegante **Anzüge** und **Paletots nach Maß.** 3262* × Per Kasse allerbilligste Preise. × **Tomporowski,** Prinzenstr. 55, I.

Reichel's weltberühmter **Hühneraugentod** beseitigt schmerzlos u. gründlich jedes Hühnerauge, selbst veraltete, u. jedwede Hautverhärtung. Dose 75 Pf., M. 1.— frk. Erfolg garantiert. Tägl. Anerkennungen. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Raucht Kios-Zigaretten. Spezialmarke: pro Stück **2** Pf. **Kleine Kios 2.** 1151L*

Hauptniederlage der Zigarettenfabrik „Kios", Dresden. **H. & P. Uder,** Tabakgroßhandlung u. Tabakfabrik, **Engel-Ufer No. 5.** Amt 4. 3014.

Damen-Konfektion direkt aus der **Fabrik.**

Kein Laden.

Nach beendeter Engros-Saison **auch Einzelverkauf enorm billig**

Staubmäntel
Capes
Jacketts
Havelocks
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-Paletots

Robert Baumgarten,

Hausvoigtei-Platz 11, II. Etage (an der Jerusalemerstraße).

Bei Vorzeigung dieses Inserats an der Kasse werden = 5 Proz. Rabatt vergütet. =

Auch Sonntags geöffnet!

Stettin-Skandinavien

vermittelst hochelegant mit allem Komfort eingerichteter Schnelldampfer

Stettin-Kopenhagen-Christiania (via Frederikshavn) jeden Sonnabend und Mittwoch nachm. 2½ Uhr.

Stettin-Kopenhagen-Gothenburg jeden Dienstag u. Freitag nachm. 2½ Uhr.

Prospekte gratis und franko durch 124/7*

Gust. Metzler, Stettin P. **Det Forenede Dampskibs Selskab Kopenhagen.**

Pfingst-Ausflug. 13863b

Zum **Restaurant „Hungriger Wolf", Straußberg II.**

herrliche Waldpartie, am Wasser gelegen. Den werten Vereinen und Gästen Halte mich bestens empfohlen. Besitzer: **Paul Carow.**

Damen-Hüte

Billig! Nur schick, elegant, 2,90 an. Großer Ausverkauf. Alte Hüte schick aufgarn. **40** Pf. an. **Brückenstr. 8,** Putzgeschäft (an der Jannowitzbrücke).

Steppdecken billigst direkt in der Fabrik **72. Wallstr. 72.** wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmandel,** Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.

Die besten Fahrräder und Fahrradzubehörteile zu enorm billigen Preisen finden Sie wieder bei 290/8*

Ernst Machnow, Berlin N., **Arkonaplatz 1,** Filiale: **Kaiser Wilhelmstr. 18R.**

Abteilung für Motorfahrzeuge: **Wollinerstr. 11—12.**

Neue hochelegante **Fahrräder 45.–, 50.–, 52.–, 55.– M.** usw.

Für meine weltberühmten **Arkonaräder** übernehme bis **6 Jahre Garantie. Luftschläuche 1.50, 2.–, 2.50, 3.50 M. Laufmäntel 2.50, 3.20, 4.50 M. — Nähmaschinen 28.–, 36.–, 42.– M. — Neue Allright Motorzweiräder 400 M. u. — Katalog gratis und franko.**

Kurz und gut! Für die Hälfte

des Katalogpreises selbst bei Einzelbezug liefern wir Ihnen Alles, dadurch kosten Fahrräder ℳ 50, 62, Freilauf ℳ 3 mehr. Multiplexräder 6 Jahr schriftliche Garantie. Laufdecken 3.90, 4.25, 4.75 schriftliche Garantie. Sattel 1.60, Fußpumpe 80 ₰, Konusse, Achsen etc. zu jedem System, staunend billig. **Prachtkatalog gratis und portofrei.** Vertreter auch für nur gelegentlichen Verkauf gesucht. Nebenverdienst. **Multiplex-Fahrrad-Industrie Berlin** 175, **Gitschinerstr. 15.**

Hebamme

Frau **Bartels, Wilmersdorf Preußischestr. 10,** empfiehlt sich in vorkommenden Fällen. 21535*

Weidenweg 12. Kleine Wohn. frei, b. Trölsch. II. *

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Das Ende des Streiks im mitteldeutschen Braunkohlen-Bergbau.

Zeitz, 28. Mai 1906. (Eig. Ber.)

Die Massenversammlungen am Sonnabend hatten sich mit den vorliegenden Resultaten der Kommissionen und deren Verhandlungen mit den einzelnen Werksverwaltungen zu befassen. Zugeständnisse, wie Einführung der Neunstundenschicht, Erhöhung der Schicht- und vereinzelt der Gedingelöhne, Abschaffung der getrennten Gedinge sowie bessere Bewetterung, Beschaffung guten Trinkwassers, Badeanstalten, sanitäre und sonstige Verbesserungen, auch humane Behandlung war zugesichert worden. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks sollten nicht stattfinden. Abgelehnt waren hingegen die Forderungen auf Abschaffung der Frauenarbeit, Festsetzung von Mindestlöhnen, Anerkennung der Organisation. Die Werksvertreter hatten zwar den Kommissionen die oben angegebenen Zugeständnisse gemacht, sich aber nicht dazu herbeigelassen, die Zugeständnisse wie gewünscht gleichmäßig auf allen Werken festzulegen. Unter diesen Umständen hatten die Referenten in den Versammlungen zunächst teilweise einen schweren Stand; die Resolution, welche die Aufnahme der Arbeit empfahl, wurde schließlich doch überall von den Streikenden mit großer Majorität angenommen und damit war das Schicksal des Streikes entschieden. Einen großen Erfolg brachte der Streik: Die Erringung des Neunstundentages für die in der Kohlenförderung beschäftigten eigentlichen Bergleute! Dieser Erfolg war allein des Kampfes wert. Weil durch die Einführung der neunstündigen Schicht notwendig mit der Zweiteilung derselben, der Mittagspause gebrochen werden muß — soll anders die Verkürzung der Schicht überhaupt einen Sinn haben — so ist mit dem bisher geübten System im Braunkohlenbergbau gebrochen, der Weg zu einer Dreiteilung des vierundzwanzigstündigen Arbeitstages geebnet und damit die wichtigste Etappe auf dem für den Braunkohlengräber zur Lebensfrage gewordenen Achtstundentag zurückgelegt!

Mehrere Werke des Meuselwitzer Reviers, so die Gruben „Fürst Bismarck“, „Pochlitzer Werke“, „Vorwärts“ hatten zunächst die Verkürzung der Schicht nicht zugestanden, auf Grund dieses Umstandes war bereits erwogen worden, die Sperre über diese Werke zu verhängen. Im letzten Augenblick, am Montagvormittag erst, bewilligte die Direktion des „Fürst Bismarck“ die Forderungen der Streikenden. Die Ausständigen der anderen beiden Gruben hatten inzwischen die Abkehr genommen und so waren weitere Maßnahmen gegenstandslos geworden. Für die im Leipziger Becken gelegenen Gruben bei Markranstädt und Borna wurde der Streik ebenfalls beendet. Es kamen hier zirka 300 Mann in Betracht, für die allerdings Erfolge nicht erzielt worden sind. Auch für die „christliche“ Grube Naumburg, deren Verwaltung und Belegschaft von jeher in der allgemeinen Bewegung eine Sonderstellung eingenommen hat, ist soviel wie nichts herausgesprungen. Im Gegenteil, von der Grube sind zirka 80 Mann ausständig. Alle 80 Mann hat man auf ihre Meldung hin, die Arbeit aufnehmen zu wollen, fortgeschickt mit dem Bemerken, in 3—4 Wochen wiederzukommen! Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß während des neunwöchentlichen Kampfes auch nicht eine einzige Krankmeldung der 5000 Streikenden erfolgt ist! Ein Beweis dafür, daß der Streik auf den Organismus der Bergleute wie der Aufenthalt in einem Sanatorium gewirkt hat. Der Gesundheitszustand aller ist ein vorzüglicher.

Auf Grube Paul der Riebeckschen Montanwerke wollte man das zur Belegschaft der Grube gehörige Mitglied der Siebenerkommission maßregeln. Die Gesamtbelegschaft verweigerte daraufhin die Anfahrt und blieb wie ein Mann so lange sitzen, bis von der Generaldirektion aus Halle die Weisung kam, der Mann solle seine Arbeit behalten. Diesen Erfolg haben die Leute ihrem schönen Solidaritätsgefühl zu verdanken! Schon dies eine Beispiel zeigt aber, was es mit der Versicherung der Unternehmer, Maßregelungen nicht eintreten zu lassen, auf sich hat. Auch auf anderen Werken sind einzelne Leute nicht wieder eingestellt worden, resp. wurden sie nicht wieder an ihren alten Platz gestellt. So spielt man mit dem Feuer, nachdem man sich die Finger erst gründlichst verbrannt hat.

Der Streik konnte nicht zu Ende gehen, ohne daß die altenburgische Staatsregierung durch die von ihr beliebte und fleißig geübte Ausweisungspraxis noch einmal von sich reden gemacht hatte. Und zwar betrifft die Ausweisung diesmal einen jungen 24jährigen Dänen, in Kopenhagen geboren. Der Mann ist intelligent über seinen Stand, unbescholten, nach jeder Richtung hin anständig, einwandfrei. Ein hohes Ministerium des Altenburger Ländles erachtete trotzdem seine Ausweisung für unumgänglich notwendig — im Interesse der Staatssicherheit — weil der ††† Böse es gewagt hatte, die Arbeit niederzulegen. Ja, nicht nur das, er hatte sich sogar erfrecht, im Streikbureau die Listen zu führen. Deshalb mußte er am Sonnabend nachmittag, just zur selben Zeit, als die Beendigung des Streiks proklamiert wurde, den gastlichen Gefilden des Landes allwo ein Kunz von Kauffungen gezwickt, gerädert und gevierteilt wurde, Valet sagen.

Ergebnisse der diesjährigen Gemeindewahlen.

Seitdem sich die Sozialdemokratie an den Kommunalwahlen beteiligt, ist, um deutsch zu reden, allenthalben Leben in die Bude gekommen. Wo immer der Sozialismus seinen Einzug hält, und sei es selbst in die muffigen Stätten unserer Dreiklassenparlamente, da beginnen die zu pflegenden Beratungen besondere Gestalt anzunehmen. Das Bestreben der Besitzenden, die Kommunen in ihrem Interesse auszubeuten, eine Politik des Geldsacks zu pflegen, begegnet mit einem Male dem heftigsten Widerspruch der Vertreter der Nichtbesitzenden. Die Arbeiterklasse hat mit der Zeit einsehen gelernt, daß in der Kommune ein großes Stück Arbeit, ja, man kann sagen das größte Stück sozialistischer Kulturarbeit zu verrichten ist. Von diesem Gedanken durchdrungen, betätigt sich die Arbeiterklasse denn auch immer mehr auf kommunalpolitischem Gebiete, setzt sie alles ein, um das Wenige, was ihr das elende Dreiklassenwahlrecht bietet, auch voll und ganz auszunützen. Und die Erfolge, die sie hierbei erringt, sind wahrlich nicht gering anzuschlagen, wenn wir uns vergegenwärtigen, unter welch erschwerenden Verhältnissen sie errungen werden müssen.

So wissen die Parteigenossen namentlich von der recht ungünstig festgesetzten Wahlzeit ein Lied zu singen. Es liegt ein gewisses System darin, die Wahlhandlung möglichst in die Vormittagsstunden und frühen Nachmittagsstunden zu verlegen. Das bedeutet aber für die Wähler der dritten Klasse, die meist vom Wohnort entfernt beschäftigt sind, einen erheblichen Arbeitsverlust. So war die Wahlzeit, um nur einige Orte als Beispiel herauszugreifen, in Vorsigwalde-Wittenau von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr festgesetzt, in Nieder-Schöneweide von vormittags 10½ Uhr bis nachmittags 1 Uhr, in Johannisthal von 12 bis 2 Uhr nachmittags, in Franz. Buchholz nachmittags von 2 bis 4 Uhr, in Hohen-Schönhausen nachmittags von 12 bis 2½ Uhr, in Erkner von vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr, in Neuenhagen a. Ostbahn nachmittags von 1 bis 4 Uhr. Nur in wenigen Orten hat man die Wahlzeit in die späten Nachmittagsstunden bis abends 8 Uhr verlegt. Trotzdem aber haben die Genossen durch ihren unerschütterlichen Idealismus diese Hemmnisse überwunden. Man hat sie als das aufgefaßt, was sie in der Regel sind — als amtliche Schikanen — und als solche sind sie durch die oft überraschende Stimmenzunahme unserer Partei beantwortet worden. Nachstehend bringen wir, so weit es uns möglich ist, eine kurze Uebersicht über das rasche Wachsen unserer Partei in den verschiedenen Orten.

Diese Zusammenstellung kann, da uns die Gesamtergebnisse nicht in der gewünschten Weise zur Verfügung standen, keineswegs Anspruch auf Vollkommenheit erheben; wir veröffentlichen sie, um eine Grundlage zu schaffen, auf welcher spätere Wahlergebnisse vervollständigt werden können.

	Die Gemeinde zählte sozialdemokr. Vertreter			Es wurden sozialdemokr. Stimmen abgegeben			Stimmenzunahme gegenüber der vorletzten Wahl
	1902	1904	jetzt	1902	1904	jetzt	
Adlershof	2	4	4	422	453	621	168
Britz	4	4	4	210	211	258	47
Boxhagen-Rummelsburg	2	4	7	—	21	919	198
Bergfelde	—	—	2	—	—	13	—
Caputh	—	—	2	—	—	?	—
Erkner	—	3	3	—	80	119	39
Friedrichshagen*)	4	3	5	320	—	674	135
Friedenau	—	—	—	—	275	476	201
Gr.-Lichterfelde	—	—	—	—	439	654	215
Gr.- und Kl.-Besten	—	—	2	—	—	39	—
Hermsdorf	—	—	1	—	29	133	104
Hohen-Schönhausen	—	—	—	—	—	55	?
Johannisthal	2	3	3	183	152	196	44
Krausnick	—	—	3	—	—	—	—
Ketschendorf	—	—	1	42	?	84	?
Kl.-Schönebeck-Fichtenau	1	1	1	30	42	76	32
Lankwitz	—	—	—	—	93	159	66
Mariendorf	—	—	1	147	—	353	—
Markgrafpieske	—	—	5	—	—	—	—
Mühlenbeck	—	—	2	?	?	?	—
Mahlsdorf	—	—	2	—	40	61	21
Neuendorf	—	—	—	110	?	235	?
Rowawes	—	5	6	458	729	923	194
Nieder-Schöneweide	—	—	—	58	?	94	?
Nieder-Schönhausen	—	—	—	—	98	343	245
Pankow	2	3	5	721	742	1023	281
Reinickendorf	3	4	5	?	?	343	?
Rummelsburg	2	6	7	176	725	919	194
Schmargendorf	—	—	—	74	112	155	33
Steglitz	2	1	1	776	780	926	146
Schönwalde	—	—	2	?	?	?	—
Tegel	—	—	1	299	?	566	?
Treptow-Baumschulenweg	—	2	3	265	322	512	190
Waidmannslust	—	—	1	158	165	210	45
Weißensee	6	6	7	—	400	636	236
Wilmersdorf	1	3	—	733	636	901	265
Wittenau-Vorsigwalde	—	3	4	—	165	210	45
Wilhelmsruh-Rosenthal	—	—	2	—	92	195	103
Zühlsdorf	—	1	2	?	?	?	?
Zehlendorf	—	—	—	176	—	299	?

*) In Friedrichshagen bezieht sich die Zunahme nur auf den zweiten Wahlbezirk, da im ersten vor zwei Jahren nicht gewählt wurde.

Aus vorstehender Aufstellung ist ersichtlich, daß sich nicht nur die Zahl unserer Stimmen, sondern auch die Zahl unserer Gemeindevertreter erheblich vermehrt hat. Vor zwei Jahren betrug die Zahl der Vertreter in den angeführten Orten 58, nach der letzten Wahl 94. Verschiedene Orte sind angeführt, die sich dieses Jahr das erste Mal an der Wahl beteiligt haben, z. B. Bergfelde, Caputh, Groß- und Klein-Besten, Markgrafpieske und Schönwalde. In diesen kleinen Orten sind, wie aus der Tabelle ersichtlich, erfreuliche Resultate erzielt worden. Die Gegner sind von dem ersten Ansturm unserer Genossen mitunter geradezu überrascht worden. In verschiedenen Orten hat diesmal keine Wahl stattgefunden, so z. B. in Lichtenberg, wo unsere Partei mit sieben Genossen vertreten ist (ein Vertreter ist uns vor kurzer Zeit durch den Tod entrissen worden). Verschiedentlich haben unsere Genossen auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichten müssen, weil ihnen kein Hausbesitzer zur Verfügung stand.

Wir müssen uns leider versagen, den Gesamtstimmenzuwachs der diesjährigen gegenüber der vor zwei Jahren stattgefundenen Wahl festzustellen, da es uns trotz aller Mühe nicht gelungen ist, von den Genossen die erwünschte Auskunft zu erlangen. Es stehen sich auf der Tabelle nur 23 Orte gegenüber, die einen Vergleich zulassen. Dieselben vereinigten bei der vor zwei Jahren stattgefundenen Wahl 4664 und bei der diesjährigen Wahl 7501 Stimmen; das ist eine Stimmenzunahme von 62 Prozent.

Es kann dieser günstige Stimmenzuwachs sicher als Maßstab des Gesamtfortschrittes betrachtet werden.

Nicht uninteressant dürfte es sein, einmal zu zeigen, welchen Einfluß das elende Dreiklassenwahlrecht den Besitzenden gegenüber den Nichtbesitzenden gewährt. Wir haben nur einige Orte herausgegriffen, die durch die ungerechte Verteilung der Wähler in den einzelnen Klassen das Wahlrecht geradezu als Hohn auf die Arbeiterklasse erscheinen lassen. Die Zahl der Wähler gestaltet sich in den einzelnen Klassen wie folgt:

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse
Adlershof	14	133	1636
Britz	10	97	1557
Boxhagen-Rummelsburg	4	270	4500
Friedrichshagen	87	577	2245
Groß-Lichterfelde	190	400	3125
Lankwitz	12	99	1015
Mariendorf	13	97	1527
Nieder-Schönhausen	19	72	1751
Ober-Schöneweide	2	200	2700
Pankow	76	811	4472
Steglitz	89	680	5043
Treptow-Baumschulenweg	8	84	1738
Weißensee	150	980	3706
Wilmersdorf	307	1710	7897
Wittenau-Borsigwalde	9	35	817

Unter diesen Umständen ist es fast ausgeschlossen, daß unsere Genossen einmal die Mehrheit in den Gemeindeparlamenten erlangen. Nichtsdestoweniger setzen die Gegner oft alle Hebel in Bewegung, um die Wahl unserer Genossen selbst in der dritten Klasse zu verhindern. Ist die Sozialdemokratie erst vertreten, so hat die elende Vetternwirtschaft ein Ende, dann muß mit offenen Karten gespielt werden. Und gerade darin liegt die ungeheure Stärke selbst einer geringen Zahl sozialistischer Vertreter, daß ihre Politik das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen braucht. Unsere Forderungen werden oft mit so wuchtigen Gründen belegt, daß sich ihnen auf die Dauer selbst eine reaktionäre Mehrheit nicht widersetzen kann. Das rastlose Eintreten unserer Genossen für die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie ist es denn auch, das die Zahl unserer Anhänger ständig vermehrt. Immer gewaltiger wird die Kämpferschar, immer energischer der Wille, dem Klassenregiment ein Ende zu machen. In diesem Streben gibts kein Nachlassen, sondern nur ein ständiges Vorwärts. Mit der Erstarkung unserer Stimmenzahl wird das Dreiklassenwahlrecht immer mehr zur Burleske. Der Vernichtung des elenden Wahlrechts muß neben dem weiteren Vordringen der Sozialdemokratie in den Gemeinden unsere ganze Kraft und Energie gewidmet sein. Arbeiten unsere Genossen in diesem Sinne weiter, so werden wir nach den nächsten Gemeindewahlen auf weitere statistische Erfolge zurückblicken können.

Die Berliner Gewerkschaften im Jahre 1905.

Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission für 1905 ist erschienen. Er zeigt ein Bild rühriger Tätigkeit der Berliner Gewerkschaftskommission um Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter auf den verschiedensten Gebieten. Der Bericht weist vor allem die erfreuliche Tatsache auf, daß sich der Aufmarsch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stetig weiter vollzieht. Für das Jahr 1905 ist dieser Aufmarsch um so bedeutungsvoller, als das abgelaufene Jahr für die Berliner Gewerkschaften ein sehr schweres gewesen ist. Es stand unter dem Zeichen der Aussperrungen. Trotzdem ist die Mitgliederzunahme eine bedeutende. Die Zahl der Organisierten ist um 50 083 gestiegen. Während am 31. Dezember 1904 die der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften 174 194 Mitglieder zählten, schließt das Jahr 1905 mit 224 277 Mitglieder ab. Damit haben die der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen fast ¼ Million Mitglieder erreicht. Wir dürften kaum fehlgehen, wenn wir sagen, daß beim Niederschreiben dieser Zeilen die Viertelmillion erreicht ist.

Der Gewerkschaftskommission im Laufe des Jahres neu angeschlossen haben sich: der „Verein Berliner Hausdiener“ und die „Zuschneider-Vereinigung“ mit insgesamt 7170 Mitgliedern. Die eigentliche Zunahme der Organisationen an Mitgliedern würde demnach nur 42 913 betragen. Indessen auch das ist unter den gegebenen Verhältnissen ein erfreuliches Zeichen, ein Zeichen, daß die Erkenntnis der Klassenlage in immer weitere Kreise der Berliner Arbeiter eindringt.

Von den 63 der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen sind vier Lokalorganisationen, und zwar: die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter, „Verein Berliner Droschkenkutscher“, „Verein Berliner Hausdiener“ und die „Zuschneidervereinigung“. Es kann erwartet werden, daß auch diese vier Organisationen den Schritt der Vereinigung mit den Zentralorganisationen demnächst vollziehen werden. Die Unternehmergelüste beweisen demjenigen, der „sehen“ will, zur Evidenz, daß eine geschlossene „Phalanx“ der Arbeiter eine absolute Notwendigkeit geworden ist. Dem sich entgegensetzen, hieße nur die Arbeitersache schädigen.

Besonderes Interesse bieten die Stärkeverhältnisse der Organisationen. Vier Organisationen weisen eine Mitgliederzahl über 10000 auf, an erster Stelle stehen die Metallarbeiter mit 57473, denen die Holzarbeiter mit 22060, die Handels- und Transportarbeiter mit 17181 und die Maurer mit 15 466 Mitglieder folgen. Dem reihen sich an fünfter Stelle die Buchdrucker mit 8689, an sechster Stelle die Bauhülfsarbeiter mit 7405 an, ihnen folgen der Verein Berliner Hausdiener mit 7000, die Buchbinder mit 5471, die städt. Arbeiter mit 5455, die Maler mit 5073 und an elfter Stelle die Schneider mit 5000 Mitglieder. Demnach haben sieben Organisationen mehr als 5000 Mitglieder. Es folgen die Zimmerer mit 4413, die Wäschearbeiter und Arbeiterinnen mit 4000, die Fabrik- und Hülfsarbeiter mit 3612, die Schmiede mit 3330, die Zementierer mit 3114, die Buchdruckerei-Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen mit 2753, die Droschkenkutscher mit 2619, die Töpfer mit 2440, die Brauerei-Hülfsarbeiter mit 2340, die Sattler mit 2067, die Schuhmacher mit 1944, die Bäcker mit 1829, die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter mit 1728, die Maschinisten mit 1700, die Handlungsgehülfen mit 1524, die Tapezierer mit 1521, die Steindrucker und Lithographen mit 1360, die Bildhauer mit 1275, die Tabakarbeiter mit 1271, die Stukkateure mit 1257, die Textilarbeiter mit 1230 und die Straßenbahner mit 1137 Mitgliedern. Demnach zählen 22 Organisationen mehr als 1000 Mitglieder.

In fünfzehn Organisationen schwankt die Mitgliederzahl zwischen 500 und 1000, in 23 Organisationen zwischen 100 bis 500 und vier Organisationen zählen unter 100 Mitglieder, darunter die Seiler mit 14 und die Lagerhalter mit 56. Die Seiler, obwohl dem Textilarbeiterverband angeschlossen, haben trotzdem eine eigene Verwaltung.

Kämpfe der Berliner Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1905.

Streiks und Aussperrungen.

An 219 Angriffsstreiks waren 28 Berufe mit 30938 organisierten Personen, darunter 5853 weiblichen beteiligt. Hinzu kommen noch 3020 unorganisierte Personen, so daß die Gesamtzahl der Beteiligten 33 958 beträgt. Von den 219 Streiks entfallen auf den Holzarbeiterverband 65 mit 2475 Beteiligten, darunter 191 unorganisierte; auf den Handels- Hülfsarbeiterverband 56 mit 6142 Personen, darunter 1002 unorganisierte, auf den Deutschen Metallarbeiterverband 18 mit 5257 Arbeitern und Arbeiterinnen, auf die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter 17 mit 82 Arbeitern.

Die höchste durchschnittliche Dauer des Streiks hatten die Weißgerber und Lederarbeiter mit 72 Tagen, die niedrigste Durchschnittsdauer die Stukkateure mit 1 Tag aufzuweisen. — Die Forderungen waren: in 4 Fällen Verkürzung der Arbeitszeit; in 77 Fällen Lohnerhöhung; in 66 Fällen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung; in 55 Fällen Einführung eines Tarifes; in 17 Fällen handelte es sich um die Entfernung mißliebiger Personen, Erfüllung der Tarifvereinbarungen, Durchführung arbeiterschutzgesetzlicher Bestimmungen und sonstige Forderungen der Gewerkschaften. — Von den 219 Angriffsstreiks endeten 167 mit einem vollen; 25 mit einem teilweisen Erfolg für die Arbeiter; in weiteren 25 Fällen endete der Kampf für die Arbeiter erfolglos, während in einem Falle der Kampf am Jahresschluß noch nicht beendet war.

Die Kosten der Unterstützung für die Angriffsstreiks inkl. der Unorganisierten betragen 1 290 702,42 M. —

Aussperrungen hatten 31 Berufe in 159 Fällen mit 17 323, darunter 437 weiblichen Personen zu bestehen; dazu kommen noch 328 unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, so daß insgesamt 17 651 Personen davon betroffen wurden.

Davon entfallen: auf den Holzarbeiterverband 45 Fälle mit 797 organisierten und 95 unorganisierten, insgesamt mit 892 Arbeitern und Arbeiterinnen, auf den Metallarbeiterverband 22 Fälle mit 14 142 organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, auf den Schuhmacherverband 10 Fälle mit 295 Arbeitern und Arbeiterinnen (darunter 46 unorganisierte), auf die Stukkateure 10 Fälle mit 228 organisierten, auf die Maler und Lackierer 3 Fälle mit 319 Arbeitern und Arbeiterinnen (darunter 51 unorganisierte), auf die Fabrik- und Hülfsarbeiter 3 Fälle mit 260, auf die Bildhauer 7 Fälle mit 15, auf die Glaser 8 Fälle mit 151, auf die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter 6 Fälle mit 46, auf die Handelshülfsarbeiter 5 Fälle mit 139, auf die Lithographen und Steindrucker 4 Fälle mit 65 (darunter 2 unorganisierte), auf die Zementierer 4 Fälle mit 115, auf die Sattler 4 Fälle mit 45, auf die Steinarbeiter 3 Fälle mit 39, auf die Bauarbeiter 2 Fälle mit 87, auf die Kürschner 2 Fälle mit 18, auf die Schmiede 2 Fälle mit 110, auf die Töpfer 2 Fälle mit 34 Personen. Ihnen folgen die Tabakarbeiter mit 218 (darunter 104 unorganisierte), die „Berliner Hausdiener“ mit 72, die Ziseleure mit 32, die Stereotypeure mit 24, die Buchdruckereihülfsarbeiter mit 30, die Kupferschmiede mit 27, die Handlungsgehülfen mit 21, die Hutmacher mit 13, die Formstecher mit 12, die Porzellanarbeiter mit 9, die Lohgerber mit 7 und die Konditoren mit 4 Personen in je 1 Fall. Die höchste Durchschnittsdauer der Aussperrung hatten die Ziseleure mit 182 und die niedrigste die Töpfer mit 1 Tage zu verzeichnen. — Der Zweck der Aussperrung war in 46 Fällen Maßregelung, in 59 Fällen Lohnreduktionen, in 4 Fällen Verlängerung der Arbeitszeit, in 31 Fällen Bruch der Tarifvereinbarungen, in 5 Fällen Einführung einer Arbeitsordnung.

in 4 Fällen schlechte Behandlung der Arbeiter, in 10 Fällen führten sonstige Ursachen zur Aussperrung.

In 105 Fällen wurde die Aussperrung mit einem vollen, in 21 Fällen mit einem teilweisen Erfolg für die Arbeiter beendet. Nur in 29 Fällen konnten die Arbeiter keinen Erfolg erringen, sondern mußten bedingungslos in die „Fron" zurückkehren. In vier Fällen war der Kampf am Jahresschluß noch nicht beendet.

Die Kosten der Unterstützung an die Ausgesperrten betrugen 614 168,11 M.

Demnach waren die Berliner Gewerkschaften insgesamt mit 39 Berufen an 378 Kämpfen mit 51 000 Personen um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beteiligt. Von diesen Kämpfen wurden 230 mit einem vollen, 46 mit einem teilweisen Erfolg beendet. 54 Kämpfe wurden verloren und fünf waren am Jahresschluß noch nicht beendet. Die Kämpfe kosteten den Gewerkschaften 1 910 551,86 M., also fast zwei Millionen Mark. Die während dieser Kämpfe verlorenen Arbeitsverdienste werden — nach den durchschnittlichen Löhnen der einzelnen Berufe berechnet — auf 4 953 755,10 M. angegeben. — Die bedeutsamsten Kämpfe fanden in der Metall- und in der Wäscheindustrie statt.

Von hervorragendem Interesse dürften die finanziellen Leistungen der Organisationen sein. Sämtliche der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften haben im Jahre 1905 mit einer Einnahme von 6 548 788,65 M. abgeschlossen (d. i. rund gerechnet 2 Millionen Mark mehr wie im Vorjahre); die Ausgaben haben 5 998 079,78 Mark betragen. Der Kassenbestand in allen Gewerkschaften zusammen betrug am 1. Januar 1906 1 839 256,16 Mark. Die bedeutendsten Positionen der Ausgaben seien hier hervorgehoben: Für Streiks wurden 1 918 619,05 M., für Arbeitslosenunterstützung 639 130,88 Mark, für Krankenunterstützung 479 739,33 Mark, für Maßregelungsunterstützung 123 960,70 Mark, für Sterbegeld 63 743,20 Mark, für Reiseunterstützung 42 754,88 Mark, für Rechtsschutz 93 410,94 Mark ausgegeben und an Invalidenunterstützung zahlten 10 Gewerkschaften 42 301,50 Mark.

Hoffen wir, daß das Wachstum der Gewerkschaften im Jahre 1906 dasjenige im Jahre 1905 womöglich noch überbietet. Der zweite Teil des Berichts über die Tätigkeit des Arbeitersekretariats gibt einen interessanten Einblick in die Praxis der Rechtsprechung der Arbeiterversicherung — Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung.

Alles in allem bietet der Bericht neben dem hohen Interesse für den Sozialpolitiker ein Bild reicher Arbeitstätigkeit der Gewerkschaften, die mit Stolz auf ihr Werk blicken können.

4. Generalversammlung des Verbandes städtischer Arbeiter.

Mainz, 28. Mai.

Zweiter Tag.

Der Bericht des Vorstandes liegt gedruckt vor. Er umfaßt die Jahre 1903, 1904 und 1905. Im Jahre 1896 bildete sich der Verband aus einem Lokalverein der Berliner Gasarbeiter, ein Häuflein von 400 Mann. Zu Beginn der Berichtsperiode war der Verband auf 26 Zahlstellen mit 7000 Mitgliedern angewachsen. In den letzten drei Jahren hat die Mitgliederzahl sich mehr als verdreifacht, sie beträgt jetzt über 22 000 in 58 Zahlstellen. Die Fluktuation im Verbande ist groß, von insgesamt 42 000 Aufgenommenen gingen zirka 20 000 wieder ab und soll hier durch den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen einigermaßen ein Riegel vorgeschoben werden. Das Verbandsorgan, die „Gewerkschaft", erscheint wöchentlich in 27 000 Exemplaren. Die Ausbreitung des Verbandes führte Anfang 1903 zur Angliederung des Verbandes der städtischen Arbeiter Württembergs, am 1. Juli 1904 schloß sich der Zentralverband des Massage-, Bade- und Krankenpflegepersonals an. Nach und nach schlossen sich auch die Arbeiter der privaten Gaswerke an. Die Ausdehnung des Verbandes machte die Anstellung von Orts- bezw. Bezirksbeamten zur unabweisbaren Notwendigkeit. Innerhalb der Berichtszeit wurden Beamte angestellt in Berlin, Stuttgart, Hamburg, Leipzig, Breslau, Köln, München, Dresden, Mannheim. Ein rapides Anwachsen des Mitgliederstandes war jeweils die unmittelbare Folge. Heute hat der Verband insgesamt 12 Bureaus mit 22 Beamten. Der Vorstand weist darauf hin, daß der Verband unter Maßregelungen sehr zu leiden hat, und daß neben diesen und der Notwendigkeit, auch für Streikmittel zu sorgen, die Aufgaben des Verbandes derart gewachsen sind, daß eine wesentliche Steigerung der Beiträge sich nicht länger verschieben läßt, da für allgemeine Agitation mehr geleistet werden muß und der Ausbau des Unterstützungswesens beabsichtigt ist. Im weiteren wird die Umsatielung des früheren Verbandsvorsitzenden Poersch in einer für diesen recht schonenden Form dargestellt. — In den drei Berichtsjahren hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 419 000 Mark, der eine Ausgabe von 345 000 M. gegenübersteht. Das Verbandsvermögen beträgt zurzeit rund 100 000 M. Zur Frage der Grenzstreitigkeiten mit anderen Organisationen, wovon die städtischen Arbeiter ja besonders betroffen werden, gibt der Vorstand längere Darlegungen. Er betont lebhaft den Wunsch, Differenzen zu vermeiden, hält aber fest an der Auffassung, daß das eigenartige Anstellungsverhältnis der kommunalen Arbeiter auch eine entsprechende Taktik erfordere, und dies sei nur in einer Organisation möglich, die als Betriebsorganisation die kommunalen Arbeiter umfasse. Nur einer solchen werde es möglich sein, Ersprießliches für die Arbeiter zu leisten. Im Streikkapitel finden wir den Berliner und den Pforzheimer Gasarbeiterstreik. Maßregelungen sind besonders in Breslau, Halberstadt und Leipzig zu verzeichnen.

Trotz alledem geht es stramm vorwärts und der Verband ist heute schon eine Macht geworden, mit der die Stadtverwaltungen zu rechnen haben.

Stellvertretender Verbandsvorsitzender Mohs erläutert den Bericht. Inzwischen lief ein Telegramm aus Leipzig ein, wonach die Bemühungen des Vorstandes von Erfolg waren und die dortigen Delegierten doch Urlaub erhielten zur Teilnahme am Verbandstag. — Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften ist Legien-Berlin eingetroffen.

Den Kassenbericht rekapituliert Verbandskassierer Aßmann. Er hebt als besonders beachtenswert hervor die folgende Steigerung:

	Mitglieder	Einnahme	Ausgabe	Ueberschuß
1903:	10,303	90,982	82,780	8,202
1904:	18,726	123,553	104,813	18,740
1905:	20,818	204,370	157,444	46,925

Pro Kopf der zahlenden Mitglieder ergab sich eine Gesamteinnahme von 1903 6,56, 1904 7,78, 1905 8,25 M. Die Ausgaben spezialisieren sich im wesentlichen auf eine Ausgabe pro Kopf von:

	1903	1904	1905	zusammen
Sterbeunterstützung .	12,3 Pf.	28,6 Pf.	32,1 Pf.	76,0 Pf.
Streikunterstützung . .	17,2 „	1,5 „	38,8 „	75,5 „
Maßregelung . . .	12,4 „	26,0 „	21,6 „	60,0 „
Agitation	102,0 „	184,2 „	176,3 „	462,9 „
„Gewerkschaft" . . .	30,4 „	158,0 „	175,5 „	363,9 „
persönliche Verwaltung	84,0 „	80,8 „	62,3 „	227,1 „
sächliche „	30,3 „	53,7 „	22,0 „	156,0 „

Heiterkeit erregt die Mitteilung, daß der Kassenbestand in drei Jahren pro Kopf um 1 Pf. gestiegen ist.

Den Bericht vom Gewerkschaftsorgan erstattet dessen Redakteur Bürger. Die Aufgaben des Blattes sind derart gewachsen, daß der zur Verfügung stehende Raum nicht mehr entfernt ausreicht, um den bescheidensten Ansprüchen zu genügen. Der mindeste Umfang müsse pro Woche nicht 8, sondern 16 Seiten betragen.

Für den Ausschuß berichtet Schönberg-Hamburg. Hauptsächlich die Differenz zwischen der Generalkommission und dem Verbandsvorstand erörtert er, die entsprang aus der Denkschrift des Verbandsvorstandes an den Magistrat von Berlin, worin er den Streik als ein „gewaltsames Mittel" bezeichnet. Der Verbandsausschuß sah sich veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen; die Auffassung des Vorstandes mußte selbstverständlich im Sinne der Generalkommission korrigiert werden. Die sonstigen Fälle waren kleiner und interner Natur. —

In der Nachmittagssitzung wurde der Bericht des Vorstandes besprochen. In der Debatte legte u. a. Legien-Berlin dar, wie sich der Briefwechsel zwischen der Generalkommission und dem Verbandsausschuß abspielte. Er stimmt der Art und Weise zu, wie der Ausschuß dafür sorgte, daß nicht der Verband durch seltsame Erklärungen seines Vorstandes auf dem geraden Wege strauchelte. — Eine Reihe von Rednern bespricht die Verhältnisse in ihren Städten und beschäftigt sich mit den Differenzen und dergleichen, die im Laufe der Berichtszeit sich zwischen dem Vorstand und den einzelnen Zahlstellen abspielten. Sehr stark sind die Klagen über rigoroses Vorgehen der Stadtverwaltungen, von denen einzelne vor den brutalsten Gewalttaten nicht zurückscheuen, um die Organisation zu unterdrücken. Besonders Breslau zeichnet sich hierin aus. In letzterer Stadt, ebenso in Leipzig, tut die Polizei in Schikanen der Arbeiter noch ein übriges. Einen ziemlich breiten Raum nehmen auch die Beschwerden über „gelbe" Lokalvereine ein, sogenannte „Zuckerwasserklubs", ebenso werden die Grenzstreitigkeiten mit anderen Gewerkschaften geschildert. Mehrfach taucht auch der Wunsch nach Lokalbeamten auf. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Gerichts-Zeitung.

Klagbares Recht auf „ehrliches Begräbnis"?

Weil der am 2. Januar 1904 verstorbene Bergmann Fr. Sesko in Neumühl sich vor der großen Reise in die Ewigkeit nicht mit geistlicher Wegzehrung versehen hatte, auch sonst bei Lebzeiten kein Freund der Schwarzen gewesen war, so rächten sich diese nun am Grabe Seskos dadurch, daß der zuständige Geistliche der katholischen Kirchengemeinde in Hamborn dem Verstorbenen das sogenannte „ehrliche Begräbnis" verweigerte, das heißt: der Tote wurde nicht in der Reihe begraben, sondern hinter der Hecke des Friedhofes, auf dem sogenannten „Schindanger"! Die Mutter und der Bruder des Verstorbenen strengten darauf Klage gegen die katholische Kirchengemeinde in Hamborn an. Vor der Zivilkammer 2 des Landgerichts Duisburg verkroch sich dann der Verkünder christlicher Nächstenliebe hinter allerlei kirchlichen Erlassen und Verfügungen sowie hinter den Bestimmungen der Friedhofsordnung, die doch von der Behörde genehmigt sei. Verständigerweise ließ sich aber das Gericht auf den hervorgesuchten Moderkram nicht ein. Auch der Einwand des Schwarzen, daß das Landgericht nicht zuständig sei, da es sich um kirchliche Rechte handele, ließ das Landgericht nicht gelten. Doch so leicht ist die Kirchengemeinde nicht mürbe zu kriegen, wenn es sich darum handelt, ihre Anmaßungen zu verteidigen. Also wurde Berufung beim Oberlandesgericht in Hamm eingelegt. Gleichzeitig erhob aber auch das bischöfliche Generalvikariat in Münster den Kompetenzkonflikt mit dem Antrage: das Verfahren so lange einzustellen, bis über die Zuständigkeit des Rechtsweges entschieden sei. Mit dem letzteren Antrage hatten die „Christen" Glück. Doch war dasselbe nicht von langer Dauer. Das Gericht, unter Vorsitz des Geh. Ober-Justizrats Dr. Lukas erkannte den Kompetenzkonflikt für unbegründet und den ordentlichen Rechtsweg für zulässig an. Daraufhin hat nun der erste Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Hamm im Wege des Versäumnisverfahrens durch Urteil vom 2. d. Mts. die Berufung der streitlustigen Kirchengemeinde Hamborn kostenpflichtig abgewiesen. Dieses Urteil scheint jetzt rechtskräftig geworden zu sein. — Ob denn nun wohl bald der schon seit 1½ Jahren Tote vor den Verfolgungen der Schwarzen Ruhe haben wird? Die Schwarzen aller Konfessionen verkünden die Nächstenliebe. Ihr durch ihre Taten bekundeter Fanatismus der Unduldsamkeit ist geeignet, die Massen gegen den Dogmenglauben aufzupeitschen.

Strafrechtliche Behinderung der Ausübung des Streikpostenstehens.

Vom Landgericht Essen (R.) sind am 30. November v. J. der Gewerkschaftssekretär Josef Lübbring und drei Mitangeklagte wegen Hausfriedensbruches usw. zu Gefängnis verurteilt worden. Im Juni v. J. waren die Maurer ausgesperrt und es sollten „Arbeitswillige" in größerer Zahl aus Belgien kommen. Die organisierten Arbeiter und mit ihnen die Angeklagten sammelten sich am Abend des 21. Juni in größerer Anzahl auf dem Bahnhofe an, um in entsprechender Weise auf die zu erwartenden Fremdlinge einzuwirken. Bis zur Ankunft des Zuges fehlten noch etwa 2 Stunden. Der Bahnhofswirt forderte die Arbeiter, die sich durchaus anständig benahmen, deren Anzahl aber einigen Reisenden mißfiel, auf, den Wartesaal zu verlassen. Da sie es nicht taten, so rief er telephonisch Polizei herbei, die den größten Teil der Arbeiter hinauszugehen veranlaßte. Nur die Angeklagten Lübbring und Merz blieben im Saale und verlangten die Vorlegung des Beschwerdebuches. Sie erhielten es aber nicht, da sie keine Fahrgäste seien. Auf der Straße kam es dann zu weiteren Konflikten mit der Polizei, da die Arbeiter nach Ansicht der Polizei nicht schnell genug auseinander gingen. Lübbring wurde verhaftet. Als er abgeführt wurde, wurde ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ausgebracht. — Das Landgericht verurteilte. Das Reichsgericht erkannte am Montag auf Verwerfung der Revision.

Demnach ist, läßt man das juristische Gestrüpp der verschiedenen Strafrechtsparagraphen beiseite, die Ausübung des Koalitionsrechts, den deutschen Arbeitern durch deutsche Behörden tatsächlich unmöglich gemacht, weil sie ausländische Arbeiter, deren auch nur polizeiliche Taufe noch nicht einmal feststeht, über die in Essen vorliegenden Verhältnisse aufklären wollten. In ähnlichen Fällen mag die Lösung eines Billetts vielleicht ähnliche Folgen unmöglich machen. Der Prozeß selbst beleuchtet sonnenhell den Klassenstaatscharakter unserer Gesellschaftsordnung.

Verkaufs- oder Einkaufspreis?

Eine prinzipiell wichtige Entscheidung fällte am [illegible] die 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Es handelte sich um die Frage, ob der Chef berechtigt ist, bei Einkäufen des Personals im eigenen Hause den Verkaufspreis zur Berechnung zu bringen. Die Verkäuferin Anna P. hatte im Geschäft einige Bijouterien gekauft und die Sachen auch ordnungsmäßig von der Buchhalterin anschreiben lassen. Am Ersten des folgenden Monats kam es zwischen ihr und ihrem Chef, dem Bijouteriewarenhändler B., dadurch zum Streit, daß der letztere ihr den Verkaufspreis der gekauften Gegenstände vom Gehalte abziehen wollte, während die Verkäuferin glaubte, als Angestellte des Vorzuges des Einkaufspreises teilhaftig werden zu müssen. Sie hätte demgemäß nur 7,50 M. zu zahlen gehabt, während nach der Berechnung des Chefs 20 Mark in Abzug gebracht werden konnten. Die Differenz von 12,50 Mark bildete nun den Streitgegenstand vor dem Kaufmannsgericht. Das Kaufmannsgericht stellte fest, daß es speziell in der Gold- und Bijouteriewarenbranche üblich sei, daß Angestellte bei Einkäufen im eigenen Hause nur den Einkaufspreis zu zahlen brauchen. Der Beklagte wurde verurteilt, den zuviel gekürzten Betrag von 12,50 Mark herauszuzahlen, da er nur den Einkaufspreis in Ansatz zu bringen berechtigt war.

Strafrechtliche Haftung für Betriebsunfälle.

Wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung ist am 20. Mai v. J. vom Landgerichte Ulm der Zimmerwerkmeister Eugen Rieffer zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er ließ durch seine Arbeiter ein 27 Ztr. schweres Wasserreservoir mittels Flaschenzuges auf eine andere Stelle schaffen. Nachdem er die Arbeiter zur Sorgfalt ermahnt hatte, ging er weg. Infolge ruckweisen Anziehens der Ketten rissen diese und ein Arbeiter verlor durch einen Sturz sein Leben, während ein anderer einen Arm brach. — Die Revision des Angeklagten wurde am Montag vom Reichsgerichte verworfen, da die Fahrlässigkeit durch die Feststellung ausreichend bewiesen wurde, daß die Ketten nicht ausreichten oder daß eine sorgsame Leitung der Arbeit das ruckweise Anziehen verhindert oder vermindert hätte.

Milde Strafe.

Der Student der Medizin Heininga konnte sich rühmen, in der „Hopfenblüte" etwa 25 Seidel Bier vertilgt zu haben. Auf dem Nachhausewege zertrümmerte er Fensterscheiben. Der Skandal lockte einen Schutzmann herbei. Als dieser den Störenfried fragte, was er denn da mache, erhielt er die Antwort: „Das geht Sie den Dr... an, Sie elender Lümmel Sie; machen Sie, daß Sie wegkommen, sonst schlage ich Ihnen mit meinem Stock über den Schädel!" Diese unfreundlichen Worte waren natürlich nicht geeignet, freundliche Gefühle bei dem Schutzmann auszulösen. Er forderte den Studenten auf, sich zu legitimieren, und als dieses nicht geschah, ihm zur Wache zu folgen. Da kam er aber schön an! H. sträubte sich mit Händen und Füßen gegen diese nächtliche Promenade und dem Schutzmann blieb nichts übrig, als mit Hülfe einiger kräftig zufassender Passanten den jungen Mann nach der Wache zu tragen. Auf dem Polizeibureau beruhigte er sich noch lange nicht, sondern erklärte dort dem diensttuenden Beamten unter anderem: „Wenn ich jetzt meinen Dolch bei mir hätte, würde ich Sie über den Haufen stechen!" Die Folge dieser nächtlichen Szene war eine Anklage wegen Beleidigung, Widerstandes und Bedrohung. Das Schöffengericht kam zu einer eigenartigen Beurteilung des Falles. Es nahm an, daß der Angeklagte zwar angetrunken, aber noch nicht sinnlos betrunken gewesen sei, als er dem Schutzmann die ersten beleidigenden Worte entgegenrief; dann sei er aber, durch den kräftigen Zugriff der Passanten, in eine sinnlose Wut geraten, die für seine weiteren Vergehungen den § 51 anwendbar erscheinen lasse. Das Schöffengericht verurteilte daher den Angeklagten nur wegen Beleidigung zu 30 Mark Geldstrafe. Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein. Er führte aus, daß das Urteil des Schöffengerichts doch verfehlt erscheine. Die Strafe sei viel zu gering. Gerade der Umstand, daß es sich um einen gebildeten jungen Mann handle, lasse den Exzeß sehr strafwürdig erscheinen. Er zweifle daran, ob ein Arbeiter, der sich so betragen, wie der Angeklagte, mit einer so geringen Strafe davonkommen würde. Nur um des Angeklagten Zukunft nicht zu verderben, sehe er von einer Gefängnisstrafe ab, beantrage aber 150 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. Das Landgericht erkannte auf 60 M. Geldstrafe event. 12 Tage Gefängnis. —

Versammlungen.

Eine Rohrlegerversammlung hatte die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes zu Montag abend nach dem Gewerkschaftshaus einberufen, um eine Aussprache über die schwebenden Differenzen zwischen den Verwaltungsmitgliedern und der Rohrlegerbranche herbeizuführen. Von den Rohrlegern war nur ein geringer Teil im Saale anwesend, während das Gros im Hofe des Gewerkschaftshauses Platz nahm. Gleich bei Eröffnung der Versammlung kam es zu tumultuarischen Szenen, die sich wiederholt fortsetzten, sodaß der Vorsitzende Pawlowitsch die Versammlung mehrmals vertagen mußte. Ruhe trat erst dann ein, als die anwesenden Rohrleger bis auf einen ganz geringen Bruchteil demonstrativ den Saal verlassen hatten. Vor höchstens 50 Personen rechtfertigten sodann Behrend, Zernicke, Ramsbrock, Handtke und Pawlowitsch die Maßnahmen der Ortsverwaltung gegenüber den Rohrlegern, indem sie die entstandenen Differenzen zur Hauptsache auf persönliche Quertreibereien des aus dem Verbande ausgeschlossenen früheren zweiten Bevollmächtigten Wiesenthal zurückführten. Von den in der Versammlung verbliebenen Rohrlegern verteidigte Lau das Verhalten der Agitationskommission der Branche gegen die Maßnahmen der Ortsverwaltung und schob die Hauptschuld an dem Streit dem ersten Bevollmächtigten Cohen zu. Leider drehe sich der ganze Zwist vornehmlich um die Personen Cohen und Wiesenthal, und es sei eine Schande, daß wegen zweier Personen eine ganze, gut organisierte Branche jetzt sozusagen zu Grunde gerichtet werde. Aber Cohen treffe die Hauptschuld, weil dieser, wie der Redner mehrfach behauptete, die Rohrleger „angelogen" und „beschwindelt" habe. Daraus habe sich dann alles übrige entwickelt, bis es jetzt sogar so weit gekommen sei, daß die Rohrleger von der Ortsverwaltung unter Ausnahmebestimmungen gestellt wurden, indem man ihnen das jeder anderen Branche zustehende Recht, öffentliche Versammlungen abzuhalten, verbot. Diese ungerechte und die Kompetenz der Ortsverwaltung überschreitende Ausnahmemaßregel sei aber lediglich deshalb erfolgt, weil sich die Rohrleger mehrmals den Genossen Wiesenthal als Referenten geholt hätten. Nun sei Wiesenthal aber eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei und stehe auch in der ebenfalls von der Gewerkschaftskommission anerkannten offiziellen Referentenliste verzeichnet. Mithin müsse es auch den Rohrlegern freistehen, Wiesenthal zu Vorträgen heranzuholen, um so mehr, als das Gros der Rohrleger der Ueberzeugung sei, daß Wiesenthal lediglich auf das persönliche Betreiben Cohens und einer Anzahl anderer Verwaltungsmitglieder, die mit dem Hauptvorstand gut befreundet seien, zu Unrecht aus der Organisation ausgeschlossen worden sei. — Hierauf erwiderten mehrere Verwaltungsmitglieder, Lau habe zwar die alte Behauptung, daß die Rohrleger von Cohen anläßlich des Tarifabschlusses angelogen und beschwindelt worden seien, mit Emphase wiederholt, doch irgend welchen Beweis für diese Behauptung sei auch er schuldig geblieben. Die Sache stehe einfach so, daß Wiesenthal seinen Einfluß bei der Rohrlegerbranche gemißbraucht habe, um nach seinem Ausschluß aus der Organisation diese Gruppe zum Tummelplatz seiner persönlichen Eitelkeit und seiner Intrigen zum Sturze Cohens zu machen. Leider hätten sich die Rohrleger hierzu sehr willig gebrauchen lassen. Die an sich nur harmlosen und bedeutungslosen Vorträge Wiesenthals seien lediglich vorgeschoben, damit dieser die erwünschte Gelegenheit bekomme, in den Versammlungen seine von persönlichen Rachegefühlen diktierten Angriffe offen und versteckt gegen die Ortsverwaltung zu richten. Ein solches Treiben zum Schaden der Gesamtorganisation habe die Ortsverwaltung nicht länger dulden können, deshalb habe sie sich auch einmütig auf Cohens Standpunkt gestellt und ihm Recht gegeben, weil sie ihm nach pflichtgemäßem Ermessen Recht geben mußte. Wenn die Rohrleger der Meinung seien, daß ihnen von der Verwaltung Unrecht geschehe, so stehe es ihnen jederzeit frei, sich beschwerdeführend an die zuständigen Verbandsinstanzen zu wenden. (Erregte Zwischenrufe: Wir bekommen ja doch kein Recht!) Der Gipfel der Torheit sei es aber, daß sich die Rohrleger jetzt von dem Verbande absplittern und eine Sonderorganisation gründen wollen. Den Vorteil hiervon hätten dann nicht die Rohrleger, sondern die Unternehmer. — Nach gegenseitigem Hin- und Herreden gingen die Anwesenden schließlich gegen ¾1 Uhr auseinander.

Die Metallarbeiter-Gewerkschaft hielt am Montag eine überaus stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Zur Debatte stand der Antrag: „Der wöchentliche statutenmäßige Beitrag beträgt für männliche Mitglieder vom 1. Juni ab 50 Pf. (statt 30 Pf.). Für die Verwaltung begründete Schröder den Antrag, der schon von den Vertrauensleuten vorberaten war. Nach eingehender lebhafter Diskussion wird gegen 10 Stimmen beschlossen, den obligatorischen Beitrag wöchentlich auf 50 Pf. festzusetzen, und zwar soll die Erhebung mit der ersten Juniwoche erfolgen. Zu der beabsichtigten Aussperrung am 2. Juni werden eine Anzahl Anträge vorgelegt. Besonders wichtig war der Entschluß der Mitglieder, die ersten 14 Tage auf Unterstützung zu verzichten. Dieser Antrag hat den Zweck, den Kühnemännern einen Strich durch ihre Rechnung zu machen, die Kassen der Organisationen zu Grunde zu richten. Ein weiterer Antrag besagt, daß überall dort, wo die Möglichkeit vorhanden ist, die nicht entlassenen 40 Proz. auch [illegible] geholt werden sollen. Uebertritte sind nur im Bureau zu vollziehen. Bestimmt wurde: Alle am 2. Juni ausgesperrten Mitglieder haben sich sofort im Bureau — für Ober-Schöneweide bei Großmann, Lausenerstr. 5 — zu melden. Nachdem noch die Frage betreffend des Parteigeldes geklärt und einige Organisationsangelegenheiten erledigt waren, wurde beantragt, die anderen Punkte später zu verhandeln und trat damit Schluß der Versammlung ein.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Donnerstag, den 31. Mai, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal I), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches (Anträge des Vorstandes). 2. Stellungnahme zur **Bezirkskonferenz am 18. Juni in Berlin** (Anträge, Wahl der Delegierten). 3. Verschiedenes. 20/13

Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Modelltischler.

Donnerstag, 31. Mai, abends 8½ Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstr. 6:

Branchen-Versammlung

der Modell- und Fabriktischler sowie Modelldrechsler.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Verbandstag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 86/10

Die Kommission.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57 (2. Eingang: Gormannstr. 28) Geöffnet von 9½–2 und 4–8 Uhr. Telephon: III, Nr. 1296.

Auf Beschluß der Mitgliederversammlung vom 28. Mai beträgt der **wöchentliche Beitrag** von der **ersten Woche im Juni** ab (3. Juni) statt 30 Pf. **50 Pf.** Die neuen Marken sind sofort bei den Kassierern in Empfang zu nehmen.

Zu der von den Metallindustriellen zum 2. Juni angekündigten Aussperrung machen wir bekannt, daß sich **unsere Mitglieder**, sobald die Aussperrung erfolgt, in unserem Bureau, Rosenthalerstraße 57 (Gormannstraße 28), und für Ober-Schöneweide bei **Großmann**, Laufenerstraße 5, sofort zu melden haben.

Alle weiteren Bekanntmachungen erfolgen im „Vorwärts", und bitten wir dies zu beachten. 280/12

Die Vertrauensleute haben den Mitgliedern die Bücher auszuhändigen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 31. Mai, abends ½9 Uhr:

„Außerordentliche Generalversammlung"

im Saal 4 des „Gewerkschaftshauses".

Tages-Ordnung:
1. Erhebung einer lokalen Extrasteuer. 2. Ersatzwahl zum Verbandsvorstand. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 24/9

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der Streikkarte.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Beste Bettenfüllung

sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen

Monopoldaunen

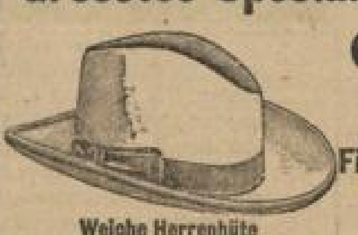
(gesetzl. geschützt) Pfund Mk. 2,85. 3–4 Pfund genügen z. gr. Oberbett. Vers. geg. Nachnahme, Verpackung frei.

Gustav Lustig

Berlin S. Prinzenstr. 46

Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Grösstes Specialgeschäft für Hüte und Mützen



Oscar Arnold

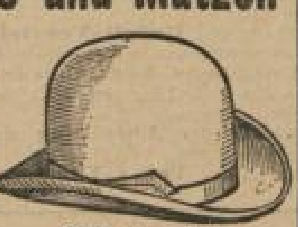
Dresdenerstr. 116

Kein Laden (am Oranienplatz).

Filzhüte, Cylinderhüte, Strohhüte und Mützen

Engros! Export!

aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl!



Weiche Herrenhüte von M. 1,50 — M. 7,00 Nur fehlerfreie, moderne Ware!

Steife Herrenhüte von M. 1,85 — M. 7,00 Nur fehlerfreie, moderne Ware!

Einzelverkauf zu auffallend billigen, aber streng festen Preisen.

Spezial-Geschäft für Uhren

1 neue Uhr-Feder Ia 75 Pf.
1 neue Uhr-Kapsel „ 15 „
1 neues Uhr-Glas „ 10 „
1 neuer Uhr-Ring „ 10 „
1 neuer Uhr-Zeiger „ 10 „
1 neuer Uhr-Schlüssel 5 „

Neue Uhren in größter Auswahl genau reguliert.

E. Möbis,

14 Beuthstr. 14

(am Spittelmarkt). [2 ms*]

2. Geschäft: **Koppenstr. 82.**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,

Spezialarzt für 110/9*

Haut- und Harnleiden.

10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Verlangen Sie

Tellus-Zigaretten

3712*

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!

M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus", Berlin N. 54.

19. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 29. Mai 1906, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

115 91 287 452 53 595 [3000] 743 [1000] 811 **1**010 47 189 [500] 257 515 [500] 732 34 71 **2**151 60 329 [500] 62 703 [500] 81 925 60 **3**008 173 253 54 532 37 68 613 702 868 **4**010 53 410 65 617 69 803 **5**009 457 559 760 **6**007 322 450 96 559 691 701 73 800 16 [1000] 969 **7**010 [3000] 253 81 321 53 81 83 737 56 879 [3000] **8**076 420 32 566 92 [1000] 687 781 827 71 91 936 **9**032 81 116 238 448 904

10604 72 76 825 44 **11**002 220 71 313 474 586 945 88 **12**118 39 275 396 [3000] 409 578 740 78 **13**182 [3000] 247 [500] 451 627 73 889 [500] **14**057 623 752 829 902 [500] **15**125 275 308 509 650 735 898 937 47 50 **16**492 640 840 **17**183 [500] 375 788 883 **18**063 247 680 [500] 879 **19**088 256 380 489 94 524 39 636 [500] 43 909

20068 268 89 472 [3000] 571 707 **21**211 632 900 **22**041 213 304 [500] 407 26 713 92 853 987 [10 000] **23**010 15 178 233 96 [1000] 394 90 936 **24**024 110 480 587 689 851 52 [500] 908 84 **25**168 271 86 [500] 478 522 610 714 820 [500] 69 80 **26**111 68 [1000] 79 [1000] 311 47 408 744 987 [500] **27**038 184 222 48 85 563 [1000] 833 [3000] 966 82 **28**047 50 205 18 83 96 868 **29**008 189 244 78 92 325 91 506 706 [3000]

30196 283 [500] 93 389 593 772 [1000] 96 900 **31**568 80 611 19 51 [1000] 889 932 79 **32**109 76 221 91 312 500 60 **33**181 [3000] 89 234 80 310 555 [1000] 847 **34**189 438 [1000] 507 56 639 91 706 914 40 **35**055 65 95 232 [1000] 72 80 341 416 36 600 **36**118 400 553 76 614 710 72 933 52 **37**183 423 784 809 77 [3000] 932 76 **38**496 609 917 **39**174 218 304 658 [1000] 884 [500] 908

40155 394 635 96 [500] 818 [1000] 80 **41**147 854 **42**069 78 123 203 384 94 598 615 **43**020 [500] 120 40 362 481 554 60 647 730 809 953 **44**098 126 86 99 [300] 245 379 523 [1000] 600 31 52 745 78 [1000] 971 **45**100 7 273 [500] 567 682 934 41 [3000] **46**127 [3000] 76 347 520 96 625 [500] 946 **47**104 12 55 228 723 85 909 **48**010 41 61 76 [800] 383 497 602 85 887 917 47 **49**073 91 301 11 484 561 66 634 847

50171 348 429 52 595 714 930 **51**033 29 156 471 644 914 81 92 **52**214 454 865 909 **53**001 66 321 64 67 687 730 78 **54**087 138 348 546 58 726 **55**150 262 444 694 632 [500] 890 917 [1000] 74 [500] **56**113 61 414 50 55 665 864 76 988 **57**015 [1000] 216 323 499 575 803 78 [500] 938 56 **58**017 235 97 313 552 53 **59**109 427 43 582 85 631 932

60062 99 105 462 874 **61**057 87 208 37 44 52 355 621 37 [500] 784 88 964 **62**024 243 70 334 668 891 **63**024 76 201 304 28 31 71 533 706 51 [500] 824 88 [300] 922 **64**117 [1000] 66 318 430 [1000] 65 607 931 **65**045 48 102 32 263 365 510 634 777 93 [3000] 853 913 **66**028 [1000] 240 [500] 300 32 534 720 85 **67**010 47 155 269 540 605 906 9 79 **68**202 316 50 779 812 945 **69**175 247 380 401 89 768 838 922 [3000] 80

70115 19 234 63 72 549 [500] 602 24 700 39 89 988 **71**079 165 241 370 807 21 [3000] **72**004 68 88 131 76 [3000] 242 64 407 77 [500] 84 508 757 863 **73**155 471 [3000] 817 68 **74**026 131 244 324 439 40 49 554 623 98 783 95 **75**288 329 80 548 744 809 **76**014 289 710 833 [500] 85 938 **77**062 234 42 460 614 [3000] 776 97 [500] 835 972 [500] **78**124 271 81 349 415 94 707 806 57 72 910 **79**051 110 [3000] 224 40 455 69 720 830 78 914

80010 36 116 [500] 67 854 607 891 930 88 **81**168 [500] 244 332 402 684 [500] **82**237 401 553 631 69 825 973 **83**031 [500] 219 410 41 61 827 72 78 809 31 81 939 46 [5000] **84**058 182 276 440 70 [500] 649 903 41 88 **85**033 241 330 478 597 636 727 82 989 **86**079 [500] 223 24 [500] 482 714 947 **87**450 619 713 [3000] **88**014 83 [500] 177 84 318 23 430 38 54 530 71 668 720 **89**039 89 93 443 521 90 635 70 743 922 29 [3000] 68 81

90021 48 107 [500] 402 [3000] 564 93 98 [3000] 700 [3000] 870 88 **91**028 107 48 330 69 443 566 76 639 913 [500] 32 38 **92**291 336 78 476 631 95 [500] 865 [500] 86 **93**246 348 812 [5000] 84 92 955 **94**013 163 97 221 302 21 35 [1000] 76 608 11 17 747 975 **95**001 [1000] 41 [500] 268 345 419 535 [3000] 613 21 68 977 [1000] **96**069 391 415 532 933 97 **97**017 25 50 74 178 304 482 [1000] 514 647 720 [1000] 823 [1000] 929 78 **98**007 253 38 [1000] 311 47 [500] 68 99 517 62 669 [3000] 713 898 [500] **99**009 237 57 91 451 934 85 [500]

100427 533 793 872 948 84 **101**336 [500] 32 [500] 81 530 73 834 90 [3000] 96 [500] 94 **102**012 218 94 346 82 423 38 98 638 66 **103**341 98 656 819 25 **104**132 [500] 362 473 76 663 793 904 **105**038 148 274 344 85 [1000] 454 85 553 50 96 [500] 614 862 [500] 81 911 [3000] **106**026 32 410 71 565 744 843 **107**118 [500] 287 690 **108**114 57 300 15 751 871 **109**336 77 451 52 87 502 45 64 642 719

110063 7 13 392 793 13 [3000] 85 891 [1000] **111**132 66 94 [1000] 329 31 548 72 649 725 **112**102 439 73 639 85 87 796 97 **113**262 [800] 336 336 38 794 [1000] 915 **114**176 92 209 60 336 617 976 92 **115**181 330 32 427 31 501 99 [3000] 704 908 **116**201 485 801 12 768 848 92 915 48 **117**016 164 815 [500] 29 **118**187 300 56 [500] 674 626 886 **119**192 416 43 737 949 77

120071 89 114 31 37 206 56 541 [500] 75 [500] 690 740 848 58 915 83 **121**033 60 80 138 [3000] 98 205 90 435 62 96 632 88 727 857 **122**247 74 336 357 72 615 702 **123**039 235 63 503 608 801 971 **124**256 367 721 822 85 993 **125**023 31 238 61 398 491 589 916 29 **126**048 [1000] 107 266 86 96 [500] 346 57 027 983 **127**027 485 526 45 47 673 789 806 37 83 99 985 **128**091 [500] 253 70 311 422 530 827 48 911 **129**191 426 38 [1000] 49 559 59 74 701 881

130063 74 215 316 766 915 **131**048 [1000] 182 217 345 809 24 702 97 873 **132**022 270 84 430 565 [500] 729 882 [1000] 942 **133**005 213 424 [1000] 62 517 900 36 38 **134**015 256 59 329 584 630 **135**090 154 215 342 515 46 81 97 865 939 99 91 [3000] **136**077 189 293 [500] 371 514 745 63 837 **137**123 27 292 510 653 712 52 960 67 93 **138**087 125 56 280 533 96 984 **139**043 207 49 359 514

140092 99 [500] 431 82 **141**251 87 563 96 636 73 **142**096 212 439 **143**064 136 215 [500] 496 506 690 708 82 824 64 **144**110 398 530 600 755 917 **145**235 201 495 501 71 652 55 712 [1000] 832 39 929 89 96 98 [3000] **146**069 75 152 285 498 945 **147**111 277 80 98 609 788 822 968 [500] **148**007 307 443 582 649 878 91 **149**049 168 406 581 627 [500] 708 911 20

150085 [1000] 102 248 94 391 457 861 749 **151**129 30 [3000] 332 45 58 407 10 695 749 [500] 837 54 80 954 **152**049 123 274 307 48 481 **153**052 259 490 647 732 **154**154 293 670 816 932 [500] 51 **155**144 62 313 406 9 48 69 500 [5000] 49 66 705 28 853 917 75 **156**086 95 187 453 533 603 991 **157**012 44 215 17 84 92 574 629 60 [1000] 863 63 910 84 **158**018 97 195 236 325 [1000] 402 93 506 77 811 21 65 83 **159**016 68 149 82 207 346 70 733 964

160072 201 3 21 [500] 57 439 726 [3000] 911 84 [500] **161**212 307 79 81 [500] 516 94 756 983 **162**055 94 251 310 734 62 893 905 **163**032 548 68 839 27 52 934 58 **164**015 119 361 [500] 81 462 99 630 37 74 737 973 **165**525 620 79 702 82 **166**048 104 276 321 69 918 **167**087 171 476 680 84 715 98 99 [500] 836 **168**149 303 424 850 954 **169**029 219 66 87 413 573 [1000] 698 778 897

170047 518 794 888 **171**040 83 88 89 113 308 63 [1000] 475 550 816 56 **172**351 529 603 **173**106 55 [500] 308 618 44 [500] 721 33 910 [500] **174**069 115 32 233 45 357 451 82 741 913 **175**183 [500] 590 99 798 918 35 **176**068 812 55 [1000] 449 96 706 **177**166 370 450 81 507 831 [1000] **178**054 69 334 76 415 [1000] 953 **179**035 203 6 429 50 543 [500] 75 [3000] 771 870 962 76 97

180186 217 [3000] 380 97 419 50 665 790 876 916 53 **181**008 11 29 99 189 294 328 [3000] 448 816 55 78 81 **182**009 47 [1000] 96 110 35 493 544 804 913 44 95 **183**193 206 362 662 86 87 [500] 783 879 **184**039 144 224 81 410 94 558 639 **185**165 203 234 86 764 **186**057 348 579 623 727 32 94 99 822 **187**138 79 93 228 330 50 [1000] 763 80 875 **188**016 330 96 421 62 86 537 53 694 748 859 [500] 71 **189**063 101 68 93 503 696 [1000] 916 72

190271 76 443 635 809 904 **191**055 74 77 270 90 241 [1000] 85 494 512 [500] 67 812 **192**022 26 69 [1000] 239 472 [500] 571 612 758 871 906 **193**030 453 799 831 71 [1000] **194**061 219 [500] 73 [3000] 573 [500] 635 31 54 [3000] **195**033 79 260 363 694 719 62 981 **196**220 96 426 89 567 702 [500] 863 36 52 **197**189 230 99 655 57 855 [1000] **198**087 221 343 524 957 **199**315 715 803 942

200053 318 33 426 566 679 88 99 784 850 **201**004 144 257 566 73 [1000] 835 [1000] 70 [3000] **202**156 [1000] 237 470 532 [500] 62 [1000] 638 [500] 741 [500] 804 17 [1000] 74 **203**028 86 [500] 121 368 [500] 468 529 69 635 784 92 [3000] 803 917 82 **204**100 3 246 75 491 534 56 613 [500] 704 74 [500] 828 **205**025 35 [500] 198 97 227 39 343 787 845 970 **206**012 245 **207**160 482 68 99 609 59 835 985 **208**076 [500] 138 97 530 97 **209**203 326 86 411 506 623 774 913 [3000]

210186 231 [1000] 59 242 89 458 500 [500] 614 53 55 **211**117 412 [500] 93 675 745 82 91 801 91 965 78 [3000] **212**042 84 132 [1000] 204 328 59 439 597 737 89 921 **213**011 228 644 [1000] 783 898 [1000] 88 947 **214**177 206 304 37 58 490 [500] 61 560 92 621 991 **215**055 103 297 [1000] 842 [500] 981 **216**019 21 40 138 89 400 959 **217**037 133 594 744 68 813 [1000] 902 21 **218**038 163 99 200 97 322 [3000] 96 575 [500] 32 613 83 734 [3000] 800 **219**142 95 312 444 77 546 [1000] 698 711 [500] 71

220114 24 230 601 38 788 846 **221**174 305 [3000] 48 455 638 65 780 802 35 72 [500] 923 41 [illegible] 341 680 779 [500] 847 60 901 71 **223**020 132 248 385 718 53 947 [500] **224**072 447 84 737 894 [3000] 989 **225**234 357 834 73 735 71 867 932 **226**017 20 194 577 624 898 **227**064 82 [500] 139 449 716 819 906 28 94 **228**094 [1000] 569 [500] 922 **229**013 77 136 289 511 [500] 692

230225 303 [1000] 18 541 689 74 736 [500] 885 [3000] 957 [500] **231**488 578 734 [500] 858 968 **232**043 112 61 225 [3000] 86 97 348 [3000] 635 [3000] 41 [500] 867 **233**048 121 240 44 56 373 699 34 888 909 **234**022 80 98 [500] 185 216 71 587 022 814 64 913 **235**176 333 86 [1000] 647 746 [500] 61 **236**101 720 963 **237**171 349 [1000] 473 530 35 63 670 897 97 995 **238**030 288 333 [1000] 56 701 66 831 **239**288 345 460 [500] 507

240032 132 68 217 83 671 862 **241**161 213 328 89 592 99 697 [500] **242**070 356 414 75 577 90 **243**027 [3000] 119 248 62 302 5 [3000] 498 801 [5000] **244**021 103 251 476 530 [500] 605 20 [3000] 776 **245**028 726 475 613 [500] **246**178 352 [3000] 446 94 701 **247**043 87 133 60 238 417 91 302 58 718 47 78 820 907 60 [500]

19. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 29. Mai 1906, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

49 340 64 [500] 815 26 31 61 779 [500] **1**070 101 87 553 753 60 863 **2**110 453 562 [500] 720 33 80 979 **3**004 245 633 43 822 **4**029 [3000] 208 440 88 613 731 64 [500] 977 89 **5**017 155 365 83 653 [500] 714 886 74 78 900 **6**024 107 85 204 361 71 462 658 734 57 954 75 **7**094 217 482 96 791 830 929 **8**006 19 153 82 319 78 480 [500] 650 711 18 815 41 910 **9**200 51 70 88 407 796 938

10226 [1000] 398 840 **11**088 322 508 639 46 712 948 **12**065 118 87 [1000] 683 67 756 83 **13**004 112 340 516 65 [1000] 794 855 922 **14**061 209 86 321 [1000] 63 436 61 567 899 929 [3000] **15**052 101 303 621 49 844 [500] 983 **16**480 570 71 767 876 82 900 98 **17**213 [500] 67 342 53 650 [3000] **18**031 183 201 65 78 378 458 663 782 [500] **19**230 320 626 725 814 978 92

20035 83 [3000] 529 628 720 827 59 **21**036 443 885 946 86 **22**217 32 56 93 418 63 85 534 [500] 860 [500] **23**073 126 82 271 91 404 32 550 625 86 703 64 915 **24**007 242 305 423 676 [500] 876 903 43 **25**189 209 93 **26**224 06 428 537 [800] 95 693 727 847 80 911 **27**141 216 347 48 [3000] 437 530 739 946 **28**078 98 163 329 [500] 409 27 70 553 636 987 **29**064 158 300 46 415 [5000] 22 89 648 97 787 916 49

30011 29 [3000] 220 81 478 940 **31**040 213 58 424 46 524 604 [500] 65 891 **32**116 57 86 97 340 494 792 90 **33**044 469 528 903 24 [1000] **34**188 527 737 **35**140 217 380 455 738 914 [500] 25 37 93 **36**179 288 401 28 38 [1000] 716 941 **37**047 [500] 51 107 10 50 331 681 [1000] 859 73 922 **38**010 77 [500] 185 212 21 401 [3000] 7 938 **39**023 57 [3000] 62 103 19 275 90 317 447 [1000] 76 90 611 781 936

40210 [1000] 454 [500] 95 625 52 [500] 72 83 783 **41**537 80 666 67 821 933 [1000] **42**800 80 963 69 **43**001 5 223 321 34 [1000] 43 [3000] 425 578 829 78 **44**651 63 703 54 80 **45**277 399 422 531 54 668 700 [500] 24 27 66 886 **46**026 134 234 408 612 46 81 798 [5000] 839 69 [3000] 943 **47**100 19 207 78 87 568 [1000] 767 [500] 811 **48**002 [500] 164 234 63 630 847 [500] 60 940 **49**246 305 37 74 [3000] 759 [1000]

50367 73 505 995 **51**031 265 362 [500] 569 [500] 620 770 815 [1000] 930 **52**146 441 92 684 728 45 53 952 **53**023 134 203 332 74 522 768 951 **54**220 [500] 437 60 513 674 725 [500] **55**031 127 307 560 63 714 803 86 88 981 [3000] 95 [1000] **56**071 543 99 684 700 944 **57**362 91 517 32 896 **58**044 118 77 480 89 [500] 508 705 46 88 945 **59**180 274 346 425 63 530 714 [500] 810 900 19 40 76 80

60017 336 419 76 82 85 624 715 894 921 **61**034 173 83 263 332 415 [500] 662 **62**168 244 324 45 65 420 639 79 736 819 63 81 99 [500] **63**327 67 480 532 609 [500] 95 719 811 94 **64**213 36 639 877 927 96 **65**029 32 126 316 763 99 814 25 51 54 **66**343 [1000] 457 577 715 62 **67**021 302 83 477 902 72 **68**289 329 457 69 664 704 65 873 992 **69**049 66 248 [1000] 334 619 96 714 25 [500] 67 965 982

70241 332 419 53 514 681 874 951 [500] 61 [1000] **71**196 495 70 514 602 806 **72**211 25 418 [500] 398 674 85 899 934 **73**067 146 243 382 97 593 625 745 49 89 971 88 901 39 41 88 **74**010 77 [500] 123 69 218 381 [3000] 582 78 [500] 893 901 19 99 **75**394 [500] 433 43 830 618 28 704 9 50 972 **76**106 17 218 [500] 69 493 509 34 945 96 829 82 941 67 **77**183 [500] 213 38 347 79 486 611 733 54 816 901 20 **78**140 80 92 374 420 76 521 [1000] 31 [3000] 870 [500] 383 **79**150 [500] 89 870

80015 210 337 69 458 534 59 758 **81**033 143 346 645 746 [1000] 841 **82**162 279 337 [500] 397 797 928 **83**193 [1000] 510 88 [3000] **84**153 319 470 505 683 916 80 **85**030 184 83 209 79 435 612 933 37 **86**053 284 360 55 408 25 559 902 **87**042 105 71 214 87 476 606 36 691 **88**085 270 [500] 408 [500] 570 609 43 719 978 **89**129 237 400 398 961 76

90148 227 [1000] 76 808 768 823 54 963 **91**091 [500] 113 27 315 500 [3000] 673 796 97 **92**267 673 81 724 82 **93**316 428 85 689 857 921 48 75 **94**135 241 [1000] 58 60 889 700 53 67 827 964 **95**169 350 431 [3000] 54 542 [500] 69 644 97 779 [3000] 905 **96**034 351 592 724 915 **97**033 114 [3000] 243 521 25 **98**456 636 937 [1000] 62 **99**089 138 873 619 62 64 716 24

100011 94 184 289 661 924 **101**158 273 394 445 61 92 531 823 **102**075 [500] 177 [500] 231 [1000] 43 76 97 398 415 47 736 82 914 **103**017 24 109 203 80 389 464 595 99 765 831 **104**244 51 73 [1000] 307 546 [3000] 58 690 785 **105**031 53 290 387 423 43 505 95 **106**283 [75 000] 436 87 90 621 706 827 92 928 45 98 **107**203 357 429 958 **108**144 62 323 30 39 [500] 435 666 23 31 49 718 77 **109**116 40 389 445 788 838 88

110068 136 204 390 416 502 4 [500] 13 **111**044 129 43 47 384 304 704 **112**103 234 542 621 758 [500] 500 56 **113**305 61 503 90 710 848 [500] 58 983 **114**327 486 913 [3000] **115**012 73 119 36 [500] 211 96 425 589 79 646 74 [10 000] 767 847 904 **116**218 311 412 827 965 98 [500] **117**002 78 116 474 85 [300] 674 843 968 **118**110 285 371 85 413 698 844 922 **119**020 181 90 240 77 89 352 56 441 47 522 842 [500] 450

120088 283 369 417 77 580 703 94 882 **121**287 317 408 27 86 514 [500] 39 84 640 816 84 969 **122**016 53 390 556 670 **123**067 320 99 665 82 898 961 **124**095 [3000] 222 32 379 649 56 722 25 33 **125**542 685 971 **126**108 26 440 543 712 22 830 **127**093 160 250 539 419 603 13 880 987 **128**173 412 511 20 [500] 610 22 925 **129**305 20 84 413 31 [3000] 36 572 [1000] 80 84 798

130011 278 [500] 473 [1000] 517 480 804 934 **131**015 276 332 33 544 [3000] 615 58 [1000] 90 707 978 [1000] **132**226 308 580 95 723 834 62 **133**075 208 10 [1000] 543 65 754 [500] 89 827 38 **134**017 478 590 660 820 57 **135**060 68 162 332 [500] 91 454 90 500 [500] 9 680 828 **136**091 344 404 555 854 903 31 **137**004 111 97 [500] 305 45 587 624 93 **138**370 [1000] 457 511 853 955 **139**029 138 286 [1000] 532 [3000] 49 67 75 639 707 94 845 65 91 980

140024 53 [1000] 90 318 60 646 741 42 82 907 **141**064 290 560 81 774 987 **142**307 486 501 03 637 779 **143**110 247 96 605 67 [500] 72 736 822 **144**190 286 408 580 [1000] **145**015 64 119 46 360 453 512 91 93 693 **146**207 336 49 73 407 44 573 [500] 86 636 38 962 **147**100 [1000] 47 237 67 321 511 785 **148**069 325 405 737 880 **149**177 84 214 59 351 635 53 703 46 511

150443 532 632 932 44 **151**434 563 [500] 743 **152**161 92 230 82 330 628 43 68 844 920 **153**180 273 338 418 78 601 4 43 722 916 **154**159 462 563 [500] 820 [1000] 980 **155**004 41 396 470 98 **156**233 483 760 850 927 **157**432 514 [3000] 27 [500] 618 905 [500] 54 [500] **158**091 102 392 **159**132 427 42 73 691 834

160007 [1000] 41 126 51 67 532 50 621 58 [500] 716 801 51 **161**008 173 307 27 58 [1000] 422 548 93 631 733 44 [500] 918 **162**229 [3000] 387 604 786 921 [3000] **163**125 345 71 72 451 508 [3000] 16 77 614 703 833 **164**186 350 67 567 690 [500] 725 853 67 **165**401 99 736 805 933 **166**076 102 51 256 96 303 72 430 72 533 691 [500] 705 63 931 90 **167**053 131 299 334 [500] 594 636 **168**682 817 947 95 [500] **169**026 38 238 [500] 57 426 759 [1000] 954 65

170025 50 88 119 299 [500] 505 9 47 651 739 978 97 **171**069 322 83 822 77 989 **172**035 141 235 55 437 016 777 918 65 **173**125 371 [3000] 453 86 591 687 739 881 944 94 **174**008 124 425 554 91 [500] 619 830 71 **175**113 205 322 439 694 719 **176**006 100 10 65 77 631 34 71 763 979 **177**107 [1000] 244 96 579 607 912 14 **178**051 [3000] 153 [3000] 343 983 **179**190 230 463 631 716 865

180015 423 [500] 744 822 918 90 **181**030 347 401 40 62 745 **182**141 241 511 34 82 788 959 [500] 91 **183**010 11 108 9 239 923 46 **184**038 246 408 507 9 31 755 841 215 56 [1000] 93 **185**093 99 309 404 504 37 696 83 745 54 [500] **186**311 439 40 763 907 **187**023 38 47 58 445 704 69 909 [3000] 56 77 94 **188**037 127 222 690 705 87 990 **189**057 170 408 796 872 78 927 37

190001 24 56 [3000] 132 441 608 830 917 **191**083 216 462 711 **192**133 227 98 510 31 [500] 30 803 988 [3000] 94 **193**043 [500] 81 97 143 78 98 211 54 390 82 423 45 51 526 87 690 [3000] 807 924 46 [1000] 89 **194**014 [3000] 21 [500] 163 255 398 442 504 673 709 806 14 913 [500] **195**025 122 89 348 431 48 79 609 33 952 **196**019 231 [3000] 314 71 326 56 709 **197**045 458 [3000] 834 76 924 **198**084 154 217 [500] 23 440 942 961 [3000] **199**067 232 877 943 45 57 72 88

200047 194 [500] 204 [500] 51 [3000] 59 89 330 595 687 [500] 718 61 983 **201**247 449 71 531 57 97 661 [500] 868 934 **202**060 155 228 48 72 944 59 73 [3000] **203**202 339 00 62 431 548 [1000] 610 35 925 **204**126 [500] 423 731 925 **205**112 [1000] 36 41 [500] 225 [3000] 377 413 53 953 86 **206**004 70 171 223 51 424 630 [3000] 96 [3000] **207**029 169 203 25 420 46 70 739 979 **208**156 60 287 302 458 75 76 349 [500] 651 894 990 [500] **209**084 105 230 308 483 96 588 815 62 907 64 83

210008 17 33 89 155 224 628 84 [3000] 921 [500] **211**108 398 [500] 71 413 60 501 64 759 813 34 82 94 **212**308 37 371 509 48 608 806 951 **213**327 603 19 54 691 754 889 **214**034 [500] 291 818 [5000] 48 57 995 **215**097 660 82 775 838 [500] 64 71 902 88 **216**729 115 246 75 420 98 [500] 778 **217**019 134 87 500 90 34 832 971 **218**113 16 42 296 380 455 87 790 811 92 **219**023 [500] 60 305 60 447 697 780 920 25 [500] 43 60 62

220003 [1000] 9 22 105 398 533 779 817 926 56 **221**006 36 293 [500] 486 681 99 **222**293 592 44 653 718 43 67 55 92 923 **223**183 [1000] 218 790 808 **224**111 218 434 550 991 **225**098 [500] 167 83 565 [500] 67 734 78 85 87 **226**013 180 235 [500] 334 65 88 597 838 [1000] 60 [1000] 69 **227**132 213 425 **228**002 71 411 43 628 798 882 991 97 **229**008 28 94 164 222 46 462 696 763 816 88

230036 396 [1000] 400 816 57 74 **231**210 59 358 424 38 572 633 [1000] 64 728 866 **232**017 67 294 347 [3000] 729 966 **233**020 92 172 351 485 568 913 39 **234**122 64 244 89 496 755 57 911 52 **235**004 230 903 61 409 32 [500] 598 983 **236**073 189 318 451 10 617 933 **237**122 24 200 510 733 915 **238**005 135 [500] 62 75 230 68 387 [1000] 914 48 [500] 68 **239**199 [1000] 226 327 44 90 [1000] 422 82 604 18 969

240014 134 405 51 [3000] 75 700 943 [1000] **241**069 72 132 370 400 [1000] 636 [500] 906 **242**218 92 393 458 779 86 847 [500] 62 914 30 **243**023 31 84 136 59 214 46 [500] 320 22 [3000] 31 544 666 746 **244**113 [500] 363 448 587 **245**018 98 141 265 328 [500] 715 76 810 27 [500] **246**390 393 [5000] 522 769 [1000] **247**073 88 207 73 [500] 363 85 426 63 543 769

Berichtigung: In Liste vom 28. Mai nachmittags lies 207 440 statt 207 441.

VICTORIA zu BERLIN
ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT.

Vermögens-Ausweis Ende Dezember 1905.

Vermögen.	M.	Pf.	Verbindlichkeiten.	M.	Pf.
Wechsel der Aktionäre	4,800,000	—	Aktien-Kapital	6,000,000	—
Bare Kasse	668,109	24	Reservefonds	1,200,000	—
Effekten	13,793,932	30	Prämien-Reserven und Ueber-		
Hypotheken	466,390,809	78	träge, Schaden-Reserven	420,964,439	91
Grundbesitz der Gesellschaft	8,557,540	80	Gewinn-Reserven	77,798,697	87
Darlehen auf Policen	31,290,619	09	Sonstige und Extra-Reserven	10,808,921	90
Guthaben: bei den Vertretern	6,892,283	84	Guthaben von Versich.-Ges.	163,464	38
bei Banken und Versich.-Ges.	809,775	17	Hypothek auf gekauftes Haus	700,000	—
an Teilprämien, fällig 1906	6,865,734	—	Barkautionen und Spargelder	217,607	47
an Hypothek-, Effekten-Zinsen und Mieten, fällig 1906	4,190,648	43	Unterstützungs-Fonds für Beamte und Hinterbliebene	1,892,301	12
Reichsbankmäßige Wechsel	10,000	—	Ueberschuß d. Gesamtgeschäfts	24,594,020	—
	544,269,452	65		544,269,452	65

Es werden für das Rechnungsjahr 1905 an Dividenden für die mit Gewinn-Anteil Versicherten verteilt in Summa 22,870,731,84 M. und zwar:
a) **40 Proz.** der Jahres-Prämie in der **Unfall-Versicherungs-Branche,**
b) **3 Proz.** der vom Versicherungs-Beginn an gezahlten **Gesamt-Prämien** (nicht nur der einzelnen Jahres-Prämie) der **Lebens-Versicherungs-Branche,** d. h. beginnend mit 10 Proz. der Jahres-Prämie für den jüngsten Jahrgang, steigend bis zu **84 Proz.** der Jahres-Prämie für den ältesten Jahrgang 1878.
c) **10 Proz.** der Jahres-Prämie in der **Abteilung der Versicherungen auf den Erlebensfall** mit Gewinn-Beteiligung (Tarif L¹).
d) **25 Proz.** der Jahres-Prämie in der **Volks-Versicherungs-Abteilung.**

Piet Dickentmann der Gewinner des
Großen goldenen Rades von **Steglitz**
und die
Sieger im Treptower **24 Stundenrennen**
Vaderstuyft-Stol benutzten
Brennabor
= schnellstes und haltbarstes Fahrrad =
Brennabor-Werke, Brandenburg a./H. ◆ Filiale: **Berlin,** Kronenstr. 11.

Für Säuglinge mit Magen- und Darmkatarrhen muß als bestes Nährmittel Kufekes Kindermehl empfohlen werden. Mit Ausschluß der Kuhmilch den erkrankten Kindern gegeben, beseitigt es die Magen-Darmkatarrhe durch Verhinderung der Darmgärungen, ohne daß das Kind während der Zeit, wo es keine Milch erhält, einer Hungerkur unterworfen wird, da Kufekes Kindermehl infolge seines reichen Gehaltes an Eiweiß- und Mineralstoffen zur ausschließlichen Ernährung der Kinder vollständig ausreicht. Auch bei Neigungen der Kinder zu Blähungen und Verstopfungen bewährt sich Kufekes Kindermehl gut, da es die Milch durch die feinflockigere Gerinnung des Käsestoffes leichter verdaulich macht. Nach überstandenem Magen- und Darmkatarrhe empfiehlt es sich, die Kuhmilch mit Zusatz von Kufekes Kindermehl weiterzugeben.

Kataloge gratis.

Bitte lesen Sie!!
Ich offeriere Ihnen meine neuesten **Zonophonplatten u. Hartgußwalzen** zu folg. billigst. Preis.: **Zonophonpl.** einseit. bespr. v. 75 Pf. per St. an, **Zonophonpl.** zweiseit. bespr. v. 1 M. per St. an, **Hartgußwalzen,** kräftige Wiedergabe, v. 55 Pf. per St. an, **Sprechmaschinen** 1. Qu. v. 15 M. an.
N. Mottek, Dresdenerstr. 21, am Oranienplatz.

Brauerei Germania Akt.-Ges.
Amt 7 Nr. 2645 **Frankfurter Allee 53.** Amt 7 Nr. 2645
in sämtlichen **100** Filialen 9822*
Malzbier vom Faß 4/10 Liter 10 Pf.
alkoholarm, nahrhaft, wohlschmeckend. 21/63
18 Flaschen 1,50 Mark, durch eigene Gespanne frei Haus.

Jedes **Jenensia-Rad**
ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder M. 65.—, Sozial-Luxus-, mit Freilauf, M. 100.—.
Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23" zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Besonderes Angebot für das Pfingstfest!
Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Kostümröcken, Blusen und Unterröcken
hervorragend billig, teilweise bis unter der Hälfte des regulären Preises. 13752*
S. Weissenberg, Große Frankfurterstraße 126, Ecke Koppenstraße.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12 Saison-Ausnahmepreise für Gardinen, Stores, Bettdecken, Portieren, Tischdecken. Reste enorm billig. 1511K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Herrenhüte, Kinderhüte, Stück 50 Pfennig. Engrosgeschäft Neuer Markt 1—2. Laden. 1530K*

Fahrräder. Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1509K*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Möbel, Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig Linienstr. 247 I.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1542K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen drei Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, Garnitur 50, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 16. Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Während des Umbaus Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen. Kleiderspinden 23,—, Waschtoiletten 20,—, Spiegelspinden 18,—, wunderhübsche Garnituren, Sofas 40,—, entzückende Schlafzimmer in allen Arten, wunderhübsche bunte Küchen 60,—, englische Bettstellen mit Federboden 42,—. Kolossale Auswahl. Eigene Werkstätten. Möbelfabrik Hirschowitz, Skalitzerstraße 25. 1595K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 263/3

Blusen in jeder Preislage, direkt Fabrik, Blumenstraße 9 II. 125/7*

Kostüme nach Maß, auch bei Stoffzugabe. Gutsitzende Schneiderarbeit. Blumenstraße 9 II. 124/20*

Kostümröcke von 2 Mark an. Spezialfabrik, Blumenstraße 9. 125/1*

Anzüge, Uhren, Schmucksachen, Wäsche, Betten, Gardinen, Teppiche, Decken, spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1596K*

Taubenbörse, alle Sorten Fliegetauben, Weißenburgerstraße 60. *

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2107b*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche, großer Posten mit kleinen Webefehlern, in verschiedenen Mustern spottbillig. Teppich-, Gardinenhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor.

Portieren in Tuch, Plüsch und Wolle, von 1—3 Fenstern, ganz bedeutend unter Preis. Teppich-, Gardinenhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor.

Steppdecken, imitiert Seide in allen Größen, zu noch nicht dagewesenen Spottpreisen. Steppdecke 160×210 geschmackvoll und wunderbar ausgeführt 5,75. Teppich-, Gardinenhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor.

Gardinen, aus den bedeutendsten Fabriken, modernste Muster, unbedingte Haltbarkeit garantiert. Teppich-, Gardinenhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor.

Sechzig Muschelspiegel, fünfzig Trumeaus, hundert bessere Bettstellen, reelle Matratzen, — Sofas, — enorm riesige Auswahl vollständiger Wohnungs-Einrichtungen bekannt billigst! „Nur Grünerweg 81." Hermann Dwinatzki. 1540K*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1508K*

Nähmaschinen, reell, vorteilhaft, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †89*

Nähmaschinen. Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †26*

Nähmaschinen (Original Frister u. Rossmann) billigst. Teilzahlung gestattet. Zuschneide-Kursus unter Leitung einer geprüften Lehrerin für Kunden kostenlos. Fabriklager: Rosenthalerstraße 19.

Herrenhüte, moderne, 1,25; bessere Sachen billigst Holzmarktstraße 34a, Ecke Andreasstraße. *

Brennaborräder. Teilzahlungen ohne Anzahlung. Hetzke, Danzigerstraße 95. 1578K*

Lauben-Baumaterialien, neue und gebrauchte, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. billigst. Früher Kottbuserdamm 22, jetzt Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 1236b*

Jackettanzüge, elegante, 12,00 und 16 Mark, Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †23*

Federbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 128/20*

Möbel, Kleiderschränke, Sofas, Bettstellen, reelle Matratzen, Küchenmöbel, spottbillig. Großartige Auswahl. Saalfelds Möbelspeicher, Krautstraße 50, kein Laden 4142b

Papageien, großartige Sprecher, Kommandantenstraße 52, Restaurant.

Damenjacketts, Paletots, Kostümröcke, hochelegante Reisemuster, teils auf Seide, durchweg 8 Mark, Posten Steppdecken (Seidenflor), statt 8 Mark durchweg 3,75. Julius Neumann, Belleallianceestraße 105. 1597K*

Plüschteppich, Standbetten, Gardinen, Stores, Uebergardinen, Steppdecken billig. Hoffmann, Naunynstraße 52. 2150b

Kleiderspind, nußbaum 38,00, Bücherschränke, Säulenschränke, Ankleideschränke, Säulentrumeau 28,00, Muschelbetten 22,00, Polstermöbel spottbillig. Möbellager Chausseestraße 42. 2145b

Restaurant 1200, Grüner Weg. Näheres Langestraße 71. †134

Bücher, umständehalber verkauft Schuster, Görlitzerstraße 71 III. Verzeichnis. †75

Metallbetten, zwei elegante komplette 90,00, Plüschsofa 40,00, diverse Möbel, dringend, jeden Preis. Landsbergerstraße 42 II. 2141b

Pianino, goldgraviert 90,00 (kein Tafelklavier). Turmstraße 8, parterre.

Bettstelle, Matratze 15,00, Schlafsofa 20,00. Pallisadenstraße 23, Tapezierer. 129/3

Verschiedenes.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 9735*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 1429K*

Vereinszimmer, Saal für Vereine und Gewerkschaften zu vergeben. Alte Jakobstraße 83. 2106b

Bier Vereinszimmer, 20—130, Montage, Sonnabende frei, 1/10 10 Pfennig. Engel, Seydelstraße 30.

Teilhaber. 4000 Mark, zur Ausnützung geschützter Neuheit, Schleuderspielautomat, gesucht. Offerten H. L. 89, Filialexpedition „Vorwärts" Lausitzer Platz 13/14. 2144b

Gasthof oder gutgehendes Restaurant wird gegen Eintausch einer Villa, Landhaus oder größeres Eckhaus im Vorort, gesucht. Näheres bei Schönfeldt, Röntgental, Stettiner Bahn.

Vermietungen.

Zimmer.

Kleines freundliches Zimmer an zwei oder einen Herrn vermietet Witwe Bitterhoff, Liebigstraße 10, vorn III. †27

Möbliertes Zimmer zu vermieten Strelitzerstraße 29 III links. †115

Möbliertes Zimmer vermietet Anders, Friedrichstraße 215, Seitenflügel III. 2151b

Möbliertes Vorderzimmer, Schlafstelle, für zwei Herren Wendenstraße 2, vorn I bei Krause, Görlitzer Bahnhof. †75

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn bei Hinz, Gräfestraße 6, 1. Quergebäude 3 Treppen.

Möblierte Schlafstelle. Hecht, Graunstraße 1, vorn I. †132

Bessere Schlafstelle Grünauerstraße 12, 1 Treppe links. †75

Brandenburgstraße 30/31 IV links schmuckes Stübchen als Schlafstelle vermietbar. 2109b

Freundliche Schlafstelle (Herrn). Granzow, Yorkstraße 62. 2138b

Freundliche Schlafstelle Reichenbergerstraße 37, bei Gerhardy. 2137b

Mietsgesuche.

Kleines Zimmer oder möblierte Schlafstelle, allein, separaten Eingang, sucht Herr. Offerten unter B. 4, Expedition des „Vorwärts". *

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann sucht Stellung als Kassierer oder Portier. Offerten unter H. M. 100, Postamt 17. †27*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Kürschnergehülfe! Ein tüchtiger Kürschnergehülfe, der auch auf Mützen eingearbeitet ist, findet dauernde, lohnende Stellung. C. Kosan, Kürschnermeister, Spandau, Havelstraße 3.

Sattler auf Armeesättel finden sofort lohnende Beschäftigung bei August Lob Söhne, Wilhelmstraße 22.

Grundierer verlangt Goldleistenfabrik Rixdorf, Pflügerstraße 18. 2136b

Zigaretten-Arbeiter gesucht. Zigarettenfabrik „Teltus", Brunnenstraße 27 II. 2134b

Putzer, 15 gute Fassadenputzer können sofort anfangen Berlinerstraße 133, Charlottenburg. Vier Kolonnen Innenputzer können am 6. Juni anfangen. Daselbst melden. Nur gute Putzer. Bei Kremer. 2146b

Aeltere Frau zur Hülfe in Wirtschaft gesucht. Wende, Pankow, Mühlenstraße 33. †137*

Botenfrauen finden sofort lohnende und dauernde Beschäftigung Alt-Moabit 138. 129/2

Zeitungsfrauen verlangt für Potsdamer Viertel Kronenstraße 65. *

Zentralverb. d. Maschinisten, Heizer u. Berufsgen. Deutschl.

Zahlstelle Berlin
sucht zum 15. Juni einen **besoldeten Kassierer.** Derselbe muß auch politisch organisiert sein, gut und flott schreiben und rechnen können, fachlich gebildet sein, da derselbe auch den Arbeitsnachweis zu führen hat.
Kollegen, welche darauf reflektieren, mögen selbstgeschriebenes Bewerbungsschreiben bis spätestens den 5. Juni einsenden an **W. Insel,** O. 34, Matternstr. 2, Quergeb. IV. 138/17

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).
Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aussperrung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgesperrt:
G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Mauerstraße 80.
Fritsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnstraße.
H. Reiß, Lützowstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Metschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schoß, Puttkamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Naucksche Buchdruckerei, Stallschreiberstraße 5.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Kämmerer, Kochstr. 67.
Werner, Lindenstraße 3.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 2a.
Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Lotze & Sieler, Kochstr. 3.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.
Heckendorff, Reichenbergerstraße 36.
Schreiber & Co., Luckauerstr. 7.
Diese Betriebe sind gesperrt!
Vor Arbeitsannahme wird gewarnt!
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Die Versammlungen der Wahlvereine

finden am Dienstag, den 26. Juni statt, die Generalversammlung des Verbandes am **Sonntag, den 29. Juli, 12 Uhr mittags**, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 103.

Der Aktions-Ausschuß.

6. Wahlkreis. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr in den Germaniasälen, Chausseestraße 103, statt. Anträge sind einzureichen an Wilhelm Freytthaler, Gartenplatz 1. Der Vorstand.

Bezirk Waidmannslust. Der Wahlverein veranstaltet am 2. Pfingstfeiertag in Waidmannslust im Schweizerhäuschen ein Frühkonzert. Die Gesangvereine „Waldchor“-Borsigwalde und „Maibund“-Wittenau haben ihre Mitwirkung zugesagt, außerdem hat das Vergnügungskomitee verschiedene Ueberraschungen in Aussicht genommen, so daß das Vergnügen ein recht interessantes zu werden verspricht. Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 5 Uhr an zur Verfügung. Liter 60 Pfennig. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Liebevolles Werben der Stadtmissionen.

Ueber die Austritte aus der Kirchengemeinschaft, deren Zahl sich in der letzten Zeit ganz außerordentlich gemehrt hat, ist auch auf der Kreissynode Friedrichswerder II sehr lebhaft debattiert worden. Was soll (so fragten sich die Personen und ihre Getreuen) geschehen, um dieser Massenflucht Einhalt zu gebieten? Die Kreissynode Kölln-Stadt hatte eine Resolution angenommen, die es als „dringende Pflicht“ der kirchlichen Organe bezeichnete, „auf die Folgen des oft leichtsinnig erklärten Austrittes in geeigneter Weise hinzuweisen“. Dieselbe Resolution wurde auch der Kreissynode Friedrichswerder II vorgelegt und empfohlen.

Nun werden ja diese Hinweisungen auf die „Folgen“ schon seit langem durch die Stadtmissionare besorgt. Sobald jemand die ersten Schritte tut, um seinen Austritt aus der Kirchengemeinschaft zu erklären, darf er mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß alsbald einer dieser Agenten Stöckers ihm ins Haus kommt und ihn umzustimmen versucht. Hiernach wäre es eigentlich ganz überflüssig, den Abtrünnigen noch andere Sendboten der Kirche auf den Hals zu schicken. Doch auf der Synode Friedrichswerder II erhoben sich Stimmen, die gerade vor den Stadtmissionaren warnten. Ein Pastor, der zunächst den Satz aufgestellt hatte, daß man „mit liebevollem Werben den Leuten nachgehen müsse“, sprach hinterher die Ansicht aus, der Stadtmissionar sei nicht die geeignete Person, auf diejenigen mit Erfolg einzuwirken, die der Kirche den Rücken kehren wollen. Der Stadtmissionar werde in weiten Kreisen des Volkes als im Dienste einer kirchenpolitischen Partei stehend angesehen. Ein anderer Redner klagte, die Stadtmission übe gegenüber den Geistlichen eine Art Nebenregierung aus und mit ihrer Hülfe werde nur Unfriede gestiftet. Ein Dritter meinte, gerade für die Agitation zum Austritt aus der Landeskirche sei die Tätigkeit der Stadtmissionare verhängnisvoll; denn Stöcker, der Leiter der Stadtmission, benutze jede Gelegenheit, die Sozialdemokratie anzugreifen. Mit Stöcker an der Spitze werde die Stadtmission in der Austrittsbewegung nichts gegen die Sozialdemokraten ausrichten.

Diese Erklärungen gegen die Stadtmission kamen natürlich aus den Reihen der kirchlich Liberalen, denen die um Stöcker das Leben sauer genug machen. Ein liberaler Pastor jammerte, die Hauptaufgabe der Stadtmission sei die Bekämpfung der liberalen Pastoren bei den Kirchenwahlen. Wir vermuten, daß Stöcker und seine Agenten in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie den Beifall auch der Liberalen fänden, wenn sie nur nicht in den Katzbalgereien zwischen Liberalen und Orthodoxen den letzteren so erfolgreich dienten. Der Sozialdemokratie fällt in diesem Streit um die Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit der Stadtmissionare die Rolle des lachenden Dritten zu.

Aenderung bei der Straßenbahn. Eine Aenderung im Betriebe der Straßenbahn wird vorübergehend notwendig. Auf dem südlichen Teil des Savignyplatzes wird eine neue Gleisverbindung hergestellt. Um diese fertigzustellen, muß die Linie U, Wilmersdorferstraße—Savignyplatz—Knesebeckstraße, abgekürzt werden. Die Wagen verkehren während der Behinderung nur zwischen der Wilmersdorferstraße und dem Savignyplatz. Die Arbeiten werden so beschleunigt, daß die Beschränkung nur für zwei Tage notwendig sein wird, und zwar am Mittwoch und Donnerstag, den 30. und 31. Mai.

Zur Beschleunigung der Briefbestellung am ersten Pfingsttage hat die Postverwaltung angeordnet, daß die an diesem Tage zur Beförderung gelangenden gewöhnlichen Briefschaften und Karten mit einem Bestellungsstempel **nicht versehen** werden.

Pfingst-Sonderzüge. Pfingst-Sonderzüge zum gewöhnlichen Fahrpreis verkehren auf fast allen Bahnstrecken. Von der Stadtbahn nach Osten gehen unter anderem ab Charlottenburg vom 31. Mai bis 7. Juni 7,58 Uhr vormittags über Breslau bis Kandrzin und Kattowitz, und vom 31. Mai bis 9. Juni 4,13 Uhr nachmittags bis Breslau und bis Kattowitz; ab Schlesischer Bahnhof am 2. und 3. Juni 7,08 Uhr vormittags bis Breslau; ab Charlottenburg vom 31. Mai bis 2. Juni 10,00 Uhr vormittags bis Liegnitz und Breslau; ab Schlesischer Bahnhof am 2. Juni 3,01 Uhr nachmittags bis Sagan und Breslau, ferner am 1. und 2. Juni 8,06 Uhr abends bis Breslau, vom 31. Mai bis 2. Juni und 5. Juni 9,06 Uhr abends bis Breslau und Myslowitz; ab Charlottenburg am 1., 2., 5. und 6. Juni 2,13 Uhr nachmittags, und am 1., 2., 5. und 6. Juni 9,20 Uhr vormittags bis Posen; ab Schlesischer Bahnhof am 1., 2., 3., 5. und 6. Juni 7,56 Uhr vormittags und am 1., 2. und 5. Juni 5,45 Uhr nachmittags bis Posen. Ferner gehen Züge nach Schneidemühl, Dirschau, Insterburg, Thorn, Bromberg, Kreuz, Küstrin-Neustadt, Allenstein, Landsberg a. W., Dahmsdorf-Müncheberg. Die Eisenbahnverwaltung läßt die Benutzung dieser Züge besonders empfehlen, da sie die Anschlüsse mit größerer Sicherheit gewährleisten.

Verkehrssperrungen. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: „Aus Anlaß der am 31. Mai vormittags 9 Uhr auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Parade wird die Tempelhofer Chaussee von etwa 8 Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt.

Die Belleallianceстraße und die Lichterfelderstraße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Ausrücken der Truppen bis nach deren Einmarsch in die Stadt nicht befahren werden. Nur den mit Passierscheinen versehenen Personenwagen ist das Befahren der Belle-Alliancestraße bis zum Steuerhause gestattet. Alle übrigen Personenwagen haben bei der Kreuzbergstraße in die Lichterfelderstraße einzubiegen und durch diese auf das Tempelhofer Feld westlich der Chaussee zu fahren.

Der Betrieb der Straßenbahn- und Omnibuslinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen (insbesondere auch in der Friedrichstraße) mit dem Beginn des Ausmarsches der Truppen (etwa von 7 Uhr ab) bis zur Aufhebung der Absperrung eingestellt, bezw. eingeschränkt oder abgelenkt.

Auf das Paradefeld östlich der Tempelhofer Chaussee werden nur solche Equipagen zugelassen, deren Inhaber mit polizeilichen Passierscheinen versehen sind; alle anderen Gefährte, sowie die zu Fuß befindlichen Zuschauer müssen sich westlich der Tempelhofer Chaussee aufstellen, sofern letztere nicht im Besitze einer Zutrittskarte für die auch diesmal auf dem Paradefelde von der Militärverwaltung erbaute Tribüne sind. Für die Tribünenbesuchen gelten die auf den Karten aufgedruckten besonderen Bestimmungen.

Den Anordnungen der Schutzmannschaft in bezug auf Anfahrt und Abfahrt aller Wagen, sowie über das Verhalten auf dem Tempelhofer Felde muß im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung unweigerlich Folge geleistet werden.

Marketenderei und Restaurationsbetrieb wird auf dem Tempelhofer Felde nicht geduldet. Das Aufstellen von Stühlen, Handwagen und ähnlichen Mitteln zum besseren Sehen ist nicht gestattet.

Sollte sich die Zeit des Beginns der Parade ändern, so finden die vorstehend erwähnten Zeitangaben sinnentsprechende Aenderung.“

Das Verhalten der Aufsichtsbehörde gegen die Ortskrankenkasse der Schneider

ist ein geradezu auffälliges, wenn man in Betracht zieht, wie sonst bei der geringsten Kleinigkeit die Behörde sich in die Selbstverwaltung der Krankenkassen einmischt. Wer allerdings die einzelnen Vorgänge in dieser Kasse näher kennt und weiß, daß die Leitung dieser Kasse vorläufig noch Leuten des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie untersteht, dem wird manches und noch mehr erklärlich werden. Das ist denn auch der springende Punkt, um den sich alles dreht und das Verhalten der Aufsichtsbehörde in grellem Lichte erscheinen läßt. Alle Mittel — ob gesetzlich oder ungesetzlich, danach wird gar nicht mehr gefragt — sind recht, um die Herrschaft der Kasse dem Reichsverbande möglichst lange noch zu erhalten. Das ist natürlich nicht so leicht. Bereits am 27. November wurde der Herrlichkeit der Reichsverbändler ein Ende bereitet, indem sie bei der Wahl durchfielen. Trotzdem blieb aber der Vorstand im Amt. Wegen Formfehler, die der Vorstand selbst mitverschuldet hatte, focht er die Wahl an und nach fünf Monaten wurden die Wahlen für ungültig erklärt. Das war natürlich ganz nach den Wünschen der Reichsverbändler, denn sie konnten in der Zeit schalten und walten, wie sie wollten. Es wurde eine neue Wahl ausgeschrieben, die am 22. Mai in Kellers „Neuer Philharmonie“ in der Köpenickerstraße stattfand. Das Ergebnis dieser neuen Wahl war ein doppelter Reinfall. Nicht nur, daß die Zahl der abgegebenen Arbeitnehmerlisten des Schneiderverbandes die der Reichsverbändler vollständig erdrückte, fiel auch die Arbeitgeberliste der Reichsverbändler durch. Das scheinen die Herren auch vorausgesetzt zu haben, denn sie hatten schon vorher alle möglichen Schwierigkeiten ausgetüftelt. In erster Linie versuchten sie es mit der Wahlzeit. Das nützte ihnen aber nichts, denn die Wähler, die die Kasse wieder in ordnungsgemäßen Zustand bringen wollten, erschienen in Massen. Um aber nicht wieder wegen eigener Formfehler Protest erheben zu müssen, griffen sie zu einem neuen Mittel, um wiederum die Wahl angreifen zu können. Der Vorstand ließ erklären, daß die Stimmenauszählung im Kassenlokal stattfinde. Diesen Willkürakt ließen sich die Wähler nicht ohne weiteres gefallen und sie verlangten sofortige Auszählung, das schon deshalb, weil keine Kommission vorhanden war zur Vornahme dieser Auszählung und man zu dem Vorstand, wenn er unter sich ist, das größte Mißtrauen hegte. Die Weigerung des Vorstandes rief unter den Anwesenden eine sehr begreifliche Erregung hervor, die noch gesteigert wurde, als einige Reichsverbändler den Versuch machten, die Wahlurne ihres Inhaltes zu berauben. An der Ausführung dieses Vorhabens wurden sie jedoch durch das Einschreiten anderer Kassenmitglieder gehindert. Der Vorstand rief nun Polizei zu Hülfe. Diese fand aber nichts zu tun.

Natürlich sind die Reichsverbändler über die erlittene Niederlage rasend und stimmen ein wahres Wutgeheul an. In einem vom Reichsverband an die Presse versandten Waschzettel, der vor allem von der Provinzpresse mit Behagen nachgedruckt wird, gebärden sie sich wie toll. Es wird behauptet, daß die Absicht bestanden habe, nach Feststellung der Zahl der abgegebenen Stimmzettel diese in verschlossener und versiegelter Urne der Behörde zu übergeben. Das ist natürlich nur eine faule Ausrede, denn wie sich später herausstellte, waren nicht einmal Schlösser vorhanden, um die Wahlurne zu schließen. Dann wird behauptet, die „aufgehetzte Meute“ habe das Podium gestürmt, um sich der Wahlliste zu bemächtigen, so daß Polizei aufgeboten werden mußte, um den Saal zu räumen. Natürlich ebenfalls echt reichsverbändlerischer Schwindel. Gewiß ließ der Vorsitzende Polizei holen, diese fand aber keine Veranlassung zum Einschreiten; eher hätte ein solches Einschreiten gegen die intellektuellen Veranlasser der Erregung vorgelegen. Alle diese Behauptungen werden nur in die Welt gesetzt, um die unerhörte Willkürwirtschaft der Reichsverbändler zu bemänteln. Natürlich suchen die Herren von neuem nach Mitteln, um die Wahl wiederum anzufechten, und sei es auch nur zu dem Zweck, ihre Herrschaft der Kasse noch weitere Monate den Kassenmitgliedern aufzuzwingen.

Jetzt wollen sie herausgefunden haben, daß verschiedene Wähler doppelt gewählt haben, zwanzig Personen sollen festgestellt sein, auch bei den Arbeitgebern sammeln die Herren „Material“. Inwieweit dies Bemühen Erfolg hat, darauf gedenken wir später noch zurückzukommen. Inzwischen versucht dieser Mustervorstand, bevor er mit Schimpf und Schande die Kasse verläßt, die Angestellten zu maßregeln. Zwei Dutzend Beamte sollen entlassen werden. Warum, weiß natürlich außer dem Vorstand niemand.

Wir fragen: Wie lange soll diese Wirtschaft noch weitergehen? Wird die Aufsichtsbehörde, die sich sonst sehr schnell und zu viel um Sachen kümmert, die sie wirklich nichts angehen, endlich dafür Sorge tragen, daß die bereits voriges Jahr gewählten und nun wieder gewählten Vertreter endlich ihr Amt ausüben können? Will die Aufsichtsbehörde sich nicht dem Verdacht aussetzen, die Manipulationen der Reichsverbändler zu begünstigen, so muß sie so schnell wie möglich die Vertreter in Funktion treten lassen. Hier hätte sie eine Gelegenheit, einmal im Interesse der Kassenmitglieder zu wirken.

Schema F. Ein reizendes Stückchen von Schema F und Bureaukratismus leistete sich, wie das „Tageblatt“ meldet, kürzlich die Militärbehörde auf dem Tempelhofer Feld. Am 31. Mai soll bekanntlich die Frühjahrsparade abgehalten werden, und um den Staub zu dämmen, hatte eine Abteilung Soldaten den Befehl erhalten, mit einer großen Zahl von Schläuchen das Feld zu besprengen. Der böse Feind, diesmal der Staub, ließ sich aber gar nicht sehen, er lag durch einen anhaltenden Regen niedergeschlagen am Boden. Trotzdem wurde ihm kein Pardon gegeben, und mit hochgeschlagenen Kragen sprengten des Königs Grenadiere Wasser über Wasser auf das Feld. Anscheinend war der Befehl, das Sprengen einzustellen, noch nicht „unten“ angelangt.

Ein Sieg des Berliner Stadtfreisinns. In dem Streit um die Wahl des Freisinnigen Leis zum Stadtverordneten hat am Dienstag das Oberverwaltungsgericht eine letzte Entscheidung gefällt. Die Leute des Antisemiten Pretzel, des in der Stichwahl unterlegenen Gegenkandidaten, sind mit ihrem Einspruch und ihrer Klage abgewiesen worden. Die Wahl des Herrn Leis behält ihre Gültigkeit, entsprechend dem Beschluß der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit.

Das Urteil lautet: Die Beweisaufnahme habe in keiner Weise ergeben, daß die Wahl des Hotelbesitzers Leis auf unzulässigen Wahlbeeinflussungen beruhe. Es bedürfe auch keiner weiteren Beweisaufnahme im Sinne des Klägers Lehmann. Denn das Gericht habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Beweisbehauptungen nicht auf Tatsachen beruhten, sondern daß nur versucht worden sei, zu sehen, ob die Zeugen das bekunden könnten, was in ihre Wissenschaft gestellt werde.

Das Streitverfahren hat hiermit nach einer Dauer von fast dritthalb Jahren sein Ende erreicht. Herrn Pretzel und seiner Gefolgschaft kann man das Zeugnis ausstellen, daß sie ihrem Gegner in diesem Streit, dem Berliner Freisinn, den Sieg leicht genug gemacht haben: sie haben ihre Sache geradezu jammervoll geführt. In der Beweiserhebung über die Wahlbeeinflussungen, die behauptet wurden, hat Herr Pretzel selbst die Rolle eines unfreiwilligen Spaßmachers übernommen. Bei jener Wahl hatten die Freisinnigen ihr Agitationsbureau just in einem Vorraum des amtlichen Wahllokals aufgeschlagen, so daß jeder Wähler durch ihr Bureau hindurchwandern mußte. An sich ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß mancher antisemitische Wähler den Weg durch dieses Bureau scheute und infolgedessen der Stichwahl ganz ferndblieb. Herr Pretzel aber hat das dem Gericht in folgender Form plausibel zu machen gesucht. Er erzählte, schon das jüdische Gesicht des Leiters des liberalen Agitationsbureaus sei geeignet gewesen, die antisemitischen Wähler abzuschrecken. Dem Gericht hat er mit diesem Beweismittel nicht imponieren können. Auch der Beweis, daß sogar Beeinflussungen Angestellter durch ihre Brotherren vorgekommen seien, mißlang. Das braucht allerdings nicht dem Ungeschick der klagenden Antisemiten aufs Konto gesetzt zu werden. Es ist ja bekannt, daß Beeinflussungen dieser Art in der Regel schwer nachzuweisen sind.

Das Gericht hat es dem siegreichen Freisinn erspart, sich auch über jenen ebenso plumpen, wie frechen Schwindel zu äußern, der damals von Freisinnigen zugunsten des Herrn Leis verübt wurde — über die Fabrizierung eines Flugblattes, das unter der Spitzmarke „Genossen!“ für Leis um die Stichwahlhülfe der sozialdemokratischen Wähler werben sollte. Der Schwindel wurde vom „Vorwärts“ aufgedeckt, noch ehe das fertig gedruckte Flugblatt zur Verteilung kam. Das Gericht hat sich hiermit nicht zu beschäftigen brauchen, weil das Schwindelflugblatt dann schließlich überhaupt nicht verteilt wurde. Schade! Man hätte da manches Interessante über die freisinnige Wahlmache erfahren können.

Zur Erhöhung der Droschkenfahrpreise. Die Einführung des von der Mehrheit der Droschkeninteressenten-Konferenz auf dem Polizeipräsidium beschlossenen neuen Droschkentarifs, der auch die Billigung des Polizeipräsidenten fand, erscheint neuerdings sehr in Frage gestellt. Nachdem schon die Kutscher dagegen protestierten, hat jetzt auch die Personen-Lohnfuhrwerks-Innung als ausschlaggebende Organisation der Droschkenbesitzer sich gegen jenen Tarif erklärt, der bei der Konferenz von ihren beiden Vertretern selbst beantragt wurde. Die vorgestern im „Prälaten“ abgehaltene außerordentliche Innungsversammlung nahm einen stürmischen Verlauf. Den Vertretern der Innung auf der Konferenz wurde vorgeworfen, sie hätten ihrem Auftrage zuwider gehandelt und statt der von der Innung beschlossenen Erhöhung der Grundtaxe von 50 auf 70 Pf. die von den Automobilgesellschaften gewünschte Verkürzung der Grundstrecke befürwortet. Fast sämtliche Versammlungsbesucher sprachen sich gegen diese Form der Fahrpreiserhöhung aus, weil dadurch eine so enorme Verteuerung des Droschkenfahrens eintreten würde, daß die Kutscher die Kundschaft verlieren würden. Bei dem geplanten Ersatz der Taxe 1 durch Taxe 2 würde nämlich die Droschkenfahrt pro Stunde 80 Pfennig mehr kosten. Nahezu einstimmig wurde beschlossen, bei dem Berliner Polizeipräsidium und den Polizeidirektionen Schöneberg, Charlottenburg und Rixdorf neuerdings die Erhöhung der Grundtaxe von 50 auf 70 Pf. zu beantragen. An die städtischen Behörden der genannten Orte wird in einer zweiten Eingabe das Ersuchen gerichtet, einer Droschkenfahrpreiserhöhung in der bis jetzt vom Polizeipräsidium geplanten Form die Zustimmung zu versagen.

Zwei tödliche Unglücksfälle haben sich vorgestern abend ereignet. Im Neanderhof in der Neanderstraße fand der Fahrstuhlführer Albert Rosenberg bei einem bedauerlichen Unfall seinen Tod. R. hatte in der zweiten Etage versehentlich die Tür zum Fahrstuhlschacht offen gelassen und als er nach einer kleinen Besorgung wieder zurückkehrte, glaubte er, der Fahrkorb halte in der zweiten Etage. Dies war jedoch nicht mehr der Fall und R., welcher in das Gehäuse eintrat, stürzte in den Schacht hinab. Schwer verletzt wurde der junge Mann in das Krankenhaus „Bethanien“ eingeliefert, wo er kurze Zeit darauf starb. — Auch der zweite Unglücksfall hat ein junges Menschenleben gefordert. Auf dem Grundstück Alexanderstraße 14 war der 20jährige Zimmermann Otto Kerber aus der Boxhagenerstraße 3 mit einem anderen Kollegen damit beschäftigt, einen schweren Balken nach dem ersten Stockwerk zu tragen. Die Last war für die beiden zu schwer und infolgedessen glitt der Balken von der Schulter des K. ab. Unglücklicherweise kam der Zimmermann zu Fall und das schwere Laststück stürzte ihm auf den Kopf. Der Schädel wurde dem Bedauernswerten zerschmettert, so daß der Tod bald eintrat.

Die vier Leichen der Bootskatastrophe auf dem Tegeler See sind jetzt sämtlich gelandet worden. Im Laufe der letzten Wochen konnten drei der Opfer des bedauerlichen Unglücks geborgen werden und jetzt ist auch der vierte Tote, der 18 Jahre alte Bauarbeiter Max Uecke, ans Land geschwemmt worden. In seinen Taschen fand man noch 16 M. bares Geld. Die Leiche wurde ebenso wie diejenigen der übrigen Ertrunkenen nach der Halle des Tegeler Friedhofes übergeführt.

Mit ihren Kindern gemeinsam in den Tod gegangen ist am Montag die 30jährige Ehefrau Anna des Tischlergesellen Paul Lindenau, Christburgerstr. 35 wohnhaft. L., der seit drei Jahren verheiratet war und mit seiner Frau in glücklicher Ehe lebte, hatte seit dem 1. Oktober in dem Seitenflügel des genannten Hauses eine aus zwei Stuben und Küche bestehende Wohnung inne. Der Ehe waren zwei Kinder entsprossen, das zweijährige Töchterchen Margarete und das drei Wochen alte Mädchen Lucie. Frau Lindenau war seit etwa zwei Jahren lungenkrank und das Leiden hatte sich in letzter Zeit, nach der Geburt des jüngsten Kindes, derartig verschlimmert, daß Frau L. ihren baldigen Tod befürchtete. Die Unglückliche trug sich infolgedessen mit Selbstmordgedanken, doch gelang es dem Zureden ihres Mannes, sie scheinbar von dem Vorhaben abzubringen. Als Lindenau am Abend gegen ¼8 Uhr von seiner Arbeitsstelle nach Hause kam und ihm auf wiederholtes Klingeln nicht geöffnet wurde, holte er, hierdurch beunruhigt, einen Schlosser herbei. Als dieser die Tür öffnete, stürzte plötzlich ein schwerer Körper zu Boden und legte sich derartig vor den Eingang, daß die Tür nur mit Mühe aufgemacht werden konnte. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick. An einem Bettpfosten hingen die Leichen beider Kinder, während der Körper der Frau L. neben der Tür vorgefunden wurde. Die Aermste hatte einen Strick zwischen Tür und Türverkleidung eingeklemmt und sich daran erhängt. Die drei Leichen wurden noch am vorgestrigen Spätabend nach dem Schauhause gebracht.

Ein schwerer Automobilunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich gestern nacht auf der von Hundekehle nach Wannsee führenden Chaussee. Dort fanden Passanten im Chausseegraben an dem in scharfer Kurve nach Zehlendorf abbiegenden Wege ein völlig zertrümmertes und teilweise verbranntes Automobil, unter dem die Leiche des Chauffeurs lag. Die Frage, wie sich der Unfall zugetragen hat und ob der Wagen, der einem Industriellen gehört, außer dem Chauffeur noch Fahrgäste gehabt hat, bedarf noch der Aufklärung. Bei dem Sturz hat sich der Chauffeur — es handelt sich um den 25jährigen Fritz Mahnke aus Wilmersdorf — das Genick gebrochen. Das ausströmende Benzin ist explodiert, so daß Teile des Wagens in Brand geraten sind. Die Leiche des Chauffeurs wurde nach dem Schauhause im Grunewald-Forst gebracht. Zeugen des Vorganges haben sich bisher nicht gemeldet. Die polizeiliche Untersuchung ist gestern eingeleitet worden. — Ein Automobilbrand rief gestern vormittag an der Leyezowstraße

große Aufregung hervor. Der Chauffeur Keibel des Fabrikbesitzers K. aus Charlottenburg hatte seine Herrschaft im Automobil nach Wiesbaden gebracht. Die Fahrt war glücklich und ohne Unfall verlaufen. Jetzt unmittelbar vor der Heimkunft geriet der Benzinbehälter in Brand, und im Nu stand das Fahrzeug in hellen Flammen. Keibel und in der Nähe beschäftigte Bauarbeiter versuchten die Flammen zu löschen, aber ihre Bemühungen waren erfolglos, und K. sowohl wie einer der Arbeiter trugen schwere Brandwunden an den Händen davon. Das Automobil, das angeblich einen Wert von 40 000 M. hatte, verbrannte bis auf die Metallteile.

Die Mitglieder der Berliner Stadtverwaltung, die zurzeit in Paris zum Studium der Verkehrseinrichtungen weilen, haben am Sonntag die Untergrundbahn, Linie III von der Opéra bis zum Père Lachaise, besonders die Treppeneingänge, alsdann die Linie II Nord und den Bahnhof Couronne, wo das große Betriebsunglück stattgefunden hatte, besichtigt. Ferner nahmen sie bei Combat einen Teil des Viadukts auf den nördlichen Boulevards und der Etoile die Verbindungsgänge und Treppenanlagen der dort übereinanderliegenden drei Bahnhöfe in Augenschein. Dann wurden drei Bahnhöfe und weiter die Linie II Süd bis zum Quai Grenelle befahren, der Viadukt über einer Straßenbrücke besichtigt und eine Dampferfahrt auf der Seine gemacht. Einige Herren besuchten nachdem die Bahnbaustellen auf der Seineinsel.

Auf offener Straße von einem freudigen Familienereignis überrascht wurde vorgestern abend die 28jährige Amalie D., die in der Grünthalerstraße 56 wohnt. Das junge Mädchen war Einkaufen gegangen und als sie durch die Badstraße ging, schenkte es plötzlich einem Knaben das Leben. Passanten schafften die junge Mutter samt ihrem Kinde in eine Droschke und brachten sie nach der Unfallstation XVII. Von dort erfolgte ihre Aufnahme in die Charité.

Die Polizei auf der Straßenbahn. Ueber diesen Gegenstand macht uns ein Parteigenosse Mitteilungen, die das Verhalten der Polizei in einem eigentümlichen Lichte erscheinen lassen. Hatte da Ende voriger Woche in Mariendorf eine Metallarbeiterversammlung stattgefunden, in der auch das Verhalten der Gendarmerie am Orte Streikenden gegenüber einer berechtigten Kritik unterzogen werden mußte. Die Versammlung war zu Ende und der Referent des Abends mit noch einigen Kollegen mußte, um nach Hause zu kommen, noch spät abends die Elektrische nach Berlin benutzen. Auch ein Gendarm stieg auf und es dauerte nicht lange, mischte er sich in die inzwischen geführte Unterhaltung mit dem Befehl ein, sich ruhig zu verhalten. Als ihm bedeutet wurde, daß der Gendarm auch nur Fahrgast sei und er keine Streikposten vor sich habe und sich die Angeredeten jede Belästigung verbaten, verhielt sich der Zurechtgewiesene zunächst ruhig. Aber die fortgesetzte Unterhaltung schien ihn offenbar zu ärgern und der Hüter des Gesetzes schlug nunmehr einen schneidigeren Ton an. „Nehmen Sie sich in acht, sonst zeige ich Ihnen etwas anderes," fuhr er kurz darauf in das Gespräch hinein. Als auch diese Anmaßung zurückgewiesen wurde, befahl er dem Schaffner einfach, den Wagen anzuhalten und denjenigen, der sich gegen das Benehmen des Gendarmen wehrte, vom Wagen zu verweisen. Der Schaffner kam diesem Befehl auch nach, er ließ den Wagen halten und der Gendarm nahm eine Stellung ein, um den „Unbotmäßigen" vom Wagen zu werfen. Schließlich forderte der Schaffner zum Verlassen des Wagens auf, und auf die Frage nach dem Grunde dieser Maßnahme gab er zur Antwort: „Der Gendarm hat's befohlen!" Die Insassen des Wagens waren über ein derartiges Verfahren sehr aufgebracht und hielten mit ihrer Entrüstung auch nicht zurück. Kurz darauf stieg auch der Gendarm, von unseren Fahrgästen begleitet, ab und verlangte Papiere zu sehen, um die Personalien desjenigen festzustellen, den er belästigt hatte. Bei dieser Feststellung machte das Publikum keinen Hehl von seiner Empörung gegen die Handlungsweise des Gendarmen, und nur mit Mühe konnte dasselbe vor Unbesonnenheiten zurückgehalten werden. Das Benehmen der Polizei schließt sich dem gegen die Streikenden in Mariendorf würdig an. Die Polizei ist allmächtig nicht nur auf der Straße, sondern auch schon auf der Straßenbahn. Da eröffnet sich noch ein großes Feld polizeilicher Tätigkeit.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Wehr nach der Elsasserstraße 44 gerufen, wo in einer Wohnung Feuer durch Fahrlässigkeit ausgekommen war. Gleichzeitig mußte ein Küchenbrand in der Liegnitzerstr. 41 gelöscht werden, der durch Ueberkochen von Fett entstanden war. Wegen eines Kellerbrandes erfolgte ein Alarm nach Rixdorf, Hasenheide 61/62, Ecke der Lehninerstraße und Kaiser Friedrichplatz, dort brannten Stroh, ein dürrer Weihnachtsbaum u. a. Die Berliner Feuerwehr löschte die Flammen mit einer Schlauchleitung. Als die Berliner Feuerwehr abrückte, erschien die Rixdorfer Feuerwehr. Gleichzeitig mußte der 7. Zug ein Feuer löschen, das in einem Lagerkeller ausgekommen war. Außerdem hatte die Wehr noch am Kottbuserdamm 94 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Montag gab es wieder einmal recht stürmische Debatten, die zum großen Teil durch die Geschäftsführung des Vorstehers hervorgerufen wurden. Die Stadtverordneten, die der Minderheit angehören, führten in lebhafter Weise darüber Beschwerde, daß der Vorsteher bei seiner Geschäftsführung sich nicht von objektiven Rücksichten leiten lasse, sondern die Redner der Minderheit in ihrer Redefreiheit beschränkt, während die Fraktionskollegen des Vorstehers einen über alle parlamentarischen Regeln hinausgehenden Schutz genießen. Die Redner der Minderheit protestierten ganz energisch gegen diese Parteilichkeit des Vorstehers und führten zum Beweise dafür, daß die Objektivität des Vorstehers dann aufhört, wenn es sich um seine engeren Freunde handelt, die zahlreichen Vorgänge bei früheren Sitzungen ins Feld. Ferner wurde gemißbilligt, daß der Vorsteher, Professor Heyne, auch gleichzeitig Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins ist, und sich in dieser Eigenschaft abfälliger Aeußerungen gegenüber einzelnen Stadtverordneten bedient. Der Mehrheit waren diese Debatten äußerst unangenehm, was sie durch Zwischenrufe auch zum Ausdruck brachte. Sie machten sogar allen Ernstes Anstalten, den Sitzungssaal zu verlassen.

Mehrere schon vor Monaten an die Stadtverordnetenversammlung gerichteten Petitionen der Lehrer, Lehrerinnen und Beamten, um Gewährung einer Teuerungszulage, führten ebenfalls zu lebhaften Auseinandersetzungen, bei denen die Hausbesitzerfraktion es wiederum vorzog, zu schweigen. Die Petitionen wurden damals dem Etatsausschuß überwiesen, der aber durch die von den Mitgliedern der Hausbesitzerfraktion herbeigeführte wiederholte Beschlußunfähigkeit erst in der letzten Zeit Stellung nehmen konnte. Der Ausschuß empfahl, wie es bei seiner Zusammensetzung auch gar nicht anders zu erwarten war, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. In seiner Begründung wies der Berichterstatter darauf hin, daß bei dem Magistrat eine Aenderung der Besoldungsordnung in Vorbereitung sei, die eine Teuerungszulage überflüssig mache, zumal von einer Teuerung jetzt nicht mehr die Rede sein kann, denn die Fleischpreise sind bereits wieder gesunken. Von den bürgerlichen Stadtverordneten der Linken sowohl wie von den sozialdemokratischen Rednern wurde demgegenüber ausgeführt, daß von einem Sinken der Fleischpreise und der sonstigen Lebensmittelpreise gar keine Rede sein kann. Wenn die Petitionen erst jetzt zur Beratung stehen, so liegt das nicht an den petitionierenden Beamten und Lehrern, die sich schon seinerzeit, als den Arbeitern und unteren Beamten eine Teuerungszulage zugebilligt wurde, an die Stadtverordnetenversammlung gewandt haben, sondern die Schuld liegt an der Mehrheit, die es verstanden habe, die Angelegenheit soweit hinauszuschieben. Die Mehrheit zeige auch hier wieder, daß sie jedem sozialpolitischen Fortschritt ablehnend gegenübersteht. Auch der Oberbürgermeister Wilde schloß sich diesen Ausführungen an und betonte, daß in der nächsten Stadtverordnetensitzung eine diesbezügliche Vorlage vom Magistrat vorgelegt werde. Stadtverordneter Kunze forderte unsere Parteigenossen auf, zu beweisen, wann sich die Mehrheit dem Kulturfortschritt widersetzt habe. Unseren Genossen war es ein leichtes, an der Hand der letzten Vorgänge den Beweis dafür zu erbringen, worauf der genannte Herr auf weitere Entgegnungen verzichtete. — Der Antrag, allen Beamten, Lehrern und Lehrerinnen, die ein reines Gehalt bis zu 2400 M. beziehen, eine Teuerungszulage zu gewähren, wurde in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 19 Stimmen abgelehnt und gemäß dem Ausschußantrage beschlossen.

Eine längere Debatte brachte dann der Antrag der Stadtverordneten Zobel und Genossen, betreffend Schaffung einer Stadtarztstelle. Bekanntlich hatte die Stadtverordnetenversammlung am 2. Mai beschlossen, die vom Magistrat beantragte Einrichtung einer Medizinalratsstelle zu vertagen, bis die Besetzung der unbesoldeten Stadtratposten erledigt ist, worauf der Magistrat seine Vorlage überhaupt zurückzog. In der Begründung des Antrages hoben die Stadtverordneten Zobel und Gottschalk nochmals die bereits in der damaligen Sitzung angeführten Tatsachen hervor. Die Stadtverordneten Magnan (Soz.) und Küter (Soz.) konnten an der Hand des statistischen Materials den Beweis erbringen, daß in den letzten Jahren der Durchschnitt der Sterbefälle an Tuberkulose in Schöneberg fast durchgängig höher war, als der Durchschnittsjah für ganz Preußen. Auch die Säuglingssterblichkeit sei in Schöneberg außerordentlich hoch, sie betrage 33,5 Proz. Stadtverordneter Hepner (Hausbesitzerfraktion) bezweifelt die Richtigkeit der angegebenen Zahlen und erklärt, daß Schöneberg tatsächlich als Luftkurort gelten könne, denn Berliner Aerzte empfehlen vielfach ihren Patienten nach Schöneberg zu ziehen. Stadtverordneter v. Glasenapp (Hausbesitzerfraktion) machte dem Magistrat daraus, daß er seine Vorlage, um der Vertagung aus dem Wege zu gehen, zurückgezogen hat, den Vorwurf, er hätte mit der Linken ein Komplott geschmiedet. Der Oberbürgermeister weist dies mit scharfen Worten zurück und erklärt sich die Mißstimmung des Herrn v. Glasenapp und seiner Freunde gegen den Magistrat daraus, daß der Magistrat, und speziell er selbst, nicht gewillt sind, sich den Sonderinteressen jener Herren unterzuordnen. — In namentlicher Abstimmung wurde dann gegen die sozialdemokratischen und eben so vielen bürgerlichen Stimmen beschlossen, die Angelegenheit bis auf spätere Zeiten zu vertagen.

Eine Petition um Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts auf weibliche Angestellte im Handelsgewerbe wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Charlottenburg.

Freie Volksbühne Charlottenburg. Den Mitgliedern dürfte es nicht unerwünscht sein, daß dieser Verein seine nächste Vorstellung in einem wirklichen Theater veranstalten kann. Die Junivorstellung findet infolge einer sich bietenden günstigen Gelegenheit nicht im Saale des Volkshauses, sondern im Schiller-Theater N., Chausseestr. 25, statt und zwar schon am Sonntag, 10. Juni, 3 Uhr nachmittags. Gespielt wird „Zapfenstreich". Die Marken müssen jedoch in den Zahlstellen am Sonnabend, den 9. Juni, geklebt sein. Am Sonntag gibt es keine Marken, und wer Sonnabend nicht geklebt hat, verliert sein Anrecht auf die interessante Vorstellung. Das Schiller-Theater N. hat bekanntlich sehr gute Fahrverbindung mit Charlottenburg durch die V- und Q-Linie.

Dieser Verein, der sich bisher unter so schwierigen Umständen um die Volksbildung und Unterhaltung bemüht hat, scheint überhaupt einer besseren Zukunft entgegenzugehen. Nach einem soeben perfekt gewordenen Abkommen finden vom Januar 1907 ab die Vorstellungen regelmäßig im Charlottenburger Schiller-Theater statt.

Zu der Vorstellung von „Zapfenstreich" sind Gastkarten a 75 Pf. (Garderobe und Programm frei) in allen Zahlstellen und bei den Bezirksführern zu haben, jedoch auch nur bis Sonnabend.

In einer öffentlichen Fleischerversammlung referierte Kollege Paul Bergemann über die Lage der Charlottenburger Fleischergesellen. In seinem Vortrage brachte der Redner Mißstände mannigfachster Art zur Sprache; so unter anderem, daß Gesellen in Pferdeställen zu schlafen gezwungen seien, Futterkrippen dienten oft als Waschgefäß. Hier habe die Behörde auf Aenderungen noch nicht hingedrängt. In markanter Weise beleuchtete Redner alsdann das Stellenvermittelungswesen, womit an den Kollegen geradezu Erpressung und Wucherei getrieben würde. Es sei nichts Seltenes, daß für Stellen 6, 8, 10 M. und noch mehr bezahlt werden müssen und oft weiß der Geselle gar nicht, wie lange die Arbeit dauere. Auch schilderte er die traurigen Lohnverhältnisse, mit denen selbst den bescheidensten Anforderungen nicht Genüge getan werden könnte. Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft und suchten namentlich ein Meister und ein Altgeselle die vom Referenten festgestellten Mißstände in Abrede zu stellen. Sie erhielten indes vom Kollegen Hänsel eine gründliche Abfuhr, der ihnen zugleich den Vorwurf machte, daß, obwohl der Marktpreis für Fleisch gefallen sei, sie das Publikum in der unerhörtesten Weise ausbeuteten, indem sie die hohen Detailpreise beibehielten. Den Meistern schien die Atmosphäre wohl zu stickig zu werden, weshalb sie unter lautem Geräusch verschwanden. Zum Schluß wurde zum Eintritt in die Organisation aufgefordert.

Die Holzarbeiter Charlottenburgs nahmen in ihrer letzten Versammlung den Bericht über die Maifeier entgegen, wonach 400 Kollegen durch Arbeitsruhe gefeiert haben. Die Firma Altendorf hat 24 Verbandskollegen ausgesperrt, die jedoch, nachdem die Schlichtungskommission Verhandlungen am Gewerbegericht gepflogen, sämtlich wieder eingestellt wurden. Der Antrag der Gewerkschaftskommission, die Anstellung eines Sekretärs betreffend, wurde einstimmig abgelehnt. Des weiteren beschloß die Versammlung, am 14. Juli ein Sommervergnügen zu veranstalten. Dem Kollegen Lohrenscheit ist das Amt als Kommissionsmitglied aberkannt worden. Zum Schluß verlas der Kassierer Hasse noch die Kollegen, die bei der letzten Stadtverordnetenwahl nicht gewählt haben.

Rixdorf.

Der bereits eingeführte Abendmarkt am Maybachufer ist nicht nur den Rixdorfer, sondern auch den Berliner Geschäftsleuten unangenehm, indem dort auch Berliner Hausfrauen ihre Einkäufe machen. Die Geschäftsleute wünschen nun die Aufhebung des Marktes. Sie haben sich bereits in diesbezüglichen Petitionen an die Stadtverordnetenversammlung gewandt. Es muß nun abgewartet werden, ob sich die Stadtverordnetenversammlung herbeilassen wird, eine vor kurzer Zeit beschlossene Einrichtung, bloß weil sie einigen Geschäftsleuten unangenehm ist, wieder zu beseitigen.

Weißensee.

Die Gemeindevertretung beschloß in geheimer Sitzung den Ankauf des Rittergutes Birkholz, welches 1138 Morgen umfaßt, und 894 Morgen Bauernlandes zu Rieselzwecken. Weißensee hat schon längst die Frage erwogen, weiteres Rieselland anzukaufen, indem das vorhandene bei weitem nicht ausreicht und die Regierung den Ankauf weiteren Terrains verlangt hat. Der Gesamtpreis beträgt 1 218 200 M., davon kostet das Bauerngelände 528 200 M. (Morgen 585 M.) und das Rittergut 690 000 (Morgen 606 M.). Die Gebäude, Inventar usw. des Gutes, die in dem Preis inbegriffen sind, repräsentieren allein einen Wert von 189 750 M. Der Gemeinde waren außerdem noch Ländereien in Schwanebeck und Lindenberg angeboten, wo der Morgen 835 M. kostete, ferner das Rittergut Mehrow, hier stellte sich der Morgen auf 985 resp. 708 M. Da nach dem Urteil Sachverständiger die letzten Angebote sich zu Rieselzwecken nicht in dem Maße eignen wie Birkholz und letzteres außerdem das billigste ist, wurde in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 4 Stimmen der Ankauf desselben beschlossen. Die vier Stimmen vereinigten sich auf Schwanebeck und Lindenberg; das Gut Mehrow kam nicht in Betracht.

Lichtenberg.

Auf eine Schar spielender Kinder gab gestern nachmittag der Arbeiter Paßlack, in der Scharnweberstraße in Lichtenberg wohnhaft, mehrere Schüsse ab. P., der sich im angetrunkenen Zustande befand, fühlte sich durch das Lärmen der spielenden Kinder belästigt, zog plötzlich einen Revolver aus der Tasche und drückte diesen dreimal kurz hintereinander ab, glücklicherweise ohne jemand zu treffen. Die über die Brutalität des Arbeiters empörten Passanten erteilten dem gefährlichen Revolverhelden eine empfindliche Lektion. P. wurde in Haft genommen.

Pankow.

Unter einen Straßenbahnwagen geriet gestern nachmittag in der Schloßstraße der vierjährige Sohn des Bäckermeisters Wolfram. Der Knabe, welcher vor dem elterlichen Hause auf dem Bürgersteige spielte, lief bei Annäherung eines Straßenbahnzuges der Linie 47 unmittelbar vor dem Motorwagen auf das Gleis. Obwohl der Wagenführer sofort Gefahrbremse gab, vermochte er nicht zu verhindern, daß das Kind niedergerissen wurde und unter die Vorderplattform geriet. Der Knabe hatte infolge des Sturzes eine Gehirnerschütterung erlitten.

Reinickendorf-Ost.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Julian Borchardt einen Vortrag über: „Der Wert der Bildung für den Arbeiter". In großen Zügen entwarf der Redner ein Bild von der gegenwärtigen Bildungsmethode in unseren Volksschulen und wies alsdann auf die großen Aufgaben hin, die der Arbeiterklasse harren. Das harte Leben, meinte der Redner, dränge das Proletariat, trotz aller Dunkelmännerei, auf den richtigen Weg. Die sozialistische Kulturarbeit sei es, die die heute in den elenden Stätten unserer Volksschulen aufwachsende Jugend einer gesunden Lebensauffassung entgegenführe. — Unter Vereinsangelegenheiten gab Genosse Schmidt den Bericht vom Stiftungsfest, das ein Defizit von 45 M. verursacht hat. Als Bezirksführer für den 1. Bezirk wurde Genosse Engel bestätigt. Genosse Schönberg gab den Bericht von der letzten Bezirksvorstandssitzung. In derselben ist beschlossen worden, die Mitgliedsbücher so auszugeben, wie sie vom Kreis geliefert werden. Am nächsten Zahlabend werden dieselben den Mitgliedern ausgehändigt. Da die Bezirks-Generalversammlung aus praktischen Gründen bereits im Juni stattfindet, wurde beschlossen, die Ortsmitgliederversammlung ausfallen zu lassen. Dem Spediteur, Genossen Gursch, wurde in Rücksicht auf die ständige Zunahme der Abonnentenzahl und die damit verbundene größere Arbeitslast eine Zulage von 30 M. bewilligt. Einen ihm vom vierten Bezirk gemachten Vorwurf, betr. Maifeier, wies Genosse Gursch energisch zurück. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch auf die am 12. Juni stattfindende Gewerbegerichtswahl aufmerksam und ermahnte zu lebhafter Agitation und Beteiligung für dieselbe.

Briefkasten der Redaktion.

M. M. In den Nummern vom 1. und 4. April finden Sie das Gewünschte. — **Wanderklub.** Im Wahlverein finden Sie eventuell den gesuchten Anschluß. — **K. G. 86.** Nein. — **G. T. 26.** Erst müßt geklagt werden und Urteil ergehen. — **S. 35.** Ja, das Nähere ersehen Sie aus einem Buch über die Geschichte Schlesiens, das Sie in den öffentlichen Bibliotheken vorfinden. — **E. M. 100.** Nach Ihrer Darstellung würde das Gericht voraussichtlich annehmen, daß die Vorschriften des alten Vertrages Gültigkeit haben. — **O. O. 190.** Ihre vier Fragen sind leider zu verneinen, falls nicht etwa aus dem Wortlaut des Lehrervertrags das Gegenteil erhellt. — **F. D. 002.** Falls nicht aus den von Ihnen nicht mitgeteilten mündlichen oder schriftlichen Nachabreden sich ein anderes ergibt, haben Sie Anspruch auf Rückzahlung. — **A. 22.** Wenden Sie sich an ein Mitglied des Parteivorstandes oder an die dortige Organisation. Ob und welche Aussicht vorliegt, entzieht sich unserer Kenntnis. — **G. 15.** Ein Anspruch auf die mündlich versprochenen Sachen steht Ihnen nicht zu, jedoch gebührt Ihnen Lohn und Beköstigung sowie Wohnung (oder Ersatz für beides) bis zum 1. Juli. — **F. R. D., Fleisch 130.** Nein. — **W. W. 53.** 1. Krankenversicherungspflicht liegt nicht vor. Es erscheint aber zweckmäßig, daß Sie die Nichte in der Offenbacher Krankenkasse (Prinzenstr. 66, Hinz) versichern. 2. § 616 ist anzuwenden. 3. Eine rechtlich erzwingbare Ersatzverpflichtung liegt nicht vor. — **L. 20.** Sie würden den Klageanspruch mit Aussicht auf Erfolg bestreiten, da Kinder rechtlich gegenüber den Eltern nur soweit unterhaltspflichtig sind als dadurch auch der standesgemäße Unterhalt der eigenen Familie nicht Not leidet. Sie müssen sich durch einen Anwalt vertreten lassen, können auch das Armenrecht erwirken.

Eingegangene Druckschriften.

Der **„Wahre Jakob"** hat soeben die 11. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Lohnarbeiterkontrolle im Reichstag" und „Die Stützen des Thrones in Rußland" sowie die Illustrationen „Der Philister am 1. Mai 1906", „Dem Grafen Witte zum Andenken", „Zukunftsahnung", „Von der Wasserkante", „Zur Eröffnung der Duma", „Auf der Reichstagstribüne", „'s Maikäferl weht", „Der Ausbruch des Vesuv", „Der Glückspilz" und „Nach der Schlacht". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Pfingstlied der preußischen Junker", „An die Russen!", „Die Heiligenbilder in der Duma", „Das Lied vom Breslauer Polizisten", „Gerichtsverhandlung", „Vision eines braven Soldaten", „Maiensehnsucht", „Alles umsonst!" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Fremdes Silber", „Idyllen vom Zarenhof", „Neue Strafarten". Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, IIa 54—61, IIIa 50—53, IVa 44—49, engl. Bullen- 0,00, dän. Bullen- 0,00, holl. Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppellender 105—120, Ia 85—90, IIa 70—80, IIIa 56—68. Hammelfleisch Ia 68—73, IIa 60—66. Schweinefleisch 57—64. Kaninchen per St. 0,00—0,00. Hühner, alte, Stück 1,50—1,85, junge, per Stück 0,70—0,90. Tauben, junge 0,40—0,55, alte 0,00—0,00. Enten, prima, per Stück 1,75—2,25, Hamburger per Stück 2,50 bis 3,40. Gänse, junge, per Pfd. 0,70—0,90, per Stück 2,50—6,00. Hechte 110—116. Schleie 104—115. Bleie 0,00, matt 0,00. Aale, groß 106—109, mittel 102—108, klein 67, unsort. 73—90. Plötzen 00,00. Flundern, pomm. I, p. Schock 3,00—7,00. Kieler, Sttege Ia 4—6, do. mittel, per Kiste 2—4, do. klein, per Kiste 0,00. Bücklinge, holl. per Wall 0,00. Kieler 1,50—4. Strals. 3,00—3,50. Aale, groß, p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—1,00, kl. 0,50 bis 0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 0,00, Elb- per Kiste 0,00. Sardellen, 1902er, per Anker 76,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full 36—38, med. 33—35, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per $^{1}/_{1}$ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 0,00. Krebse, per Schock, große 38,00, mittelgroß 23,00, kleine 0,00—0,00, unsortiert 13,00—17,50. Eier, Land-, per Schock 3,25, frische 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 115—119, IIa 113—115, IIIa 106—108, abfallende 103—105. Saure Gurken, Schock 3,50—4 M., Pfeffergurken 3,50—4 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Dabersche 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl, holl., per Schock 0,00. Weißkohl, dän., per Schock 0,00—0,00, Rotkohl, holl., per Schock 0,00. Grünkohl, per 100 Pfd. 0,00. Rüben, weiße 0,00, Teltower 0,00. Kohlrüben, per Schock 0,00.

Witterungsübersicht vom 29. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	760	W	2	bedeckt	15	Haparanda	760	Still	—	bedeckt	8
Hamburg	761	WSW	5	Regen	15	Petersburg	764	SO	2	wolkenl.	9
Berlin	762	WSW	3	wolkig	17	Scilly	766	W	3	bedeckt	11
Frankf. a. M.	765	SW	2	Regen	17	Aberdeen	757	Still	—	wolkig	12
München	766	SW	4	bedeckt	20	Paris	767	SW	2	halb bd.	20
Wien	765	W	2	heiter	20						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 30. Mai 1906.

Etwas kühler, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.